Torten, Krümel, Monster – Das iz3w feiert seinen 30. Geburtstag

▶ Außerdem: ▶ Indien und die Bombe ▶ AIDS und die Statistik-Seuche ▶ Der Fremde und die Globalisierung ▶ Edward Said und die Kampfkulturen ▶ Beat und die Musik des Fordismus ...

E 3477

August 1998
Ausgabe □ 231
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–

iz3w ◀

▶ blätter des informationszentrums 3. welt



Schwerpunkt:

Torten, Krümel, Monster – Das iz3w feiert seinen 30. Geburtstag







Kultur und Debatte



30 Jahre, neunzig Minuten und kein Ende

Daß es im **iz3w** reichlich fußballverrückte Männer gibt, die keine Gelegenheit auslassen, ihren Männer-Tratsch auch in einer politischen Zeitschrift zu plazieren, dürfte Ihnen mittlerweile hinreichend bekannt sein. Das wird sich auch in der nächsten Saison kaum ändern. Wir können einfach nicht anders. Früher – so bekommen wir von älteren Semestern erzählt – war das anders. Linke und Fußball, das vertrug sich nicht, wegen Opium für's Volk und ähnlichem.

Wenn das kein Mythos ist! Neulich fiel uns beim Durchstöbern alter iz3w-Ordner folgender Brief in die Hände, der verschiedene antiimperialistische Komitees zu einem Koordinationstreffen lud:

»Freunde, Genossen,

wir haben Euch mit Brief vom 17.06.74 angeschrieben und ein Treffen für den nächsten Sonntag, 7. Juli, 17-19 Uhr vorgeschlagen. Angesichts der Terminierung des Fußball-WM-Endspiels am selben Sonntag um 16 Uhr und in Erwägung, daß noch nicht alle Genossen einen hinreichend gefestigten Standpunkt gegenüber diesem imperialistischen Mammutfestival einnehmen, schlagen wir vor, unseren Termin am selben Sonntag auf nunmehr pünktlich 18-20 Uhr zu verschieben. Somit ist es möglich, das Endspiel bis zum Ende anzusehen. Im Falle, daß die Imperialisten unseren Termin durch eine Verlängerung zusätzlich sabotieren, fangen wir entsprechend später an.«

Natürlich möchten wir die Verfasser dieser Zeilen gerne kennenlernen. Dazu gibt es in diesem Jahr ausreichend Gelegenheit. Das **iz3w** wird nämlich – wie Sie dieser Nummer entnehmen können – dreißig Jahre alt. Und das soll gebührend gefeiert werden. Den Anfang macht dieses Jubiläumsheft, dessen Themenschwerpunkt uns selbst gewidmet ist und kritisch Rückschau halten will auf die Zeitschrift. Die eigentlichen Feierlichkeiten finden am 6. und 7. November statt. Geplant ist zum einen eine Podiumsdiskussion mit dem Titel »Zwischen Nische und Mainstream – Linke Publizistik und 'Gegenöffentlichkeit'« mit den Diskutanten Gaby Küppers (Redaktion ila), Oliver Tolmein (freier Journalist, ex-taz, ex-konkret), Horst Pöttker (Professor für Journalistik und ex-iz3w) und Jochen Müller (defensiver Mittelfeldspieler und Redakteur iz3w). Zuvor wird es in unseren Räumlichkeiten in der Kronenstr. 16 HH einen Empfang geben. Zum anderen findet am Samstagabend ein großes Fest statt. Am Nachmittag können sich Ex-iz3wler zu einem Stammtisch einfinden. Wir möchten auch unsere Leser und Leserinnen herzlich zu unseren Festtagen einladen!

Bis dahin wünschen wir Ihnen viel Freude an diesem Heft. Außerdem überbrücken wir die Zeit mit einem Gewinnspiel. Unsere drei Fragen: 1.) Um wieviel Uhr trafen sich die Freiburger Antiimperialisten an jenem Sonntag im Juli 1974? 2.) Welcher Teilnehmer an unserer Podiumsdikussion hatte einen Namensvetter, der sich in jenem Endspiel mit den Antiimperialisten solidarisch zeigte? 3.) Wann ist die letzte **iz3w** erschienen, die keine Anspielung auf Fußball enthielt?

Wer auch nur eine Frage nicht beantworten kann oder unsere Festlichkeiten unterstützen will, der oder die zahle einen beliebigen Betrag auf das Konto der Stadtkasse Freiburg, Volksbank Freiburg, BLZ 680 900 00, Konto 1249606, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt, (bitte auch eigenen Ort angeben). Oder – als Geburtstagsgeschenk – verschenke ein Abo an Freundinnen und Freunde!

Vielen Dank und bis bald,
Ihre Redaktion

Eine kapitalistische Revolution

Chile 25 Jahre nach dem Militärputsch

von **Wigbert Flock**

▶ Kann der Militärputsch in Chile vor 25 Jahren heute noch einen Kommentar wert sein? Ja, denn unter einer internationalistischen Perspektive ist das Kapitel Chile historisch besonders interessant, um das Funktionieren des globalisierten Kapitalismus zu verstehen. Der 25. Jahrestag des Militärputsches erinnert daran, daß zu Beginn der 70er Jahre in Chile eine wesentliche ideologische Basis für die heutige Hegemonie des Neoliberalismus begründet wurde. Und dies gilt nicht nur für die lateinamerikanischen Gesellschaften oder später die osteuropäischen Staaten – neoliberale Rezepturen beherrschen bekanntermaßen auch die bundesdeutsche Diskussion um die Globalisierung.

Das heute in aller Welt gepriesene »Modell« Chile ist nichts anderes als das Produkt einer Allianz aus Militärs, neoliberalen Intellektuellen und nationalen bzw. transnationalen Unternehmern. Eine Analyse dieses Zustandes muß in den Jahren 1970 bis 1973 ansetzen. Damals führte die Unidad Popular unter dem marxistischen Präsidenten Salvador Allende einen sozialistischen Transformationsprozeß an, dessen Zustandekommen keineswegs eine geschichtliche Zufälligkeit darstellt, sondern als Kulminationspunkt einer gesamten demokratischen Entwicklung und als Folge von sozialen Kämpfen zu sehen ist. Diese gesellschaftspolitisch sehr dynamische Phase vollzog sich innerhalb der Bedingungen einer bürgerlichen Verfassung und wurde in Chile als »Weg zum Sozialismus« begriffen bzw. im Ausland als »sozialistisches Experiment« heftigst diskutiert.

Am 11. September 1973 fand die Unidad Popular ihr blutiges Ende durch die Pinochet-Diktatur, die erst 17 Jahre später institutionell überwunden werden sollte. Mit dem Putsch ging es den Uniformierten nicht um die zügige Wiederherstellung der alten Ordnung. Vielmehr richteten sie sich als dauerhaftes Regime ein und übertrugen die wirtschaftspolitischen Kompetenzen an junge chilenische Technokraten, die bei Milton Friedman dessen neoliberale Theorien studiert hatten. Sie fanden in Chile ein optimal bereitetes Praxisfeld vor: demokratische Parteien und gewerkschaftliche Organisationen waren zerschlagen worden, öffentliche Räume standen unter militärischer Kontrolle. In dieser Situation setzten die Chicago-Boys ihre neoliberalen Laborversuche an: Deregulierung des Kapitalmarktes, Abbau von Schutzzöllen und Streichung von Subventionen zogen eine immens große Menge ausländischen Kapitals an, führten jedoch zum Zusammenbruch ganzer Industriezweige.

Diese Zäsur initiierte gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die im Kern eine kapitalistische Revolution bedeuteten. Eine solche Revolution, und das ist das Entscheidende, konnte allein von den politisch »neutralen« Militärs vorbereitet werden, denn auch die alte Rechte besaß damals keine Antwort auf die beschleunigte Globalisierungsdynamik des Kapitals und die Krise des auf Importsubstitution basierenden nationalen Entwicklungsmodells. In der Folge einer einschneidenden Wirtschaftskrise und eines wachsenden Legitimitätsverlustes der Militärs aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen flossen ab Mitte der 80er Jahre verschiedene partikuläre Widerstandsformen zu einer breiten Protestbewegung zusammen. Diese brachte die Diktatur ins Wanken, doch Pinochet fiel nicht. Zu schnell schwenkte der bürgerliche Teil der Opposition, wohl auf freundschaftliches Anraten der USA und anderer Staaten, auf eine Strategie des verhandelten Übergangs ein. Zwar wurden dadurch schwerwiegende Erblasten (beispielsweise die Gültigkeit der Pinochet-Verfassung von 1980) in Kauf genommen, doch immerhin konnten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden, aus denen im Dezember 1989 die Concertación, ein Regierungsbündnis aus 17 demokratischen Parteien, als Siegerin hervorging.

Das Zauberwort des Modells Chile heißt Modernisierung

Wie die erste zivile Regierung unter Patricio Aylwin (1990-1994) repräsentiert auch Eduardo Frei (seit 1994) heute eine Administration, die sich programmatisch an das von der CEPAL, der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, Ende der 80er Jahre entwickelte Leitbild »Wachstum mit Gleichheit« anlehnt, was die um eine soziale Dimension angereicherte Fortsetzung des Wachstumsmodells der Militärs meint. Das über aller Kritik stehende Zauberwort des »Modells Chile« heißt »Modernisierung« und meint in der Vorstellung der Entwicklungstechnokraten die Bündelung von wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Prozessen, sprich: gleichzeitige ökonomische Flexibilisierung, Konsolidierung der politischen Demokratie und Bekämpfung der Armut.

Gemessen an realen Ergebnissen fällt die Bewertung jedoch sehr negativ aus. Zwar ist das Wirtschaftswachstum weiterhin ungebrochen, doch wird die internationale Konkurrenzfähigkeit durch sich vertiefende soziale Ungleichheiten und schärfere soziale Ausschlußmechanismen sowie die irreversible Zerstörung natürlicher Ressourcen erzeugt, wobei das »Modell« Chile innenpolitisch auf soziale Disziplinierungsmaßnahmen zurückgreift. Ein Beispiel dafür wird auch der diesjährige 11. September sein, der immer noch offizieller Feiertag ist! Wenn Staatspräsident Frei wieder gemeinsam mit Pinochet, der mittlerweile einen Posten als Senator auf Lebenszeit bekleidet, die Militärparade im Zentrum Santiagos abnimmt, dann bedeutet diese Symbolik: Unsere moderne Demokratie braucht die Militärs, sie garantieren die gesellschaftliche Ordnung.

Aber das »Modell« provoziert auch gesellschaftliche Proteste. Nach acht Jahren defizitärer Demokratie und enttäuschter sozialer Erwartungen formieren sich neue Widerstände. Bundesdeutsche Linke können in Chile potentielle Bündnispartner/innen im Kampf gegen neoliberale Politiken entdecken. Es ist einen Versuch wert, auf der Grundlage unterschiedlicher Erfahrungen gemeinsame analytische Ausgangspunkte zu finden, um die Auseinandersetzungen in bezug auf Globalisierung, Sozialabbau, Merkantilisierung sozialer Beziehungen und ökologische Krise neu zu beleuchten.

▶ **Wigbert Flock** ist Mitarbeiter am Institut für Theologie und Politik in Münster und bei der Zeitschrift *Solidaridad*.

Kriegsgewinnler im Rausch

Die UN-Parolen auf dem Durchhaltegipfel zum 'war on drugs'

von **Thomas Cernay**

▶ Anfang Juni schlug wieder einmal die Stunde der Ritter von der traurigen Gestalt. Trotz der niederschmetternden Nachrichten vom verlorenen Krieg verkündeten die Redner auf dem Sondergipfel der Vereinten Nationen in New York unbeirrt das amerikanische Credo der totalen Prohibition. Bill Clinton, der nach eigener Aussage früher mal an Joints gezogen, nicht aber inhaliert hat (medizinisch nur ein oraler und kein pulmonaler Kontakt), mimte den Wiedergänger von George-Hau-Drauf Bush und 'war on drugs'- Erfinder Reagan. Generalsekretär Kofi Annan, zu 150% auf US-Linie, sah vor lauter Drogen schon die Zukunft getötet und zeigte sich schockiert über den Mahnbrief prominenter Kritiker. Nicht, weil diese ihn an die abertausend unschuldigen Opfer des Drogenkrieges erinnerten, sondern weil sie die Prohibition in Frage stellten. Überflüssig zu sagen, daß auch K. Kinkel mit einem wenig berauschenden Beitrag als deutscher Außenstürmer nicht von der Vorlage seiner amerikanischen Freunde abwich. Der Freidemokraten drogenpolitische Sprecherin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die zuhause für Heroin auf Rezept kämpft, hat ihn vergeblich davor gewarnt, »rhetorisch die Schaffung drogenfreier Gesellschaften zu propagieren«. Den Vogel abgeschossen hat ohne Zweifel der französische Weinkenner Schack Schirak. Der trug einen Forschungsbericht namhafter Pharmakologen in der Tasche (und ließ ihn dort), die für das französische Gesundheitsministerium weltweit Risiken und Folgeschäden von Drogen ausgewertet und – selbst schuld, wen das noch wundert – eine gleich große Gefährlichkeit für Alkohol, Opium und Koka festgestellt hatten. Sprüheinsätze fundamentalistischer Drogenkrieger mit Herbizidregen über den Weinbergen der Champagne wären irgendwie die logische Konsequenz. Um also vom Thema abzulenken, griff er wieder einmal die Niederlande wegen vernünftiger Drogenpolitik an und schwadronierte über die pädagogische Nützlichkeit von Verboten. Nur nicht einknicken war die Devise.

Herbizidregen über die Weinberge der Champagne?

Fest steht aber nur, daß die ruhmlose Rabulistik mit der Realität der Rauschmittel wenig zu tun hat. Denn nüchtern betrachtet ist die Verbotspolitik in jeder Hinsicht gescheitert. Nicht nur, weil sich die Zahl der Konsumenten seit Beginn des 'war on drugs' verzehnfacht hat, sondern vor allem dank der Tatsache, daß die Prohibition – und somit letztlich der Preis – die ökonomische Voraussetzung für die Erfolgsstory des globalen Drogenhandels ist. Man hat aus der Geschichte von Al Capone nicht gelernt, man hat sie in großem Stil wiederholt. Und wenn jetzt auf der UN-Sondersitzung der alte Schwur schon wieder geschworen, die »drogenfreie Welt« diesmal bis 2008 versprochen wird, dann ist die Ahnungslosigkeit der Prohibitionsfetischisten nicht mehr nur unverzeihlich, sondern gemeingefährlich geworden. Die Vollversammlung beweist, daß sie nicht einmal die ökonomischen Folgen ihrer sogenannten Drogenpolitik erkennen kann und sorgt so vor allem dafür, daß die Menschheit weiterhin unter den Folgen der militärischen, polizeilichen und juristischen Repression leiden muß. Für die Mafia, so das »Ergebnis« des Gipfels, bleibt die Prohibition weiterhin Garant ihres Monopols. Ein Monopol, das die Drogenwirtschaft wahrscheinlich schon zur Nummer 1 des Welthandels gemacht hat. Nach wie vor bleibt unklar, wie der Transport und die finanziellen Transaktionen im speziellen Fall der Drogen ernsthaft verhindert werden könnten, wenn die allgemeinen Bedingungen von Deregulierung und Globalisierung geprägt werden. Die UNO selbst schätzt die Menge der beschlagnahmten Drogen auf 5 – 10% des Angebotes. Unrentabel würde das Geschäft, wenn mehr als die Hälfte abgeschöpft wird. Denkt man diesen Ansatz ein wenig weiter, wozu die Vollversammlung offensichtlich nicht in der Lage ist, dann wird klar, daß das dazu nötige Repressionsszenario auf keinen Fall mit einer demokratischen Gesellschaft vereinbar ist. Wie jeder weiß, sind die Gefängnisse Orte regen Handels. Für eine erfolgreiche Prohibition müßte die allgemeine Kontrolle die der Haftanstalten also weit in den Schatten stellen. Gute Gründe, den 'war on drugs' dennoch fortzuführen, kann es nur auf Seiten der Kriegsgewinnler geben. Die UN-Organe haben sich mit ihrem Glauben an die Prohibition nur zu nützlichen Idioten für die Mafia, eine erpresserische US-Außenpolitik sowie andere vom Drogengeld abhängige und mehr als weniger kriminelle Wirtschaftszweige gemacht.

▶ **Thomas Cernay** ist Mitarbeiter der **iz3w**.

Brauchen wir eine neue

Die Chance der Globalisierung

*An den Bundeskanzler, den SPD-Kanzlerkandidaten und das **iz3w** schickte eine Gruppe entwicklungs-politischer Experten, die sogenannte Memorandum-Gruppe, das Memorandum '98. Es zieht eine kritische Bilanz der bisherigen Entwicklungspolitik und fordert eine internationale Strukturpolitik. Wir dokumentieren Auszüge aus dem Papier und eine ablehnende Stellungnahme von Ralf Berger vom Allerweltshaus in Köln.*

die redaktion

► Vor vier Jahren forderte das Memorandum »Zur Verankerung der Nord-Süd-Politik in Parlament und Regierung«, daß die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland von Grund auf zu reformieren sei. Seitdem haben sich Arbeitslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung, die damals zur Vorlage des Memorandums geführt haben, weiter verschärft. Globalisierung und Deregulierung der Weltwirtschaft und das neoliberale Wirtschaftskonzept haben entscheidend dazu beigetragen, daß die Politik zunehmend ihren Primat gegenüber der Wirtschaft verloren hat. Die herkömmliche Entwicklungspolitik allein kann den Fehlentwicklungen in den Ländern des Südens und Ostens nicht entgegenwirken, weil diese nur ein Teilaspekt der globalen Problem- und Risikoentwicklungen sind. Es gibt nicht entwickelte, sondern nur unterschiedlich fehlentwickelte Länder. Doch unsere Gesellschaft sieht nicht mehr, wie groß der eigene Entwicklungsbedarf ist. Eine menschenorientierte Entwicklung ist nicht möglich ohne die gemeinsame Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung, die alle Menschen an der Nutzung der Ressourcen beteiligt. Hier bietet die Globalisierung auch eine Chance: der Durchsetzung einer humanen Politik zum Durchbruch zu verhelfen.

Im Vorfeld der Wahlen legen wir daher ein neues Memorandum vor, das die Forderungen zur Süd- und Ostpolitik einbettet in das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung, die Veränderungen auch und gerade im Norden bedingt. Das internationale Wirtschaftssystem überläßt die Probleme wie Armut, Bürgerkriege, Flüchtlingsströme und Überschuldung sich selbst und übernimmt keine Verantwortung für ihre Lösung. Auch der technologische Fortschritt kommt nicht auf gerechte Weise allen Menschen zugute, sondern erhöht die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern. Die unkontrollierten Kapitalströme haben, wie an der Krise in Südostasien sichtbar wird, gigantische Fehlinvestitionen zur Folge, die letztendlich zum Zusammenbruch von Volkswirtschaften beitragen, so daß selbst von Protagonisten des IWF und der Weltbank inzwischen nach einer Re-Regulierung der Bank- und Börsengeschäfte gerufen wird. Das neue Welthandelsabkommen der WTO und die Verhandlungen zum MAI führen zu einer neuen Steigerung von Liberalisierung und Deregulierung im internationalen Handel und bei Investitionen. Auch hier kommen die erzielten Gewinne nur einer kleinen Gruppe von Privilegierten zugute. Es müssen politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die »global players« auf die Ziele einer nachhaltigen Entwicklung verpflichten, wobei die Einführung von Umwelt und Sozialstandards nur einen ersten Schritt in diese Richtung bedeuten. Die Steuerungsfähigkeiten, die durch den mit der Globalisierung einhergehenden Bedeutungsverlust der Nationalstaaten eingeschränkt wurden, müssen auf internationaler Ebene durch eine überregionale Ordnungs- und Strukturpolitik einer Global Governance wiederhergestellt werden. Und hier öffnet die Globalisierung die historische Chance, eine neue Ära internationaler Zusammenarbeit und Solidarität einzuleiten.

Es gibt nicht entwickelte und unterentwickelte, sondern nur unterschiedlich fehlentwickelte Länder

Angestrebt werden muß die Kohärenz aller Politikbereiche mit dem vorrangigen Leitziel der nachhaltigen Entwicklung. Hierfür ist eine Neudefinition der Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik notwendig. Das zuständige Ministerium muß sich auf die politische Führung und Leitung konzentrieren und die Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung den NGOs und staatlichen Durchführungsorganisationen überlassen. Wir erwarten von der Bundesregierung die konsequente Erfüllung der Verpflichtungen, die sie im Rahmen der »Agenda 21« in Rio 1992 eingegangen ist. Dazu gehören auch die Instrumente einer solchen Politik, wie z.B. eine »Ökosoziale Steuerreform« und eine geringere Besteuerung der Arbeit. Die Entwicklungspolitik muß einen zentralen Rang erhalten. Sie muß zentrale Koordinierungsaufgaben gegenüber anderen Ressorts wahrnehmen, um eine kohärente internationale Strukturpolitik betreiben zu können. Sie muß zusätzliche Kompetenzen erhalten wie die EU-Südpolitik, Zuständigkeit für UN-Konferenzen mit strukturpolitischem Bezug oder Demokratisierungshilfen.

Desweiteren fordern wir vom Bundestag ein entwicklungspolitisches Rahmengesetz und einen Beauftragten für nachhaltige Entwicklung. Der Mittelansatz für Entwicklungshilfe muß mindestens der auf der Rio-Konferenz ausgesprochenen Verpflichtung von 0,7% des Bruttosozialproduktes entsprechen. Die Bundesregierung muß eine große Steuerreform (mit dazugehörenden Schritten der Re-Regulierung) durchführen, um staatliche Aufgaben erfüllen zu können; strukturpolitischen Aspekten muß z.B. bei internationalen Verträgen absoluter Vorrang eingeräumt werden. Sie muß desweiteren klare politische Orientierungsvorgaben für nachhaltige Entwicklung und internationale Strukturpolitik vorlegen. Die NGOs sollen nicht staatliche Zusammenarbeit ersetzen, sondern ergänzen. Sie tragen eigene konzeptuelle Verantwortung, sollen aber stärker als bisher auch finanziell unterstützt und bei der Planung von Strukturprogrammen einbezogen werden. Die Mittel für entwicklungspolitische Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit müssen erheblich aufgestockt werden. Eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit ist für die erforderlichen Strukturveränderungen unverzichtbar.

Geredet wurde genug – wir wollen Taten sehen!

Stark gekürzte und überarbeitete Fassung des Memorandums '98

Entwicklungspolitik?

Den freien Fall steuern?

von **Ralf Berger**

▶ Gustavo Esteva bezeichnete Entwicklungspolitik als »eine Leiche, die gefährlich die Luft verpestet«. Man sollte nicht versuchen, sie wiederzubeleben, sondern sie schleunigst begraben.

Die alte Entwicklungspolitik der westlichen Industrieländer wurde federführend von den USA als internationale Strukturpolitik zur Steuerung der weltpolitischen Lage nach dem 2.Weltkrieg ins Leben gerufen. Mit ihr verbanden viele Menschen humanitäre Hilfe und Know-How-Transfer, um den »Armen« ebenfalls die Segnungen des westlichen Wohlstandes zu ermöglichen. Vor etwas kritischeren Geistern blamierte sich diese Entwicklungspolitik schnell als äußerst profitables Geschäft für die Geber, als Instrument der politischen Erpressung und Bestechung im »Kalten Krieg« - zudem wurden viele Nehmerländer lange Zeit mit Großprojekten zugepflastert, die ihnen heute noch ökonomisch und ökologisch die Luft nehmen. Die alte Entwicklungspolitik paßte in ihre Zeit: Der fordistische Staat brauchte im Zuge der Binnenmarkterschließung durch die fordistische Massenproduktion den unmittelbaren Einfluß auf die Lieferländer von Rohstoffen und bei früher Exportorientierung, wie in der BRD, die Erschließung von Absatzmärkten und Arbeitskräften.

Spätestens nach dem reihenweisen Zusammenbruch der Entwicklungsoptionen vieler peripherer Ökonomien im Zuge der Schuldenkrise und dem Zusammenbruch der RGW-Ökonomien, verlor die alte Entwicklungspolitik an Bedeutung: Die kapitalistischen Industrieländer benötigen sie nicht mehr und können sie auch nicht mehr bezahlen.

Das Memorandum 98 kritisiert diese Entwicklungspolitik nicht grundsätzlich, sieht auch nicht ihre Einbettung in historische Entwicklungsstadien und Kräfteverhältnisse, sondern hält sie lediglich für unzureichend, da sie zu kurz greife. Wie soll nun eine neue Entwicklungspolitik aussehen? Sie soll nach dem Memorandum 98 eine »weltweite Strukturpolitik« sein, die sich an den Prinzipien der »nachhaltigen Entwicklung« orientiert. Letztendlich geht es um die »Steuerungsfähigkeit« (»politische Steuerung, um die Global Players auf nachhaltige Entwicklung zu verpflichten«). Die Akteure dieser neuen Entwicklungspolitik sind obengenannte Nationalstaaten (Führung und Leitung) und Akteure der Zivilgesellschaft (Ausführung). Die Akteure sieht das Memorandum durch eine »globale Verantwortung« angetrieben, die sich wohl aus moralischen Erwägungen speisten, die jenseits der gesellschaftlichen Rollen und Interessen der Akteure im kapitalistischen System liegen müssen. Dazu stellen sich auf drei Ebenen eine Fülle von Fragen:

▶ Die Sprache der neuen Entwicklungspolitik: »Weltweite Strukturpolitik«, »nachhaltige Entwicklung«, »globale Verantwortung«, »Steuerungsfähigkeit« sind Begriffe, die sicherlich für viele Menschen positiv besetzt sind - es ist ja auch offensichtlich bedrohlich viel aus dem Ruder gelaufen! Wer diese schwammigen Begriffe allerdings kaum füllt, nicht sagt, was er wie steuern will, welche Strukturen er schaffen will, für was er Verantwortung übernehmen will - der sagt nicht viel. Auch ein TNK betreibt internationale Strukturpolitik, auch die Chemieindustrie wirbt für das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, auch ein Top-Manager übernimmt globale Verantwortung, jeder Börsenmakler wünscht sich Steuerungsfähigkeit. Wer dann noch suggeriert, daß die im Memorandum benannten Probleme innerhalb der Strukturen gelöst werden könnten, die sie selber erzeugt haben, und die benutzten, schwammigen Begriffe seit Jahren mit ihren Inhalten besetzt halten, der ist zumindest eine Erklärung schuldig. Diese kann auch nicht durch die dümmliche Wortkreation »menschenorientierte Entwicklung« ersetzt werden. Ist denn ein TNK - Manager, der soziale und ökologische Kosten externalisiert, etwa kein Mensch?

Jeder Börsenmakler wünscht sich Steuerungsfähigkeit

▶ Die Ziele der neuen Entwicklungspolitik: Die Schwammigkeit der Begriffe läßt viele Türen offen. Da Interessen der Akteure, Macht- und Herrschaftsstrukturen nicht hinterfragt werden, muß vermutet werden, daß unter »Strukturpolitik«, »Steuerungsfähigkeit« und »nachhaltiger Entwicklung« eine Krisenpolitik zur Aufrechterhaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse verstanden wird. Genährt wird diese Annahme, wenn »internationale Sanktionen« gegen Staaten, Bevölkerungspolitik oder die »Verlangsamung der Umweltzerstörung« durch staatliche Vereinbarungen als positive Beispiele aus der Vergangenheit aufgezählt werden.

▶ Der Realitätssinn der neuen Entwicklungspolitik: Kern der Ausführungen des Memorandums ist die Wiedergewinnung von Kompetenz durch den Nationalstaat - und in dessen Gefolge die Stärkung der »internationalen Gemeinschaft«, die ja auch nur eine Ansammlung von Nationalstaaten ist. Die Hoffnung auf ein Wiedererstarken der Nationalstaaten scheint sehr irrational (egal, ob dies für erstrebenswert erachtet wird), wie die derzeitige Krisendynamik beispielsweise in Asien zeigt. Die Steuerungsfähigkeit des Krisenprozesses muß als äußerst gering angesehen werden - nicht nur wegen der unterschiedlichen Interessen der Akteure (siehe Klimagipfel in Kyoto), sondern auch wegen der wenig kalkulierbaren Krisenreaktionsmuster. Das Memorandum 98 schlägt ernsthaft vor, MAI und WTO auf das Leitbild »Nachhaltigkeit« festzulegen. Doch wer von der Brücke springt, kann die Fallrichtung nicht steuern. Der Sinn und Zweck der WTO, ihr definiertes Ziel ist doch gerade die Steigerung des Welthandels und nicht etwa eine umweltschonende Reduzierung der Waren- und Transportströme.

Im Grunde ist die geforderte neue Entwicklungspolitik gar nicht so neu, da sie auf Mechanismen und Institutionen setzt, die längst der Vergangenheit angehören. Dem entsprechend sind auch die konkreten Reformvorschläge etwas hausbacken: Die Einforderung des 0,7% Anteils der Entwicklungshilfe am Bruttosozialprodukt, einen schlankeren Staat der einige Auftragsarbeiten auslagert, eine Umstrukturierung der Aufgabenverteilung der Ministerien, mehr Geld für entwicklungspolitische Bildung - alles verbunden mit einem mehrmaligem Kotau vor dem Ministerium, dem Steuerungs-, Führungs- und Planungsfunktion zugedacht wird.

Bertolt Brecht wünschte sich einst, daß auf seinem Grabstein stehen solle, daß er Vorschläge gemacht habe, die angenommen worden seien. VENRO - so das Memorandum 98 - würde diesen Wunsch eher realisieren können als der selige Brecht, denn die »Parteien und Fraktionen haben (in Gesprächen der letzten Monate) Vorstellungen entwickelt, die dem vorigen Memorandum von 1994 sehr nahe kommen.« Warum auch nicht? Fragt sich nur, was es wem bringt.

▶ **Ralf Berger** ist Glashüttenfacharbeiter und Geograph. Er arbeitet im Allerweltshaus in Köln.

Die Statistik-Seuche

Zweifelhafte Diagnosen und Zahlenspiele zeichnen eine AIDS-Katastrophe in Afrika



von **Christian Fiala**

Bei der 12. Welt-AIDS-Konferenz in Genf wurde wieder einmal festgestellt, daß die Epidemie im Süden Afrikas »völlig außer Kontrolle« geraten sei. Die Statistiken über AIDS in Afrika zeichnen ein bedrohliches Bild, nachdem die Krankheit in vielen Staaten des Kontinents inzwischen zur häufigsten Todesursache geworden ist. Doch das Beispiel Uganda zeigt, daß die Hochrechnungen meist auf Vermutungen und Spekulationen basieren.

► Bis zu seiner Unabhängigkeit im Jahr 1962 galt Uganda als Musterbeispiel britischer Verwaltung, und für Winston Churchill war das Land am Anfang des Jahrhunderts schlichtweg »die Perle Afrikas«. Auch das Gesundheitswesen war für damalige Verhältnisse beispielgebend. Doch der Export westlicher Medizin durch Kolonisatoren und später Entwicklungshelfer hat zwar zunächst zur Eindämmung von vielen Infektionskrankheiten, dann aber auch zur Verbreitung anderer geführt. Bereits im Jahr 1958 wurde ein organisiertes Blutspendewesen eingeführt. Innerhalb kurzer Zeit hatte sich dies im ugandischen Gesundheitswesen fest etabliert, nicht zuletzt, weil in dieser Region Infektionskrankheiten weit verbreitet sind, was eine chronische Blutarmut in weiten Teilen der Bevölkerung zur Folge hat. Die Organisation der Blutbank war für damalige Verhältnisse vorbildlich. Die verwendeten Flaschen wurden sterilisiert und die Nadeln bei Bedarf immer wieder geschliffen. So organisierte alleine die Blutbank in der Hauptstadt Kampala Anfang der 70er Jahre für die Krankenhäuser der damals etwa 350.000 Einwohner um die 14.000 Blutspenden jährlich. Der Großteil davon kam entweder von Verwandten der Patienten oder von bezahlten Blutspendern. In den meisten Fällen wurde das Blut nicht auf mögliche Infektionserreger untersucht, und HIV-Tests gibt es erst seit Anfang der 90er Jahre. Auch die Einführung von Spritzen, entweder für eine Therapie oder als Impfung, bedeutete besonders bei der Behandlung und Vorbeugung der weit verbreiteten Infektionskrankheiten zunächst einen wesentlichen Fortschritt. Zu den häufigsten Krankheiten zählen Durchfall, Lungenkrankheiten sowie sexuell übertragbare Infektionen wie Syphilis und Gonorrhoe. Die Tatsache, daß nicht sterilisierte Spritzen Krankheitserreger übertragen können, wurde damals allerdings wenig berücksichtigt. Genaue Untersuchungen über die Art und Weise, wie Spritzen sterilisiert wurden, liegen nicht vor. Lediglich aus Anekdoten ist bekannt, daß teilweise hunderte von Menschen mit der gleichen Nadel geimpft wurden. Derzeit werden »jedes Jahr weltweit über 12 Milliarden Injektionen« verabreicht, wie die WHO in einer Publikation festhält, »mindestens ein Drittel davon wird ohne ausreichende Sterilisation gegeben, womit möglicherweise Krankheiten übertragen werden.« Besonders in Afrika ist die Situation besorgniserregend, weil dort laut WTO mehr als 80 % der Einmalspritzen mehrfach verwendet werden. In Tansania wurde in einer neueren Untersuchung bei 12 Prozent der Spritzen, welche zur Verwendung hergerichtet waren, noch Blutreste des vorherigen Patienten gefunden.

Damit wird deutlich, daß die westliche Medizin nicht nur ein Fortschritt in der Gesundheitsversorgung ist, sondern andererseits auch ideale Bedingungen für die Ausbreitung von Infektionserregern bietet, wenn sie nicht richtig angewendet wird. Das ist seit langem bekannt, es gibt jedoch große Widerstände, über diese Auswirkungen zu reden, ist doch die Medizin der Exportschlager der

westlichen Kultur. Konsequenterweise wird die Rolle von Injektionen und Bluttransfusionen bei der Ausbreitung von HIV und anderen Infektionserregern regelmäßig heruntergespielt.

Aids ist nicht gleich Aids

▶ Die Weltgesundheitsorganisation publizierte 1986 eine Definition der Krankheit Aids für Entwicklungsländer, welche sich wesentlich von der Definition in Europa unterscheidet.[1] Darin wird als Aids-krank erklärt, wer zum Beispiel länger als einen Monat Durchfall, starke Gewichtsabnahme und zum Beispiel generalisierten Juckreiz oder Husten hat. Ein HIV-Test ist nach dieser Definition ausdrücklich nicht notwendig und wird auch heute noch aus Geldmangel nur selten durchgeführt. Das heißt, die Krankheit Aids, die nach den Worten von Professor Luc Montagnier, dem Entdecker des HIV, »keine typischen Symptome hat«, wird in den Entwicklungsländern ausschließlich aufgrund vollkommen unspezifischer Symptome diagnostiziert.[2]

Die indizierenden Symptome sind nicht gerade selten in einem Land, das zwanzig Jahre systematischer Zerstörung hinter sich hat und in dem die durchschnittliche Lebenserwartung wegen der vielen Infektionskrankheiten und der schlechten hygienischen Verhältnisse bei ungefähr 50 Jahren liegt. Und so kann es nicht wirklich verwundern, daß Uganda in den Jahren nach 1986 einen starken Anstieg an »Aids-Fällen« hatte. So waren beispielsweise die Hälfte der Betten auf der Inneren Station in der Makerere Universitätsklinik in Kampala mit Aids-Patienten belegt. Das heißt: Diese Patienten hatten Fieber, Durchfall oder Gewichtsverlust sowie eines der in der Liste aufgeführten Nebenkriterien und wurden, entsprechend der WHO-Definition, ohne HIV-Test als Aids-Patienten deklariert.

Jede AIDS-Diagnose, auch ohne HIV-Test, geht 38fach in die Statistik

Dazu kommt, daß viele Länder Afrikas die ursprüngliche WHO-Definition weiter abänderten. So kann Tuberkulose in Uganda ganz offiziell zu einer Aids-Diagnose führen. Im Nachbarland Tansania wurden die Kriterien für eine Aids-Diagnose zunächst enger gefaßt. Es waren zwei Haupt- und zwei Nebenkriterien notwendig. Doch das tansanianische Gesundheitsministerium schreibt in seinem Bericht vom August 1990: »Von den 1.987 neu gemeldeten Fällen haben lediglich 667 (33,6%) die erwähnten Kriterien erfüllt. [...] Obwohl 1320 Fälle (66,4%) genaugenommen keine Aids-Fälle sind, haben wir sie dennoch als solche gezählt, da wir davon ausgegangen sind, daß diejenigen, die sie gemeldet haben, einfach einen Fehler beim Ausfüllen der Formulare gemacht haben.«[3] Beide Länder begründen ihr unterschiedliches Vorgehen damit, daß die WHO-Definition zu ungenau sei und an die nationalen Bedingungen angepaßt werden müßte. Es wird also angenommen, eine Infektionskrankheit würde diesseits oder jenseits der politischen Grenze unterschiedliche Symptome hervorrufen.

Diese Aussagen über das »klassische« AIDS-Land Uganda treffen auch auf viele andere Länder Afrikas zu, in denen die Lebensbedingungen ähnlich sind. Paradoxerweise haben daher auch Länder mit wenig HIV-Infektionen viele »Aids-Fälle«, bedingt durch die Ungenauigkeit der Aids-Definition. So schreibt Dr. Chin, der ehemalige Leiter der Abteilung zur Erfassung der Ausbreitung von Aids bei der WHO: »Es soll betont werden, daß die (surveillance) Definitionen von Aids nicht als verläßliche Zeichen einer HIV-Infektion gedacht sind. In Gegenden, wo es wenig HIV-Infektionen gibt, werden mit der WHO-Definition deshalb in erster Linie Patienten mit Tuberkulose, schwerer Mangelernährung oder Durchfall erfaßt.«

Wer bietet mehr?

▶ Alle gemeldeten Aids-Fälle werden von der WHO in Genf erfaßt und mit einem Faktor multipliziert, der - und das fällt auf - jedes Jahr höher wird. 1996 lag er noch bei 12, 1997 bereits bei 17. Der WHO wurden in den letzten eineinhalb Jahren 116.000 neue Aids-Fälle aus Afrika gemeldet. Im gleichen Zeitraum hat sie ihre Statistik der geschätzten Fälle jedoch um ganze 4,5 Millionen erhöht - Multiplikationsfaktor 38! Aus Uganda wurden bisher insgesamt 51.779 Aids-Fälle gemeldet. In ihrem letzten Bericht schätzt die

Anzahl der »Aids-Fälle« in Afrika laut WHO-Berechnung

WHO-Bericht von	gemeldete Fälle (kumuliert) * (in Mio)	geschätzte Fälle (kumuliert) * (in Mio)	Multiplikationsfaktor
Juli 1994	0,33	2,68	8
Januar 1995	0,35	3,15	9
Juli 1996	0,5	5,93	12
November 1997	0,62	10,4	17

* alle Aids-Fälle seit Ende der 70-er Jahre, einschließlich der bereits verstorbenen Menschen

WHO die Zahl der Aids-Fälle aus diesem Land jedoch auf 1,9 Millionen, das sind 10 Prozent der Bevölkerung. Damit addiert die WHO für jeden einzelnen gemeldeten Aids-Patienten jeweils 37 geschätzte Fälle zur Statistik dazu. Geht man von der Zahl derjenigen Fälle aus, die aufgrund der ausgeführten Definitionen gemeldet werden, so ergibt sich lediglich eine einzige Aussage: die meisten Menschen in Afrika sterben an Symptomen, die durch bekannte und behandelbare Infektionskrankheiten, wie Malaria, Lungenentzündung oder Durchfall als Folge der schlechten hygienischen Bedingungen entstehen. Hinzu kommt, daß die Statistiken meist alle Fälle seit Beginn der 80er Jahre aufaddieren, also kumuliert darstellen. Diese Art der Darstellung ist absolut ungewöhnlich in der Medizin, da sie unbrauchbare Resultate liefert. Sie muß zwangsweise ansteigen, auch wenn jedes Jahr nur noch wenige neue Fälle hinzukommen. So schreibt das Deutsche Ärzteblatt unter der Überschrift »Kumulative Verwirrung« bereits 1989: »Kein Mensch denkt daran, die Erkrankungszahlen an Mumps, Tuberkulose oder Scharlach aufzuaddieren von dem Tage an, an dem das Seuchengesetz erlassen wurde.« Folgerichtig sei der einzige Sinn einer solchen Darstellungsform: »Große Zahlen bringen großes öffentliches Geld.«

In seltener Offenheit bringt dieser Artikel im Deutschen Ärzteblatt auf den Punkt, worum es in der Gesundheitspolitik geht: Wer am lautesten schreit, und wer die Bevölkerung in Angst versetzt, bekommt die größte Unterstützung. In dieser Hinsicht waren die Institutionen, welche sich gegen Aids engagieren, in den letzten 15 Jahren absolut erfolgreich. Die absurden Aids-Definitionen und Zahlenmanipulationenen haben vielerorten dazu geführt, daß ein großer Teil der Budgets in Maßnahmen zur Veränderung des Sexualverhaltens investiert wird und damit für die medizinische Versorgung nicht mehr zur Verfügung steht. Die WHO »glaubt«, daß das HIV in Afrika im wesentlichen sexuell übertragen wird. Diese Aussage ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Erstens ist nach mehr als 15 Jahren eindeutig, daß es in Europa keine Epidemie unter der heterosexuellen Bevölkerung gibt. Warum also in Afrika? Zweitens wird häufig das angeblich besondere Sexualverhalten von Afrikanern angeführt. Dabei werden in den USA die Sexualpartner am häufigsten gewechselt, gefolgt von Frankreich, Australien und Deutschland. Südafrika liegt hingegen, ebenso wie Thailand abgeschlagen im hinteren Mittelfeld.[4] Im Widerspruch zu wissenschaftlichen Daten werden deshalb Anekdoten generalisiert, um in Fortführung der langen christlichen Tradition über das angeblich so ausschweifende Sexualleben der Afrikaner zu phantasieren. (siehe auch »Wer hat Angst vor'm schwarzen Mann?« in *iz3w Nr. 200*)

AIDS wird zum wichtigsten Gesellschafts- und Gesundheitsproblem stilisiert. Dabei ist nach wie vor Malaria die häufigste Krankheit in Afrika, obwohl sie Anfang dieses Jahrhunderts in Europa und in manchen tropischen Gegenden erfolgreich besiegt worden ist. Die Malariaprogramme in Entwicklungsländern führen ein stiefmütterliches Dasein, das Geld geht an die Aids-Organisationen. Selbst das Engagement für sauberes Trinkwasser (in Uganda haben nur 30% der Bevölkerung Zugang dazu), elementare Grundlage für jedes erfolgreiche Gesundheitssystem, mobilisiert in Europa kaum jemanden. Von denselben Menschen, die kein Geld für sauberes Trinkwasser haben, wird erwartet, sich für jeden Verkehr ein Kondom zu kaufen – eine AIDS-Politik, die zynischer kaum sein kann.

Anmerkungen:

1 WHO Global programme on AIDS; Provisional WHO clinical case definition for AIDS, Wkly Epidemiol Rec, 1986; March 7; no 10: 72-3

2 Luc Montagnier; Von Viren und Menschen, Rowohlt, 1997

3 Ministry of Health, National Aids Control Programme, Aids Surveillance, Report No 3, August 1990, Dar es Salaam, Tanzania

4 Durex, Global Sex Survey, London, 1997, http://www.durex.com

► **Christian Fiala** hat als Arzt u.a. in Thailand, Frankreich und Guadeloupe gearbeitet. Er ist Autor des Buches *»Lieben wir gefährlich?«*, das im Verlag Deuticke in Wien erschienen ist.

Aids-Waisen

► Besonders abenteuerlich ist der Umgang mit Statistiken und Zahlen über Aids-Waisenkinder. »Ungefähr 830.000 Kinder leben mit HIV/Aids. Aber die Auswirkungen der HIV-Epidemie sind viel schwerwiegender, als die bereits große Zahl an infizierten Kindern vermuten läßt«, beschreibt die WHO die Situation mit dramatischen Worten in ihrer Pressemitteilung vom 28. November 1996 und fährt fort: »Das Waisen-Projekt in New York schätzt in einer Studie, daß in sieben Ländern insgesamt mehr als eine Million Kinder unter 14 Jahren durch Aids zu Waisen geworden sind. 95 Prozent dieser einen Million Kinder leben in Kenia, Ruanda, Uganda und Sambia. [...] Wenn wir von der vorsichtigen Schätzung ausgehen, daß die Zahl der bereits verwaisten Kinder in Uganda etwa 10 Prozent der HIV-Infizierten Mütter entspricht, so bedeutet dies, daß alleine in diesem Land mehr als drei Millionen Kinder von den Auswirkungen der Epidemie betroffen sind.« In Uganda gibt es derzeit ungefähr acht Millionen Kinder unter fünfzehn Jahren. Dieses unfaßbare Verhältnis – drei von acht Kindern wären demzufolge HIV-positiv – relativiert ein anderer WHO-Bericht zu dem gleichen Thema: »Pflege und Unterstützung von Kindern HIV-infizierter Eltern« lautet der unscheinbare Titel. Auf Seite zwei steht zunächst folgender Hinweis: »Der Inhalt dieses restricted Dokuments darf ausschließlich denjenigen Personen zugänglich gemacht werden, an die es ursprünglich adressiert wurde. Es darf in keiner Weise weiter verteilt oder vervielfältigt werden und sollte in keiner Literaturliste aufgeführt oder erwähnt werden.« Es werden dann einige Fakten zu Aids-Waisen aufgeführt, die man eigentlich in den Pressemitteilungen der WHO erwartet hätte. »Es herrscht Verwirrung darüber, was mit dem Begriff Waisenkind gemeint ist. (...) Studien der WHO und anderer Organisationen, in denen die Zahl geschätzt wurde, haben verschiedene Definitionen angewendet.« Und im weiteren Verlauf werden einige davon weiter erklärt: »Die UNICEF definiert ein Kind dann als Waisenkind, wenn seine Mutter verstorben ist. Für die WHO ist jedes Kind ein Waisenkind, das beide Eltern oder nur die Mutter verloren hat. (...) In der Uganda Studie wurden, entsprechend der maßgebenden ugandischen Waisendefinition, alle diejenigen Kinder als Waisen gezählt, die einen oder beide Elternteile verloren haben.« Verloren heißt hier jedoch nicht verstorben, sondern abwesend, weshalb die WHO auch eine weitreichende Einschränkung macht: »Einer der verwirrenden Aspekte ist das Ausmaß, in dem die Abwesenheit eines Elternteils in machen Gesellschaften den Normalfall darstellt.« Schließlich weisen die Autoren auch auf die zwanzig Jahre Terrorherrschaft, Krieg und Bürgerkrieg von 1966 bis 1986 hin, während derer etwa eine Million Menschen getötet wurden – für die WHO sind selbst diese Kinder »AIDS-Waisen«.

Trennende Einheit

Ein Gespräch über bleibende Abhängigkeit und die Monopolisierung der palästinensischen Wirtschaft



Mit Volldampf in die Zukunft Foto: R. Maro/version

mit **Salah Abdel Shafi**

Das Pariser Wirtschaftsabkommen von 1994 zwischen Israel und der PLO regelt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Israel und den palästinensischen Gebieten (siehe Kasten). Seine Grundidee ist ein gemeinsamer Markt und eine von Israel diktierte Zollunion. Infolge der zahlreichen von Israel verhängten Closures konnten die Palästinenser aber nicht einmal die kleinen Spielräume nutzen, die das Abkommen ihnen läßt: zum Beispiel eine Ausweitung des Handels mit Jordanien und Ägypten. Wir sprachen mit dem palästinensischen Ökonomen Salah Abdel Shafi, Direktor des Gaza-Büros des Development Resources Center (DRC), über die ausbleibende Entwicklung der palästinensischen Ökonomie.

Am 29.4.1994 unterzeichneten Israel und die PLO in Paris ein Wirtschaftsabkommen. Damit konnte vor vier Jahren in Gaza und Jericho die palästinensische Selbstverwaltung beginnen. Viele Kritiker bemängelten damals, mit ihrer Unterschrift unter das Pariser Protokoll hätten die Palästinenser eine viel zu große Abhängigkeit ihrer Ökonomie von der israelischen akzeptiert.

► **Salah Abdel Shafi:** Natürlich ist das Abkommen zugunsten Israels formuliert. Das Problem lag einfach darin, daß die Verhandlungen über wirtschaftliche Fragen innerhalb eines schon festgelegten politischen Rahmens stattgefunden haben. Das Osloer Abkommen war bereits unterschrieben. Nachdem Arafat in Oslo statt einer vollen Souveränität eine Teilautonomie akzeptiert hat, mußte er in Paris eben B sagen.

Nun ist es allerdings so gekommen, daß das Fundament, auf dem das Pariser Protokoll gebaut ist, nicht mehr existiert. Beide Seiten sind 1994 davon ausgegangen, daß die palästinensischen Gebiete und Israel eine wirtschaftliche Einheit bilden werden.

Tatsächlich aber haben wir heute eher eine Trennung der palästinensischen Ökonomie von der israelischen als eine Einheit. Und zwar nicht, weil wir das wollten, sondern weil Israel die physische Trennung praktiziert hat.

Aber trotz Trennung gibt es die israelische Zollhoheit. Das steht im Pariser Protokoll, und bis heute haben sich die Palästinenser daran gehalten...

► Das bekommen wir sehr direkt im Alltag zu spüren. Egal, ob wir Waren aus Israel oder von irgendwo in der Welt beziehen, wir haben israelische Preise. Gleichzeitig ist das Lebensniveau hier ziemlich gesunken. Das Pro-Kopf-Einkommen in Gaza liegt bei 800$ im Jahr, in Israel bei 18.000$. Dennoch bezahle ich für Milch, Zucker, Mehl in Gaza genausoviel wie in Tel Aviv.

Was ist mit den Waren, die vom israelischen Zolldiktat ausgenommen sind? Läuft der Import so, wie es das Abkommen vorsieht?

► Auch da gibt es Probleme. Nehmen wir die Waren, die grundlegend sind für die Entwicklung oder die für Projekte der Geberstaaten benötigt werden. Im Text hört sich das einfach an. Aber ob die israelischen Zollbehörden eine bestimmte Ware als entwicklungsrelevant akzeptieren, ist eine andere Frage. Ich kenne Fälle, in denen bestimmte Geldgeber monatelang auf ihr Equipment warten mußten, weil es über die Flughäfen oder Häfen nicht hinausgelangte. Es ist einfach so, daß die stärkere Seite ihre Sicht der Dinge durchsetzen kann.

Das Problem liegt aber nicht nur bei den Israelis. 1997 hat Palästina beispielsweise

nur 150.000 Tonnen Zement aus Jordanien bezogen, obwohl der Bedarf des palästinensischen Marktes mittlerweile auf 6.000.000 Tonnen geschätzt wird. Eine unglaubliche Differenz!

► Es ist schwer zu sagen, warum die palästinensische Verhandlungsdelegation sich auf solche Quoten eingelassen hat. Wenn ich nicht böse sein will, sage ich, die hatten einfach keine Ahnung. In jedem Fall hat Arafat damals auf einen schnellen Abschluß gedrängt. Er wollte mit einem Wirtschaftsabkommen in der Hand nach Hause kommen. Der fehlende Zement wird heute hauptsächlich aus Israel bezogen. Und davon profitiert eine der Monopolfirmen, die mit der palästinensischen Regierung affiliert sind.

Die Monopolisierung der palästinensischen Wirtschaft ist neben der Abhängigkeit gegenüber Israel das zweite große Problem...

► Ja, unbedingt. Die Monopolfirmen kontrollieren heute den Vertrieb von Waren, die zentral sind für die Wirtschaft: Stahl, Zement, Zigaretten, Treibstoff usw. Ihr Rechtsstatus war anfangs unklar, ihre Einnahmen verschwanden einfach in irgendwelchen Taschen. Unser Parlament hat mehrmals über diese Firmen beraten und schließlich von Arafat gefordert, sie aufzulösen. Der hat diesen Beschluß nicht respektiert. Dann haben die Geberstaaten Druck gemacht, und Arafat hat schließlich versprochen, sie bis Ende 1997 aufzulösen. Daraufhin hat er sie einfach zu staatseigenen Firmen erklärt. Das Schlimme daran ist, daß die Geberstaaten jetzt ein Auge zudrücken, sie haben die Version von Arafat akzeptiert. Natürlich aus politischen Gründen: Sie wollen Arafat nicht zu sehr unter Druck setzen, weil sie ihn brauchen.

Privatisierung à la Arafat heißt also nicht, daß der Markt geöffnet und Konkurrenz zugelassen wird. Arafat privatisiert, indem er einen Bereich an genau eine Firma übergibt. Und natürlich ist die palästinensische Autonomiebehörde (PNA) dann an dieser Firma beteiligt. Auf Druck der Weltbank sollen jetzt auch die Wasserversorgung, die Stromversorgung und die Müllabfuhr privatisiert werden. Mit der Telekommunikation haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Preise nach der sogenannten Privatisierung nicht gefallen, sondern eher nach oben gegangen sind.

Die stärkere Seite setzt ihre Sicht der Dinge durch

Gibt es aus Ihrer Sicht irgendwo auch positive Ansätze in der palästinensischen Wirtschaft?

► Verbessert hat sich die Lage im Bereich Infrastruktur. Das sieht man: Kanalisation, Straßenbau, Wasserversorgung, Schulen, Krankenhäuser. Hier sind die Geberstaaten vorrangig aktiv, nicht so sehr im privaten Sektor. Es gab eine zeitlang Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die waren nicht sehr produktiv, Leute haben Sand von einer Seite der Straße auf die andere geschafft oder Löcher gegraben. Aber immerhin haben diese Programme, (zum Beispiel die von UNO und Weltbank mitfinanzierte »Gaza Sites, Parks and Neighborhood Retransformation«, die Interviewende) etlichen Leuten Einkommen verschafft.

Wie weit ist etwa das Projekt des Industrieparks bei Al Muntar im Osten des Gazastreifens gediehen?

► Die erste Erschließungsphase soll im August abgeschlossen sein, dann können sich die ersten Betriebe dort ansiedeln. Das Problem ist jedoch: bis heute gibt es kein Abkommen mit Israel, das den Warenverkehr zwischen Israel und dem Park regelt. Die Idee nämlich ist, und die kam von der Weltbank, den grenznah gelegenen Park von israelischen Closures unabhängig zu machen. Aber warum sollen Investoren kommen, solange Israel nicht ausdücklich die freie Bewegung von Gütern garantiert hat?

Der Industriepark an sich wird von einer privaten Firma – PADICO – entwickelt, die für 50 Jahre 48 Hektar Land von der PNA geleast hat. Weltbank und USA finanzieren die Off-Site-Infrastruktur, das heißt sie bringen etwa Strom bis an die Grenzen des Parkes. Der Park soll, wenn alles fertig ist, etwa 25.000 Arbeitskräfte absorbieren, und das ist schon ein Schritt nach vorne.

Der neueste UNESCO-Report vom Frühjahr 98 belegt eine leichte Aufwärtsentwicklung bei den Privatinvestitionen. Im Bausektor, Hotelbereich, Handel wurde um etwa 15%, im gewerblichen Bereich um 5,5% zugelegt...

► Das ist sehr relativ zu sehen. 1996 hat es massive Einbrüche bei den privaten Investitionen gegeben, ein fünfprozentiger Zuwachs ist da nicht viel. Der einzige Sektor, in dem es wirklich vorangeht, ist der Baubereich. Eine Immobilie ist eine sichere Investition. Aber dennoch gibt es auch hier Probleme. Die meisten der vielen neuen Hochhäuser hier in Gaza stehen halb leer. Man findet keine Mieter, obwohl die Mieten zurückgegangen sind. Die Banken bieten für Privatwohnungen keine langfristigen Finanzierungen an. Die Wohnungen sollen cash bezahlt werden. Aber wer kann 60.000 oder 70.000 Dollar auf den Tisch legen?

Es gibt, finanziert von den Geberstaaten, Wohnungsbauprogramme für Leute mit mittlerem und niedrigem Einkommen. Diese Wohnungen machen aber höchstens fünf Prozent des Gesamtangebotes aus. Alle anderen sind vom privaten Sektor finanziert, und die sind eben viel zu teuer für die Leute.

Befindet sich die palästinensische Wirtschaft nicht bereits in der Verschuldungsfalle?

► Das sehe ich auch als Problem. Dabei hatten wir im Unterschied zu vielen Ländern der Dritten Welt eine sehr gute Ausgangslage: Wir haben bei Null angefangen. Aber jetzt sind wir schon mittendrin im Prozeß der Verschuldung. Zwar bekommen wir die Kredite zu maximal günstigen Bedingungen, die Weltbank hat uns eingeordnet in die Gruppe der 'Least Developed Countries'. Die Kredite haben bekanntlich eine lange Laufzeit und extrem niedrige Zinsen. Aber wenn wir nicht sorgfältig mit diesen Krediten umgehen, stehen wir in 10 Jahren da wie Brasilien.

Das Interview führte Isabel Armbrust am 31.5.98 in Gaza

Das Pariser Protokoll

► Das Wirtschaftsabkommen zwischen der Regierung Israels und der PLO vom 29.4.1994 hat die seit 1967 entstandene Abhängigkeit der palästiensischen Ökonomie von der israelischen festgeschrieben. Die Palästinenser verzichteten auf eine eigene Währung und akzeptierten die israelische Zollhoheit. Mit der Einrichtung eines gemeinsamen Marktes sicherte sich Israel über '94 hinaus den Zugang zu den Konsumenten in Westbank und Gaza.

► Vom israelischen Zolldiktat sind aber bestimmte Warengruppen ausgenommen:

– Güter, die zentral sind für den Entwicklungsprozeß: Maschinen für Industrie, Landwirtschaft und Bau. Für diese Waren gelten keine Herkunftsauflagen und Mengenbeschränkungen.

– Bestimmte Agrarprodukte, Baumaterialien wie Zement und Eisen, Dünger, elektrische Haushaltsgeräte. Für bestimmte Quoten dieser Güter darf die palästinensische Autonomiebehörde die Zölle bestimmen, muß sich dabei aber am GATT orientieren. Außerdem müssen diese Quoten aus Jordanien und Ägypten, zum Teil aus anderen arabischen Ländern bezogen werden.

– Autos und Benzin sind partiell von den israelischen Zollbestimmungen ausgenommen. Benzin darf aber nur zu Preisen verkauft werden, die maximal 15% unter den israelischen liegen.

Atomare Fanale

Die nationalistische Hindu-Regierung testet den Ernstfall

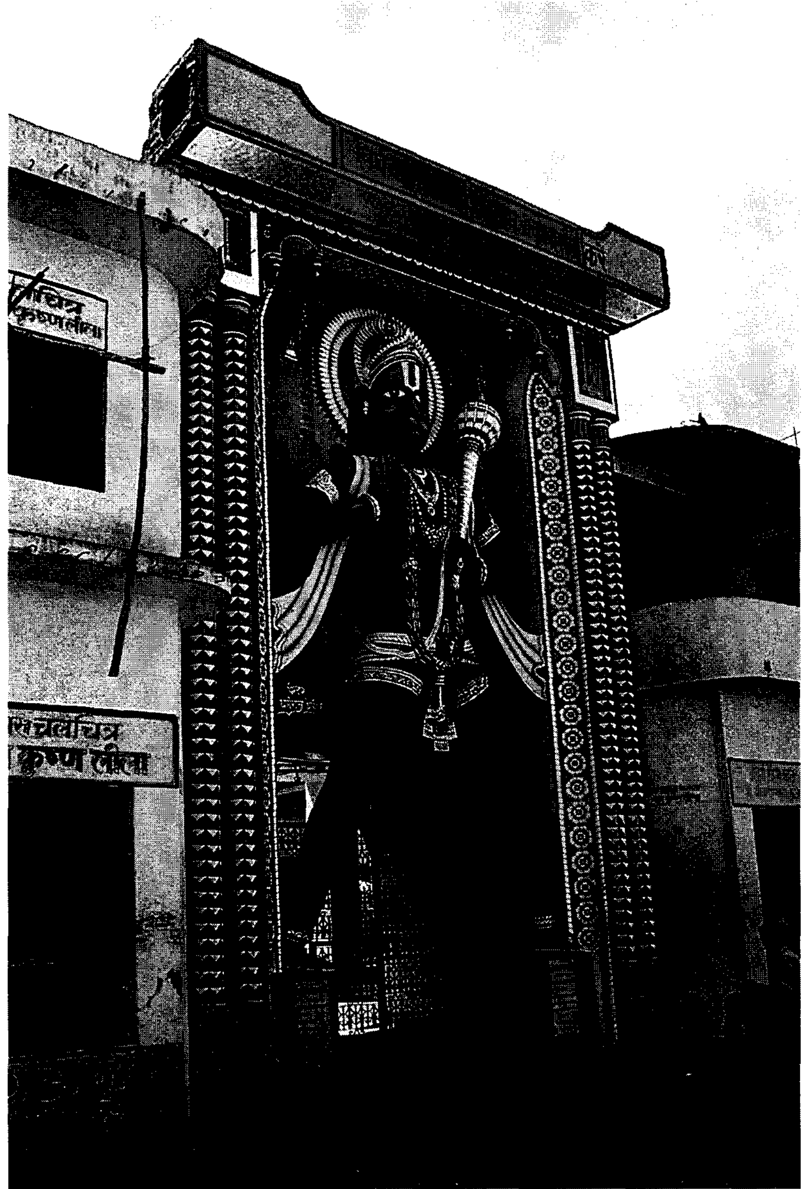


Foto: M. Zeitz

von **Michael Zeitz**

Erst fiel die Moschee in Ayodhya, dann platzte die Bombe. Die hindu-nationalistische Volkspartei BJP lehrt Muslime auf dem Subkontinent das Fürchten, und auch ein Krieg mit Pakistan ist nicht mehr ausgeschlossen. Wie gefährlich ist die neue Hindu-Regierung?

▶ »Well, I think, they've been underappreciated« – nicht nur der amerikanische Präsident mußte feststellen, daß seine Regierung Indien bisher zu wenig Beachtung geschenkt hat, als er am 11. und 13. Mai ohne Vorwarnung durch den CIA von fünf Atomtests in der Wüste Rajasthans überrascht wurde. Mit dieser nuklearen Explosion hat die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (indische Volkspartei, BJP) die Arroganz und Selbstzufriedenheit aller wirtschaftlichen Großmächte bloßgestellt, die sich seit Ende des Ost-West-Konflikes daran gewöhnt haben, die Bedeutung eines Landes primär an seiner ökonomischen Leistung zu messen. Diese Meßlatte ist aber insbesondere bei Indien falsch angelegt, dessen Anteil am Welthandel nur etwa 0,6% beträgt, das aber ein Sechstel der Weltbevölkerung beheimatet. Verletzter Stolz wegen mangelnder nationaler Anerkennung, vor allem der Weigerung, Indien als ständiges Mitglied in den Weltsicherheitsrat aufzunehmen, haben nicht unwesentlich zum Aufstieg des Hindu-Nationalismus beigetragen und die von einem Großteil der Bevölkerung euphorisch gefeierten und von der indischen Zeitung Pioneer als »Explosion des Selbstwertgefühls« bezeichneten Atomtests mitprovoziert.

Nun endlich fragen auch westliche Medien ernsthaft, was in Zukunft von der seit dem 19. März amtierenden Regierung des Ministerpräsidenten Atal Behari Vajpayee und von seiner Partei, der BJP, zu erwarten ist. Eine klare Einschätzung dieser Partei erweist sich aber als ausgesprochen schwierig. Ein Blick hinter die schillernde, sich ständig verändernde Fassade der BJP läßt sich wohl am ehesten aus historischer Perspektive gewinnen.

Vorwärts in die Vergangenheit

▶ Anfang des 20. Jahrhunderts wuchs insbesondere bei den aufstrebenden Mittelschichten Indiens der Wunsch, das Joch der britischen Kolonialherrschaft abzuschütteln, ohne dabei das Modell des modernen Nationalstaates allzu offensichtlich zu imitieren und damit eine Unterlegenheit der eigenen Kultur einzugestehen. Der Hindu-Nationalismus erlaubt diese Quadratur des Kreises durch die Berufung auf ein »goldenes Zeitalter«, in dem sich die grundsätzliche Überlegenheit des Hindutums gezeigt habe. Die Schwäche Indiens sei auf Verfälschungen der Lehre und ein ausuferndes Kastensystem zurückzuführen. Um seine Krise zu überwinden, müsse das Hindutum seine nationale Einheit wiederfinden, die durch ein gemeinsames heiliges Land, gemeinsame Abstammung, Sprache und Kultur definiert sei. Angesichts der geradezu sprichwörtlichen Vielfalt Indiens – es werden allein 39 Sprachen in Hunderten von Dialekten gesprochen, alle Weltreligionen sind vertreten und unzählige hinduistische Schulen praktizieren ihren Glauben – konnte der Versuch, das europäische Konzept der Kulturnation zu übertragen, aber nur gelingen, indem die Einheit des »Hindutums« in Abgrenzung gegen das »Andere« definiert wurde. Als geeignete »out-group« boten sich die indischen Muslime an, deren Kultur in einem fremden heiligen Land wurzele und die deshalb keine ungeteilte Vaterlandsliebe hegen könnten. Insbesondere mit der Teilung Britisch-Indiens in das muslimische Pakistan und die Republik Indien, die mehr als eine Million Opfer forderte und rund 14 Millionen Menschen zur Flucht zwang, verschärfte der Hindu-Nationalismus das Feindbild gegenüber den Muslimen. Um das »nation building« zu forcieren, wurde außerdem ein nationaler Mythos entwickelt, der die indische Geschichte als unablässigen heroischen Kampf der Hindus gegen fremde Eroberer, zunächst



Kaschmir: Zankapfel der neuen Atommächte

gegen Muslime, dann gegen Christen, darstellte. Zur wichtigsten Symbolfigur der Hindutva-Bewegung entwickelte sich aber der Gott-König Ram, der zu einer Art kriegerischem Messias des nationalistischen Hindutums umstilisiert wurde. Der Hindu-Nationalismus stellt keine religiös-fundamentalistische Bewegung dar, sondern bedient sich vielmehr der Religion, um nationale Mythen und Symbole zu schaffen.

In den ersten Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit der 1947 ausgerufenen Indischen Republik blieb der Hindu-Nationalismus relativ unbedeutend, denn über fast ein halbes Jahrhundert hinweg konnte die Kongreßpartei, die aus der erfolgreichen Sammlungsbewegung des Befreiungskampfes hervorgegangen war, die politische Bühne dominieren. Die von Jawaharlal Nehru, dem ersten Premierminister Indiens, geprägte Vision eines säkularen Nationalstaates, der einen Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus in die Moderne beschreiten werde, überzeugte die breite Mitte der Wählerschichten. Mehr als 40 Jahre an der Macht hatten den Parteiapparat aber träge und vielfach auch korrupt werden lassen. Vor allem aber hatte die Partei die Hoffnungen von fast 40 % der Bevölkerung, die immer noch in unvorstellbarer Armut lebt, zu lange enttäuscht und verlor zudem vollends an Glaubwürdigkeit, als sie Anfang der 90er Jahre auf Druck des IWF mit ihrem Liberalisierungsprogramm eine wirtschaftspolitische 180-Grad-Wende vollzog. Mit der Deregulierung beschleunigte sich zwar das Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,5 % auf etwa 5-7 %. Auch ermöglichte sie vielen verbesserte Aufstiegschancen. Gleichzeitig jedoch ging der indischen Wirtschaft und Gesellschaft ein Schonraum verloren: Die nationale und internationale Konkurrenz verschärfte sich, marode Staatsbetriebe wurden geschlossen und der staatliche Verwaltungsapparat wurde abgebaut. Auch die ärmste Bevölkerungsschicht trafen die Deregulierungsmaßnahmen hart, da sie unter Sparmaßnahmen wie der Verringerung von Subventionen für Dünger und Grundnahrungsmittel zu leiden hatte. Indien mußte sich außerdem nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, des wichtigsten Verbündeten, auch außenpolitisch völlig neu orientieren.

Ein neues, stolzes und starkes Indien

► Indien befand und befindet sich also in einer vielschichtigen Umbruchsituation, die einen Neuanfang erforderlich macht, der dem alten und verbrauchten Kongreß kaum noch zugetraut wurde. Erst der allmähliche Niedergang der Kongreßpartei ebnete den Weg für den Aufstieg des Hindu-Nationalismus. Die BJP verspricht den Aufbruch in eine neue Ära. Mit ihrer Form des Nationalismus scheint sie in einer Zeit rasanter Veränderungen das Bedürfnis nach Halt und Solidarität in einer starken Gemeinschaft zu befriedigen. Auch ihr Gesellschaftsbild, das auf dem Ideal einer von wohlwollenden Autoritäten geführten, harmonisch kooperierenden Familie beruht, wird vielen attraktiv erscheinen, die sich von wachsender Konkurrenz und Individualisierung bedroht sehen. Da diese Gesellschaftsideologie auch geeignet ist, tatsächlich vorhandene Interessengegensätze zu verschleiern und damit bestehende Machtverhältnisse zu festigen, ist es nicht verwunderlich, daß die BJP traditionell bei Ober- und Mittelschichten besonders stark vertreten ist. Mit deren Unterstützung war es der Partei möglich, ihre Basis durch geschickte Propaganda und professionelle Wahlkämpfe auch in unteren Schichten zu erweitern. So wechselte ein relativ hoher Prozentsatz der enttäuschten ärmeren Kongreßwähler zur BJP. Dennoch ist sie bei den ärmsten Bevölkerungsschichten nur mit 14 %, bei den untersten Kasten mit 11 % und, wie kaum anders zu erwarten, bei Muslimen mit nur 3 % Stimmenanteil vertreten.

Der rasche Aufstieg der Partei war nur möglich, weil die Hindu-Nationalisten in den Jahren der politischen Bedeutungslosigkeit eine ganze Familie von Organisationen und Institutionen aufbauten, darunter eine Gewerkschaft, einen Bauernverband, Studentenverbindungen, rund 5000 Schulen, 28 Zeitungen und jüngst sogar einen Fernsehsender. Damit verfügt der Hindu-Nationalismus über ein in hierarchischen Strukturen wohlorganisiertes Millionenheer von Aktivisten, mit deren Hilfe Ende der achtziger Jahre große Kampagnen durchgeführt wurden. Die wichtigsten Aktionen galten der »Befreiung« der Geburtsstätte des Gottes Ram in Ayodhya, wo 1528 angeblich ein Tempel zerstört wurde, um die Babur-Moschee zu errichten. Am 6. Dezember 1992 geriet das Spiel mit dem Feuer nationalistischer und religiöser Emotionen außer Kontrolle. Bei einer symbolischen Grundsteinlegung für den geplanten Ram-Tempel wurde die Babur-Moschee in Ayodhya von Tausenden fanatisierten Hindu-Nationalisten niedergerissen. In den folgenden Ausschreitungen zwischen Muslimen und Hindus kamen in ganz Indien mehr als 1200 Menschen ums Leben. Die BJP distanzierte sich von dieser Welle der Gewalt – die skrupellose Beteiligung an der Ayodhya-Kampagne hatte ihr aber zuvor einen großen Stimmenzuwachs beschert. Lag sie noch in den Unionswahlen 1984 bei einem Stimmenanteil von 7,4 %, so gelang ihr bis 1991 der Sprung auf 20,1 % und damit 119 der 537 Direktmandate.

Seit der Zerstörung der Babur-Moschee, die im In- und Ausland einen Sturm der Entrüstung entfacht hat, bemüht sich die Partei mit erstaunlichem Erfolg, ein moderateres Image zu pflegen. Während der begnadete Rhetoriker Vajpayee, der als gemäßigter Vertreter der BJP gilt, in seinen Sonntagsreden

immer wieder für ein friedliches Zusammenleben von Hindus und Muslimen wirbt und während Parteimitglieder Versöhnungsfeste organisieren und Geld für den Bau von Moscheen sammeln, wird in BJP-regierten Bundesländern in den Schulbüchern weiter das anti-muslimische Geschichtsbild der Hindu-Nationalisten verbreitet. Außerdem halten Medienkampagnen die Spannung zwischen der hinduistischen Bevölkerungsmehrheit und den über 120 Millionen Muslimen Indiens aufrecht.

Im Wahlkampf 1996 empfahl sich die BJP als Verfechterin von Recht und Ordnung und prangerte die Korruption der Kongreß-Regierung an. Dies machte sie in Verbindung mit großzügigen Wahlversprechen zur größten Fraktion im indischen Parlament. Die neu gebildete BJP-Regierung mußte allerdings schon nach 13 Tagen abtreten, da sich eine Mehrheit der Parlamentarier zu einer säkularistischen Front gegen die Hindu-Nationalisten zusammenschloß.

Die Instabilität der beiden folgenden Koalitionsregierungen erforderte im Februar 1998 vorgezogene Neuwahlen. Mit dem Ruf nach »swadeshi«, d.h. »wirtschaftlichem Nationalismus« und mit markigen Slogans wie »one nation, one people, one culture« und »India first« warb die BJP im Wahlkampf für eine nationalistische Wende und konnte tatsächlich ihre Stellung als stärkste Fraktion mit nunmehr 180 von insgesamt 543 Sitzen (Stimmenanteil 25,5 %) weiter ausbauen. Bemerkenswert ist aber, daß die Partei in einigen BJP-regierten Ländern Einbußen hinnehmen mußte, was vermuten läßt, daß die indischen Wähler dem Aufstieg des Hindu-Nationalismus ein Ende setzen werden, wenn er seine großen Versprechungen nicht einlösen kann.

Macht um jeden Preis

► Die BJP ist auf ein Bündnis von 16 Koalitionspartnern angewiesen, um der seit dem 19. März amtierenden Regierung Vajpayee eine parlamentarische Mehrheit zu sichern. In diesem Bündnis sind so unterschiedliche Parteien vereint wie die extrem Hindu-nationalistische Shiv Sena des berüchtigten »Supremo« von Bombay, Bal Thackeray, der aus seiner Verehrung für Hitler keinen Hehl macht, die tamilisch-regionalistische Partei AIADMK sowie die sozialistisch-nationalistische Partei des ehemaligen Gewerkschaftsführers George Fernandez. Als kleinsten gemeinsamen Nenner hat diese prekäre Koalition eine »National Agenda for Governance« verabschiedet, in der sich ein Großteil des BJP-Manifestes wiederfindet. Während die Deregulierung des Binnenmarktes weiter vorangetrieben werden soll, verspricht die Regierung unter dem Stichwort »swadeshi« eine verlangsamte, schrittweise Weltmarktintegration Indiens, um der nationalen Industrie die Anpassung an internationale Konkurrenz zu ermöglichen. Ausländische Direktinvestitionen sollen vor allem in Infrastruktur- und High-Tech-Projekte gelenkt werden. Allerdings beeilte sich Vajpayee zu erklären, daß multinationale Konzerne, die in anderen Bereichen aktiv sind, nicht gezwungen werden, das Land zu verlassen. Besondere Aufmerksamkeit will die BJP der Förderung kleiner Betriebe und der Entwicklung des ländlichen Raumes, für die 60 % der öffentlichen Investitionen vorgesehen sind, widmen. Zu den weiteren Prioritäten zählt die Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit, die Frauenförderung durch Stipendien und eine 33 %-Quote in den Parlamenten sowie die Stärkung der Finanz- und Verwaltungshoheit der Bundesländer.

Keine geschlossene faschistische Ideologie, sondern skrupelloses Machtstreben

Die umstrittensten Elemente des Hindutva-Programms der BJP hat die Koalition jedoch auf Eis gelegt. Keine Rede ist vom Bau des Ram-Tempels in Ayodhya oder von der Aufhebung des Autonomiestatus des mehrheitlich von Muslimen bewohnten Bundeslandes Jammu und Kaschmir. Auch die Schaffung eines einheitlichen Zivilgesetzbuches, das die auf islamischem Recht beruhenden Sonderregelungen für Muslime beseitigen soll, findet keine Erwähnung.

Die Regierung Vajpayee ließ zunächst aufgrund der Wirkung ausgesprochen unterschiedlicher Koalitionspartner keine gravierenden Umwälzungen erwarten. Schon zeigten die Hardliner der BJP ihre Enttäuschung über zu große Zugeständnisse an die Partner und schon spottete die Presse, daß die Partei wohl kaum ihr Versprechen einer starken Regierung für ein starkes Indien einlösen werde, als es dem Kabinett Vajpayee dank der Atomtests in der Wüste Rajasthans mit einem Schlag gelang, die politische Stimmung umzukehren. Die Tests wurden von vielen Indern euphorisch gefeiert und bei einer Umfrage in mehreren Städten von 91% der Befragten begrüßt. Die BJP dürfte damit ihre Regierung gefestigt und ihre Wahlchancen erheblich verbessert haben, denn in Zukunft kann sie sich als die Partei darstellen, »die Indien mit ihrer mutigen Entscheidung für Atomtests auf den Weg zu einer starken, weltweit respektierten Großmacht gebracht hat«.

Diese Tests alleine sind aber noch kein Beweis dafür, daß die in den letzten Jahren etwas moderateren Töne gegenüber Muslimen nur Blendwerk sind, hinter dem sich das wahre Gesicht einer chauvinistischen oder gar faschistischen Partei verbirgt. Schließlich hat die BJP in ihren Manifesten nie verhehlt, daß sie eine strategische Bewaffnung befürwortet und befand sich damit in bester Gesellschaft, denn es war die Kongreßpartei, die 1974 den ersten Atomtest durchführte und die im Dezember 1995 erst auf massiven Druck der USA eine vorbereitete Testserie aussetzte. Es stimmt zwar, daß der Hindu-Nationalismus in einigen Aspekten faschistoide Tendenzen aufweist – zu nennen sind hier die pseudoreligiösen Elemente, die anti-muslimische Propaganda, die Gesellschaftsideologie der Unterordnung, die Faszination für Führung, Disziplin und Ordnung sowie die Gleichschaltungstendenzen. Aber: Um eine breitere Basis zu gewinnen, mußte die BJP von ihren umstrittensten Forderungen abweichen, Zugeständnisse an regionale und soziale Gruppierungen machen und bekam so selbst einen zunehmend pluralistischen Charakter. Die Hardliner der Partei stellen zwar eine mächtige Gruppe innerhalb der BJP, es ist aber schwer vorstellbar, daß sie die Partei insgeheim steuern und nach dem »Marsch durch die Institutionen« und der »Machtergreifung« ein faschistisches Regime etablieren. Was diese Partei gefährlich macht, ist nicht eine geschlossene faschistische Ideologie, sondern ein skrupelloses Machtstreben, das zu Opportunismus und verantwortungslosen Aktionen wie der Beteiligung an der Ayodhya-Kampagne 1992 führt. Bei den Ausschreitungen zwischen Hindus und Muslimen kamen über Tausend Menschen ums Leben – die jüngsten Atomtests aber werden weit mehr Opfer kosten, denn die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Indien, die einen Rückgang des Bruttosozialproduktes um etwa zwei Prozent erwarten lassen, und die Kosten des Rüstungswettlaufes mit Pakistan bedeuten einen schweren Rückschlag für die Bekämpfung der Armut.

Es mag zwar sein, daß das Risiko eines vierten Krieges mit Pakistan, etwa um den Zankapfel Kaschmir, durch das gewachsene Abschreckungspotential gesunken ist. Die Gefahren die von einem solchen Krieg ausgehen können, sind aber unendlich gestiegen. Der Einsatz von Atomwaffen in den dichtbesiedelten Gebieten des Subkontinents hätte kaum auszudenkende Konsequenzen, amerikanische Studien gehen von bis zu 100 Millionen Opfern aus. Da Indien und Pakistan außerdem direkte Nachbarn sind, also praktisch keine Vorwarnzeit existiert, und die Überwachungs- und Kontrollmechanismen vermutlich nicht optimal sein werden, entsteht zudem die Gefahr eines ungewollten oder unautorisierten Atomwaffeneinsatzes. Es gibt genug Gründe, sich Sorgen zu machen.

► **Michael Zeitz** hat seine Examensarbeit an der Uni Gießen über die BJP geschrieben.

Literaturempfehlung:

► Jaffrelot, Christophe. The Hindu Nationalist Movement and Indian Politics 1925 to the 1990s: Strategies of Identity-Building, Implantation and Mobilisation (with special reference to Central India). London: C. Hurst & Co., 1996

► Internet-Homepage der BJP: http://www.bjp.org



Trotz aller globalisierenden Entwicklungen werden Grenzen gegen »Fremde« aufgebaut. Die freie Mobilität wird für Waren Wirklichkeit, während für Menschen die Visabestimmungen verschärft werden. Der damit verbundene Gestaltwandel des Fremden ist diesmal Thema in unserer Reihe zur Initiative »kein mensch ist illegal«.

»Ich habe nichts gegen Fremde. Einige meiner besten Freunde sind Fremde. Aber dieser Fremde ist nicht von hier«. *(Methusalix, der Dorfälteste aus Asterix' gallischem Dorf)*

Vertraute Aliens

Der Gestaltwandel des Fremden in Zeiten der Globalisierung

von **Bernd Ladwig**

▶ Was am Fremden zuerst auffällt, ist seine Vielgestaltigkeit, ja Ungreifbarkeit: Alles und nichts scheint als Fremdes in Frage zu kommen. Fremd sind uns vielleicht die typischen Zutaten der westafrikanischen Küche; die radikalen Abstraktionen der modernen Kunst; der Jargon des Poststrukturalismus; die Kommaregeln; Grenzsituationen wie Anfang und Ende des Lebens; als 'fremdelnde' Säuglinge alle bislang unbekannten Gesichter und Gerüche; die selbstbezogene Erfahrung, andere scheinbar grundlos verletzen zu können; das eigene Spiegelbild am Morgen (»Ich kenn' dich zwar nicht, aber ich wasch' dich trotzdem«).

Diese Liste ließe sich endlos fortsetzen. Verdeutlichen wollte ich nur, daß wir des Fremden auf diese Weise nicht habhaft werden können. Das Fremde steht nicht für bestimmte Objekte, sondern für bestimmte Relationen: Stets verweist es auf ein Subjekt, das zu etwas im Verhältnis der Fremdheit steht. Fremdheit ist daher relativ zu Ort, Zeitpunkt und Instanz der Zuschreibung, daß etwas fremd sei. In den Worten des Soziologen Alois Hahn: »Fremdheit ist keine Eigenschaft, auch kein objektives Verhältnis zweier Personen oder Gruppen, sondern die Definition einer Beziehung«. Diese Einsicht, so naheliegend sie scheint, ist so trivial nicht. Über weite Strecken der Menschheitsgeschichte dürfte eine ganz andere Sichtweise vorgeherrscht haben. Ihr zufolge steht das Fremde stets für ein ebenso fragwürdiges wie unhinterfragbares Außen. Wir selbst (unser Leib und unsere gemeinschaftliche Lebensform) bilden den Mittelpunkt der Welt. Der Grad der Fremdheit ist eine Funktion des Abstands von diesem Zentrum: Je weiter etwas vom Ort des Eigenen entfernt ist, um so fremder ist es. Diese Perspektive scheint keine Umkehrung zu erlauben. Wo ich bin oder wir sind, da ist Eigenes, überall sonst Fremdes.

Und noch etwas kennzeichnet diese Sichtweise (die wir etwas technisch als Ego- oder Soziozentrismus bezeichnen können): In ihr verschmelzen zwei Bedeutungsaspekte des Wortes 'fremd', die wir heute zu unterscheiden gelernt haben: die Nichtzugehörigkeit und die Unvertrautheit. Vom Ausgangspunkt der Selbstbezogenheit, wie ich ihn oben stilisiert habe, ist dieser Unterschied nicht unmittelbar einsichtig: gilt es doch als evident, daß das zu mir oder zu uns Gehörige auch das Vertraute ist. Und umgekehrt: Was nicht zum Eigenen gehört, sondern einem Außen zugeschrieben werden muß, das kennen wir nicht allzu gut, das gilt es bestenfalls erst noch zu erkunden, schlimmstenfalls völlig zu meiden.

Das Eigene steht dabei nicht allein für eine Art Besitztitel (das gehört mir, dazu gehöre ich). Es verkörpert zugleich die maßgeblichen Standards für ästhetische Schönheit, sittliche Vortrefflichkeit, menschliche und gemeinschaftliche Reife und all das andere Gute und Erstrebenswerte auf Gottes Erden. Es ist der räumliche und werthafte Nabel der Welt. Diesem schlechthin Eigenen steht das schlechthin Fremde entgegen: vollkommen unverständlich ('Barbaren' hießen ursprünglich die, welche bloß stammeln), schlechthin häßlich (die einäugigen, riesenfüßigen Monstra vom Rande der Welt), absolut böse. Ein schönes Beispiel für diese Sicht auf das Fremde bieten die Asterix-Bände: Das wohlbekannte gallische Dorf bildet den Ausgangspunkt jeder Geschichte und des Selbstbewußtseins ihrer wichtigsten Akteure. Die Grenze zwischen Innen und Außen wird durch einen Palisadenzaun markiert, der anschließende Wald ist Nahrungsreservoir und Übergangszone zugleich. Dahinter beginnt das von den Fremden, den römischen Eindringlingen, beherrschte und von den zweifelhaften Segnungen der Zivilisation heimgesuchte Gebiet.

Im gallischen Dorf

▶ Gewiß genießen einige ausgesuchte Fremdlinge das Privileg der Aufnahme in diese Gemeinschaft; doch stets nur auf Zeit und zu den von den Einheimischen selbst festgelegten Bedingungen. Allein der Gastgeber bestimmt Schrittfolge und zeitlichen Verlauf der Einführung des zunächst Fremden in die verschiedenen Bezirke der Vertrautheit. Weigert sich der Gast, nach einiger Zeit wieder zu gehen, gilt er vielleicht sogar als Usurpator, der einen Platz beansprucht, der ihm nicht zusteht. Der Ego- oder Soziozentrist ist davon überzeugt, daß der Kern des Eigenen vom Fremden abgeschirmt bleiben muß, und dazu muß er die Anwesenheit von Fremdem als Ausnahme oder bloße Übergangserscheinung ausgeben können. Doch die 'Schönheit' dieser Ordnung, in der es auch mit dem Fremden noch seine Ordnung hatte, ist dahin.

Wenn wir den Modernisierungstheorien Glauben schenken dürfen, so ist für schlechthin Fremdes in unserer vernetzten Welt kein Platz mehr. Gewiß bringen moderne Gesellschaften eine Vielzahl von Differenzen und Differenzierungen hervor, doch das Fremde als das von außen Kommende und auf ein Jenseits der vertrauten Welt Verweisende ist in ihnen nicht länger vorgesehen (für manche scheinen allerdings die Außerirdischen in diese Rolle einzurücken). Wirtschaftliche Transaktionen, politische Institutionen, touristische Erkundungen, massenmediale Neuigkeiten, wissenschaftliche Schulbildungen, kurz: Kontakte und Kommunikationen aller Art stiften Zugehörigkeiten, welche die raumbezogene Semantik des Fremden durchkreuzen. Sie erzeugen und festigen funktionale Verbundenheiten, aber auch mehr oder weniger fatale Folgewirkungen, die sich um Grenzen im Raum nicht scheren: Zur Entwicklung nach 'westlichem' Vorbild gehört das Risiko großtechnischen Versagens, zur Industrialisierung die Schadstoffe, zum Tourismus die Folklore, zu den Massenmedien eine gewisse Angleichung der konsumtiven Erwartungen, zur transnationalen Politik die räumliche und häufig auch sachliche Entfernung von den Betroffenen. Die Menschheit erfährt sich im Guten wie im Schlechten als Schicksalsgemeinschaft, wenn auch mit grob ungleich verteilten Rollen und zu ganz unterschiedlichen Konditionen, unter Bedingungen des Überflusses wie unter solchen des Mangels und der Verwahrlosung. Das Verhältnis von Eigenem und Fremdem ändert sich dadurch in zumindest vierfacher Weise. Erstens gibt es normativ und funktional gesehen kein absolutes Außen mehr: Mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verbindet sich das Versprechen universeller Zugehörigkeit in der Form allgemeinmenschlicher Ansprüche auf Achtung und Berücksichtigung. Mit der Globalisierung verbindet sich die – wie immer trügerische – Erwartung, wir alle seien potentielle Kunden und Anbieter im Warenhaus der Weltgesellschaft. Die fortbestehenden (etwa nationalstaatlichen) Grenzen zwischen Eigenem und Fremdem werden durch übergreifende Zugehörigkeiten gleichsam gerahmt: Sie stehen immer schon unter dem zweifachen Vorbehalt ihrer Vorläufigkeit und ihrer allenfalls relativen Berechtigung. Damit hängt zweitens zusammen, daß wir an das schlechthin Fremdartige und Neue nicht mehr recht zu glauben vermögen. Zuletzt mußten das auch diejenigen Teile der internationalistischen Linken lernen, die ihre Sehnsucht nach dem ganz Anderen in die Befreiungskämpfe auf fernen Kontinenten hineinprojiziert hatten. Heute finden wir muslimische Glaubenskrieger mit Stinger-Raketen, Indianer in Nike-Turnschuhen, Pygmäen mit Handies, Gurus in S-Klasse-Limousinen, Eskimos mit Geigerzählern. Traditionselemente werden zu immer neuen Mustern verknüpft und machen die Frage nach dem kulturellen Copyright gegenstandslos. Gewiß gibt es noch Unvertrautes, doch mit der Möglichkeit seines Auftretens sind wir auf höherer Stufe längst vertraut.

Verfolgte und Staatenlose sind von der Staatenwelt ausgeschlossen

Das verschwundene Zentrum

▶ Drittens wissen wir heute grundsätzlich um die Umkehrbarkeit der Perspektiven. Die Welt hat kein absolutes Zentrum: Alles, was es gibt, sind relative Positionen, deren Kehrseite einfach die Möglichkeit anderer Standorte und Gesichtspunkte ist. Alles uns Fremde ist zugleich, von sich aus gesehen, sein eigenes Eigenes. Zwar mögen wir manche Merkmale unserer eigenen Lebensform nach wie vor mit Stolz betrachten, doch wissen wir zugleich, daß es nichts besonderes ist, etwas Besonderes zu sein.

Viertens schließlich treten die beiden Bedeutungsdimensionen der Fremdheit erkennbar auseinander: Nicht länger darf man sich dem Glauben hingeben, daß alles Zugehörige grundsätzlich vertraut und alles Nichtzugehörige grundsätzlich unvertraut sei. Moderne Nationalstaaten etwa sind intern zu vielgestaltig und werden von zu vielen Unterscheidungen durchzogen, als daß sie noch dem Bild homogener, 'gemütlicher' Gemeinschaften genügen könnten. Nur mehr Expertenkulturen vermögen die 'Sprachen' des Rechts, der Warentermingeschäfte, der theoretischen Physik und der bürokratischen Verwaltung zu entschlüsseln; nur mehr Ethnologen des Alltags können sich sicher im Dickicht der verschiedenen Szenen und Subkulturen bewegen und verstehend in die Erfahrungswelt des katholischen Bergbauern wie in die der lasziven Raverin eindringen.

Diesem viergestaltigen Panorama der Einbeziehung, lebensweltlichen Entschärfung, Dezentrierung und Entzweiung des Fremden kontrastieren jedoch gegenläufige Erfahrungen und Ansprüche, wie man am klassischen Beispiel der neuzeitlichen Grenzziehung zwischen Eigenem und Fremdem leicht erkennen kann: Nach wie vor ist ja die Welt primär Staatenwelt, in der über Wohl und Wehe der Menschen vielleicht mehr noch als die Schichtenzugehörigkeit die Staatsangehörigkeit entscheidet. Gerade die Wahrnehmung, daß Souveränität zum gefährdeten Gut geworden ist, macht den Nationalstaat heute zum Gegenstand heftiger Kämpfe um Ein- oder Ausschluß: um die Teilhabe an seinen Vorteilen, vom physischen Schutz bis zur sozialstaatlichen Versorgung. Die prototypischen Fremden unserer Tage sind nach wie vor die Staatenlosen und die von 'ihrem' Staat Verfolgten. Sie sind nicht einfach Nichtzugehörige einer bestimmten politischen Gemeinschaft, sondern Nichtzugehörige überhaupt, im Verhältnis zur gesamten Staatenwelt. Der augenscheinliche Abstand zwischen dieser Lage und dem Versprechen umfassender Zugehörigkeit zur Menschengemeinschaft erzeugt das, was Psychologen als kognitive Dissonanz bezeichnen: Die reale Zerklüftung der Welt läßt sich mit dem Anspruch auf übergreifende Gemeinsamkeiten und Solidaritäten gedanklich und emotional schlecht vereinbaren – zumal der subjektive Bedarf an wertenden Unterscheidungen nicht unbedingt im gleichen Maße abgenommen hat wie ihre objektive Berechtigung.



Das einzelne Gesicht verschwimmt in einer Folge sozialer Sekundenkontakte Foto: R. Maro/version

Der Unterscheidung zwischen Eigenem und Fremdem, Zugehörigem und Nichtzugehörigem nämlich kommt neben einer materiellen auch eine symbolische Bedeutung zu. Sie entscheidet darüber, wohin man gehört, modisch gesagt: welche Identität man hat. Verunsicherte Zeitgenossen glauben schnell, daß zur Selbstverständigung nicht allein die Abgrenzung vom, sondern die Ausgrenzung des Anderen gehöre und der eigene Wert von der Kehrseite eines fremden Unwertes abhänge. Auf die Nachfrage nach eindeutigen Grenzen antworten Konstruktionen »sekundärer Fremdheit« (Herfried Münkler). Sekundär sind Fremdheiten, die aus Beziehungen der Zugehörigkeit und/oder Vertrautheit erwachsen und die solche Beziehungen zugleich voraussetzen. Nur dort, wo etwas zunächst nicht fremd, zumindest nicht unvertraut ist, kann es zur Entstehung sekundärer Fremdheiten kommen. Die fehlende Selbstverständlichkeit solcher Unterscheidungen allerdings bedarf der Kompensation. Das ideale Medium, sie zu beglaubigen, ihnen den Anschein der Natürlichkeit zu verleihen, ist der Streit. Polemik und nicht selten auch handfeste (oder mit Distanzwaffen verbreitete) Gewalt begleiten daher immer wieder die Herstellung sekundärer Fremdheiten. Dabei vermag die Willkürlichkeit solcher inneren Grenzziehungen prinzipiell auch den fanatischsten Tätern aufzugehen. Es gehört ein buchstäblich gewaltsamer Gestaltwechsel dazu, im Antlitz des versehrbaren Gegenübers nicht Seinesgleichen, sondern das ganz Andere zu erblicken. Aus Nachbarn werden dann Juden, aus Kollegen Muslime, aus Freunden Tutsi. Eine vormals ganz unscheinbare Differenz wird zur tödlichen Trennlinie zwischen uns und den anderen, deren 'Andersartigkeit' uns vielleicht gestern noch gar nicht in den Sinn gekommen war. Wieviel Willkür dabei walten kann, lehrt ein Blick auf die bevorzugten Opfergruppen ostdeutscher Jugendlicher. Längst finden wir darunter nicht mehr lediglich die freilich nach wie vor besonders gefährdeten Andersfarbigen: Auch körperliche Behinderungen, Obdachlosigkeit, Latzhosen, bunte Haare und Wandergitarren, ja der bloße Eindruck, Wessis vor sich zu haben, genügen. Hier kommt der Ausdruck 'Fremdenfeindlichkeit' durch eine an Carl Schmitt erinnernde Zirkularität zu seinem Recht: Fremd ist, wer dazu erklärt wird, und wer dazu erklärt wird, wird als Fremder, das heißt als rechtloser Eindringling behandelt.

Mürrische Indifferenz in urbanen Gesellschaften

► Womöglich gefährlicher als solche wohlbekannten Mechanismen ist jedoch die eigentümliche Hilflosigkeit, mit der die 'zivilen' Gesellschaften auf solche Vorgänge reagieren. Wir müssen gar nicht auf die Stätten der jüngsten Genozide blicken, um auf die verbreitete Bereitschaft zu stoßen, das Schlimme zumindest geschehen zu lassen. Jede Zeitungsmeldung über Gewalt in der S-Bahn, die augenscheinlich nur möglich ist, weil niemand aus der Mehrzahl der friedlichen Fahrgäste den Angreifern in den Arm fällt oder auch nur zur Notbremse greift, läßt an der menschlichen Fähigkeit zur Zivilcourage zweifeln. Zum Abschluß möchte ich einen möglichen Grund für diesen Mangel nennen, der wiederum mit dem Gestaltwandel des Fremden zu tun hat.

Die Menschen in modernen, urbanen Gesellschaften haben im großen und ganzen gelernt, mit ihrer gegenseitigen Fremdheit zu leben. Zumeist begegnen sie einander im Modus einer mehr oder weniger mürrischen Indifferenz. Ein solches Verhältnis läßt sich definieren als Anwesenheit anderer Menschen bei Abwesenheit von Interaktion mit diesen Menschen. Die indifferenten anderen sind Mitbenutzer der U-Bahn und namenlose Passanten, sie bilden Schlangen vor der Kasse und Verkehrshindernisse am Ort eines außergewöhnlichen Geschehens. Das einzelne Gesicht verschwimmt dabei in einer raschen Folge sozialer Sekundenkontakte. Indifferenz ist zivilisierte Unverbindlichkeit im Verkehr unter Fremden. Eine zweite Möglichkeit, alltägliche Fremdheit zu bändigen, besteht in der Versachlichung des Blicks auf die unvertrauten Anderen. Je nach Funktionsbereich stehen dabei besondere Gesichtspunkte im Vordergrund: Aus der Warte der Verwaltung gelten die Fremden als Klienten, in der Perspektive der Wirtschaft zählen sie als Anbieter und Kunden, in der Politik werden sie – soweit sie eine Stimme haben – als Wähler umworben. Was hinter solche Typisierungen jeweils zurücktritt, ist der besondere Mensch.

Auf diesen aber kommt es in Grenzsituationen, wie gewaltsame Übergriffe sie schaffen, nach wie vor an. Jetzt ist die Fähigkeit gefragt, die unverbindliche Haltung der Indifferenz aufzugeben und als verantwortlicher Einzelner hervorzutreten. Jetzt kommt es darauf an, sich hinter formaler (Un-)Zuständigkeit und der jeweiligen Rolle nicht zu verschanzen, sondern 'mit eigenem Gesicht' dem Unrecht zu begegnen. Es scheint aber so, daß eben die Lösungen, die uns erlauben, unsere gegenseitige Fremdheit im Alltag auszuhalten, uns zugleich der eigenen Verantwortlichkeit in außeralltäglichen Situationen entfremden. Wer nicht auffällt, fällt nicht aus der Rolle; wer die Augen schließt, wird nicht gesehen: Eine Unterlassungsmoral und ein Kinderglaube, hilfreich für das Aushalten von Fremdheit, hindern uns daran, dem Fremden beizustehen, wo Zivilisiertheit in Barbarei und höfliches Desinteresse in Komplizenschaft umschlagen.

► **Bernd Ladwig** ist Diplompolitologe und war von 1995 bis Anfang 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter der interdisziplinären Arbeitsgruppe »*Die Herausforderung durch das Fremde*« an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.

Neue Kreise ziehen

Als die **iz3w** in den 70er und 80er Jahren immer höhere Auflagen erreichte, korrespondierten diese Wachstumsraten mit einem wichtigen Ziel der Internationalismus-Bewegung: Es sollten »neue Kreise erreicht werden«, in Gewerkschaften, Parteien, anderen sozialen Bewegungen und Gruppen. Heute, nach 30 Jahren »Aktion Dritte Welt« – so heißt der e.V., der der iz3w zur Seite steht – sieht es so aus, als seien diese Kreise geschlossen. Mehr noch: Sie sind kleiner geworden. Es gibt weniger Aktionsgruppen, weniger Länder-Solidaritätsgruppen und auch weniger iz3w-AbonentInnen.

Heute kommt es mehr darauf an, sich nicht »im Kreis zu drehen«. Die Kritik ist zentral geworden in der **iz3w**. In dem vorliegenden Themen-Schwerpunkt zum 30jährigen Geburtstag richtet sich diese Kritik vornehmlich auf das eigene Produkt: Selbstkritik bezüglich der politischen Ausrichtung in der Vergangenheit zwischen Lobbyismus und Antiimperialismus, Kritik an der Bildersprache in den »Blättern« und Kritik, die uns in Form von Zusendungen, LeserInnen-Briefen und Begründungen für Abo-Kündigungen und Neu-Abos erreichten. Vieles von dem, was an der iz3w bemängelt wurde, haben wir inzwischen geändert, einige Anregungen für Verbesserungen haben wir umgesetzt. Die iz3w dreht sich nicht mehr »nur« um Länderberichte und -analysen, sie sucht Anknüpfungspunkte zu anderen Bereichen, es gab Themenblöcke zu Weltmusik und Sport, zu Biopolitik und Arbeit. Durch den »Südbezug« wollen wir dabei jedoch einen speziellen Blick auf diese Themen werfen. Andere Themenschwerpunkte (Globalisierung und Weltwirtschaft) stehen für sich, dreht sich die Welt doch auch ohne unser Zutun immer wieder im Kreis.

Die lineare Betrachtungsweise der 70er und 80er Jahre mit den klaren und unzweideutigen Analysen und vor allem der scheinbar deutlichen Alternative vor Augen ist einem Blick gewichen, der sich aus wechselnden Perspektiven einem Thema zu nähern versucht. Diese Blickrichtung trägt uns wiederum Kritik ein. Die iz3w lasse eine klare Linie vermissen, es herrsche eine postmoderne Beliebigkeit, die (kleiner gewordenen) Kreise der entwicklungspolitischen Szene vermissen die früheren länderbezogenen Artikel. Diese Debatte wird auch innerhalb der Redaktion geführt. Ein Gespräch zum Jubiläumsheft sollte Klarheit bringen. Es wurde geführt zwischen ehemaligen und aktuellen, zwischen jüngeren und älteren RedakteurInnen. Was war, was ist und was soll sie sein, die iz3w? Ist sie noch ein politisches Projekt als Teil einer Bewegung, oder hat sie sich ausschließlich der Kritik verschrieben, weil sie an eine richtige Politik im Falschen nicht mehr glaubt? Sollen wir dichtmachen, wenn wir den Anspruch aufgeben, die Welt nicht nur richtig zu interpretieren, sondern sie zu verändern, oder verzichtet nicht vielmehr derjenige auf jegliche Emanzipationsmöglichkeiten, der ideologisch denkt. Einige der Teilnehmenden sahen anschließend nichts Neues daraus hervorgegangen. Das Gespräch habe sich im Kreis gedreht. Es sei gescheitert.

Ob solche Debatten scheitern müssen, wissen wir nicht. Die Polarisierung zwischen »Politikern« und »Kritikern« besteht im iz3w schon seit Jahren. Manchmal finden wir die Streits auf den Redaktionssitzungen langweilig bis ätzend, manchmal sind sie gehaltvoll und bringen uns weiter. Vor allem, wenn Anstöße von außen kommen – wie zuletzt durch die Reihe über Cultural Studies. Wenn also künftig auch Ihre oder Eure Kritik nicht abschließend in der Abo-Kündigung, sondern in Debatten- oder Leserbrief-Beiträgen, in der Zusendung von Bildmaterial (wir bauen gerade unser Foto-Archiv neu auf) oder in jeglicher anderer konstruktiver Form zum Ausdruck käme, könnte das einen neuen Kreis ermöglichen. Wir schicken diese Beiträge – wenn sie gut sind – in gedruckter Form zurück.

die redaktion



Wir stellen uns vor: Moni Hoffmann, Thomas Cernay, Christian Stock, Udo Wolter, Christine Parsdorfer (weitere werden folgen) Foto: G. Lutz

Von der Konsum-Kritik zum Kritik-Konsum

30 Jahre Kritik der Entwicklungspolitik in der ADW

von **Christian Stock**

Entwicklungspolitik war lange Zeit wichtigstes Thema der »Dritte-Welt«-Bewegung, die sich folgerichtig im Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen zusammenschloß. Die Hoffnungen, die lange auch seitens der Aktion Dritte Welt (ADW) auf der Entwicklungspolitik ruhten, sind inzwischen verflogen – und mit ihr viele Aktionsgruppen. Was bleibt, ist die Kritik.

► »Die FDP will mit der 'Aktion Dritte Welt' zusammenarbeiten« – erschiene heute in der bürgerlichen Presse ein Beitrag mit dieser Überschrift, triebe uns das die Schamesröte ins Gesicht, und wir würden uns fragen, was wir falsch gemacht haben. Doch 1968 war das noch ganz anders: Die Badische Zeitung berichtete wohlwollend über die Forderungen der jungen Studenten, die die Aktion Dritte Welt mit dem Ziel gegründet hatten, die Bevölkerung der BRD von einer »rein caritativen Hilfsbereitschaft zu einer weltoffenen und verantwortungsbewußten Einstellung gegenüber den Problemen der Länder der Dritten Welt« hinzuführen. Dieses Anliegen war auch der Freiburger FDP ausgesprochen sympathisch.

Die aus heutiger Sicht unvorstellbare Kooperation zwischen ADW und FDP verdeutlicht, wie sehr die politische Landschaft sich seit 1968 verändert hat. Stärker noch als die FDP, die ihr sozialliberales Programm der späten sechziger und frühen 70er Jahre zugunsten eines ungebrochen kapitalfreundlichen Kurses radikalisiert hat, veränderte allerdings die ADW ihre (entwicklungs-)politischen Standpunkte. Dies geschah sehr prozeßhaft in langen Diskussionen und manifestiert sich nicht in zentralen programmatischen Texten oder Satzungsänderungen, sondern in unzähligen Beiträgen, Publikationen, Offenen Briefen und internen Statements. Das Nachzeichnen einiger zentraler entwicklungspolitischer Argumentationslinien der ADW ist zugleich ein Stück politischer Geschichte der außerparlamentarischen Bewegung im allgemeinen und der Internationalismus-Szene im besonderen.

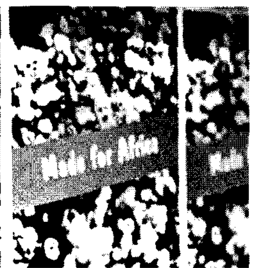
68er in der ADW: Hilfe für Entwicklungshilfe

► Als die Aktion Dritte Welt im Herbst 1968 unter dem Dach des Freiburger Uni-AStAs als »Sonderreferat« ihre Arbeit begann, stand der »Aufbau einer Lobby für die Dritte Welt« und die »Hilfe für die Entwicklungshilfe«im Vordergrund. Die durch die Studentenbewegung ausgelöste politische Aufbruchstimmung, die für die Wahl der SPD/FDP-Koalition 1968 nicht unwesentlich war, erfaßte nur mit kurzer zeitlicher Verzögerung die Dritte-Welt-Interessierten. Als Erhard Eppler (SPD) das Entwicklungshilfe-Ministerium übernahm, das unter christdemokratischer Regie bis dahin ein politisches Schattendasein geführt hatte und vor allem ein Vehikel antikommunistischer Außenpolitik war, sahen die Studenten die Zeit gekommen, auf eine erheblich verstärkte Entwicklungspolitik mit emanzipatorischer Programmatik zu drängen. Die Freiburger ADW war dabei nur die Vorhut einer ganzen Reihe gleichnamiger Gruppen, die in der gesamten BRD gegründet wurden und die am gleichen Strang zogen.

Der theoretische Hintergrund der ADW-Arbeit war – auch wenn er nicht immer explizit herausgestellt wurde – die Orientierung an den lateinamerikanischen dependencia-Ansätzen, die Ende der sechziger Jahre auch in Europa breit rezipiert wurden und bis in Ende der siebziger Jahre innerhalb der entwicklungspolitischen Theoriebildung großen Einfluß erlangten. 1968 formulierte die ADW ihr von dependenztheoretischen Klassikern wie André Gunder Frank inspiriertes Weltbild so: »Zum gegenwärtigen Zeitpunkt treten materielles Elend, Ausbeutung und Unterdrückung in ihrer wohl elementarsten Form (...) in den sogenannten Entwicklungsländern zutage. Die Rolle der Staaten Europas und Nordamerikas ist hierbei bislang eine auslösende (Kolonialismus) und verstärkende (Waffenhandel, privatunternehmerische Ausbeutung, politische und militärische Unterstützung reformunwilliger Regierungen) gewesen. Das technologische Vermögen und natur- wie sozialwissenschaftliche Wissen gerade dieser Länder könnte aber die Mittel und die Maßstäbe für eine Politik in und gegenüber den Entwicklungsländern mit umgekehrtem Vorzeichen liefern – eine Politik, die die Bevölkerung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegenüber der Europas und Nordamerikas Schritt für Schritt emanzipiert.« An diesem Zitat wird deutlich, wie fortschrittsoptimistisch und reformbejahend das Geschichtsverständnis der damaligen ADW-Aktivisten war. Fünf Jahre vor der ersten Ölkrise 1973 und der Entstehung der Ökologiebewegung war der Glaube an technologische Entwicklung, an das industrielle Modell und die Möglichkeit seiner politischen Steuerung ungebrochen. Industrialisierung und die dahinter stehende Vorstellung einer linearen Entwicklung der Produktivkräfte wurden nicht generell hinterfragt. Im Zentrum der Kritik stand die ungleiche Verteilung und Kontrolle sowie die Abhängigkeit der Dritten Welt von den Industrieländern. Die durchgängige Verwendung des Terminus »Entwicklungsländer« – teils mit dem Zusatz »sog.« versehen – in damaligen ADW-Publikationen verdeutlicht, daß manche in der ADW davon ausgingen, die gemeinten Länder und Gesellschaften seien »entwickelbar«. Diese These orientierte sich dabei weniger an der 'bürgerlichen' Modernisierungstheorie, die relativ simpel von der Übertragbarkeit westlicher, bürgerlicher Zivilisationsmodelle nach US-Vorbild ausging, sondern eher an den Idealen des demokratischen Sozialismus oder der französischen Revolution. Nicht von ungefähr bezog sich der ebenfalls viel verwendete Begriff »Dritte Welt« – eine Übersetzung des französischen Terminus »Tiers Monde« – auf den Dritten Stand.

Folgerichtig waren die politischen Forderungen der frühen ADW nicht auf die grundsätzliche Überwindung der kapitalistischen Vergesellschaftung an sich gerichtet, sondern auf ihre Reformierung unter sozialdemokratischen bis sozialistischen Vorzeichen. In einem 17-Punkte-Programm forderte die ADW Ende der sechziger Jahre unter anderem die Stabilisierung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, den Abbau von protektionistischen Handelsbeschränkungen, die Anullierung aller Kreditschuldverpflichtungen der Entwicklungsländer gegenüber den Industrienationen und – eine aus heutiger Sicht vergleichsweise radikale Reformforderung – den entschädigungslosen Rückzug europäischer und nordamerikanischer Konzerne aus den extraktiven (d.h. rohstofforientierten) Industrien der Entwicklungsländer. Die Entwicklungshilfe sollte nach Ansicht der ADW zunächst auf 1% des Brutto-Sozialproduktes angehoben werden, später sogar auf 2%, und vorzugsweise über multilaterale Organisationen unter gleichberechtigter Beteiligung der Entwicklungslän-







Fotos: H. Sachs/version

der abgewickelt werden. Schon damals hielt die ADW das Mittel der politischen Konditionalität der Entwicklungshilfe (das allerdings noch nicht so hieß) für opportun: Deutsche Entwicklungshilfe sollte nur jene Regierungen unterstützen, die sich durch »die Form ihres Steuerwesens und durch die Verteilung ihrer Haushaltsmittel eindeutig als entwicklungs- und reformbemüht ausweisen können.« Gleichermaßen in den ADW-Forderungen angelegt war der positive Bezug auf zivilgesellschaftliche Akteure (die damals ebenfalls noch nicht so genannt wurden): »In Ländern mit konservativ faschistischen Regierungen sollte deutsche Entwicklungshilfe auf dem Weg über private und halböffentliche Finanzierungskanäle (Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen) politischen Oppositionsgruppen zugute kommen.« Eine weitere wesentliche Forderung der ADW war die Aufwertung des BMZ gegenüber Außen, Wirtschafts- und Finanzministerium zwecks erhöhter Kohärenz deutscher Entwicklungspolitik.

Die Umsetzung dieser Ziele wurde von den ADW-Mitarbeitern vor allem mit den Mitteln der klassischen Öffentlichkeitsarbeit angegangen. Hunderte von Vorträgen und Referaten wurden beispielsweise bei Volkshochschulen oder kirchlichen Gruppen gehalten. Daß die Veranstaltungen teilweise sehr gut besucht waren, lag neben der allgemein stark politisierten Grundstimmung auch daran, daß Dritte-Welt-Themen »in der Luft« lagen und den Reiz des Neuen hatten. Die bürgerlichen Medien, von der Badischen Zeitung bis zur ZEIT, griffen die Thesen der Freiburger StudentInnen wohlwollend auf und berichteten in einem heute nicht mehr vorstellbaren Ausmaß über die einzelnen Aktivitäten der ADW. Dies lag allerdings auch daran, daß es der ADW gelang, zu Podiumsdiskussionen und ähnlichen Veranstaltungen so prominente politische Schlüsselfiguren zu gewinnen wie z.B. Ernst Bloch, Günter Grass, Fritz Vilmar, Theodor Ebert, Oskar Nell-Breuning oder Erhard Eppler. Mit der »Aktion Solidarische Weihnacht«, bei der mittels dutzender Infostände und Flugblattaktionen für damalige Verhältnisse ketzerische Fragen wie »Weihnachtliche Konsumschlacht mit der Dritten Welt als Verlierer?« an die Einkaufenden gerichtet und »kritischer Konsum« propagiert wurde, gelang es, große Aufmerksamkeit bei den Medien hervorzurufen. Am Beispiel von Kaffee und Rohrzucker kritisierte die ADW die ungerechten Welthandelsstrukturen und forderte fairen Handel ein.

Zur Institutionalisierung der Arbeit gründete man 1970 das informationszentrum 3. welt (iz3w) in der Freiburger Lorettostrasse, das zunächst als Treffpunkt und Aktionszentrale diente und wenig später durch den Aufbau eines bis heute bestehenden Archivs auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. 1970 erschienen die ersten »blätter des iz3w«, die in der Folge kontinuierlich über die Kampagnen und politischen Forderungen berichteten und der allmählich entstehenden Internationalismusbewegung ein Diskussionsforum boten.

Streit um ein oder zwei Prozent des Sozialprodukts für Entwicklungshilfe

Die frühe ADW richtete sich aber nicht nur an die breite Öffentlichkeit, sondern versuchte auch durch Gespräche mit BMZ-Chef Eppler, Bundespräsident Heinemann und Angehörigen des Entwicklungshilfeausschusses direkten politischen Einfluß zu nehmen. Es ist frappierend, wie die damaligen Ansätze und Aktionsformen der ADW der heutigen Arbeitsweise von Lobbygruppen wie Germanwatch oder WEED sowie Verbänden wie VENRO teilweise bis ins Detail gleichen. Lediglich zwei Unterschiede zeigen sich: Das Thema Umwelt und Ökologie war in der Anfangszeit der ADW nicht existent, und auch die »Frauenfrage« wurde erst später thematisiert.

Angesichts der grundsätzlichen Reformbereitschaft und der großen Sachkompetenz, die sich die frühen ADW-Mitglieder erworben hatten, verwundert es nicht, daß viele von ihnen nach Beendigung des Studiums den direkten Weg in die Organisationen der staatlichen und privaten Entwicklungshilfe fanden und dort die jeweiligen Reformflügel stärkten. Die Mitarbeit in der ADW war Anfang der siebziger Jahre durchaus karrierefördernd. Die breite Anerkennung der ADW-Arbeit drückte sich auch in einer relativ bedeutenden finanziellen Unterstützung durch das BMZ aus.

Die »antikapitalistische Gruppe« der 70er

▶ Die Radikalisierung eines Teiles der Studentenbewegung und die Gründung von K-Gruppen Anfang der siebziger Jahre ging auch an der ADW nicht spurlos vorbei. Die Reformforderungen wichen zunehmend einer radikaleren Systemkritik. So distanzierte sich die ADW 1972 von der anläßlich der Bundestagswahl begonnenen Kampagne »Wahlkampf für die Dritte Welt«, mit der kirchliche und andere entwicklungspolitische Gruppen Druck zugunsten der »Entwicklungsländer« machen wollten. Die ADW schrieb damals an die Initiatoren: »Als antikapitalistische Gruppe können wir keine der im kommenden Wahlkampf kandidierenden Parteien unterstützen. Illusionen bezüglich der Politik der SPD sind den letzten Zweiflern in den vorangegangenen drei Jahren reichlich vergangen. Falsche Hoffnungen in diesem Wahlkampf zu verbreiten, bedeutet eine falsche Einschätzung der Funktion unseres derzeitigen parlamentarischen Systems aufrechtzuerhalten. Es scheint uns auf Wahlkampfveranstaltungen keine qualifiziert antikapitalistische Argumentation möglich.« Mit diesen und ähnlichen Statements näherte sich die ADW den politischen Standpunkten des früheren SDS an, den die ADW zuvor immer als »verbalradikal« und linkssektiererisch abgelehnt hatte und mit dem über Jahre hinweg eine herzliche gegenseitige Feindschaft bestand.

Einer der entscheidenden Knackpunkte bei der antireformistischen Wende der ADW-Mehrheit war die Auseinandersetzung um das Cabora-Bassa-Projekt in Moçambique. Unter Beteiligung deutscher Firmen wie Siemens, AEG und der Hoch Tief AG wurde 1969 am Sambesi mit dem Bau eines großen Staudammes zur Elektrizitätserzeugung begonnen. Das Projekt wurde von der ADW und befreundeten Gruppen von Beginn an mit dem Argument abgelehnt, es diene nur den wirtschaftlichen Interessen der rohstoffextrahierenden Kolonialmacht Portugal und des benachbarten Apartheidregimes Südafrikas sowie den Profitinteressen der beteiligten deutschen Konzerne. Die Bereitstellung von Krediten in Höhe von 250 Mio. DM aus Deutschland und die Absicherung der deutschen Konzerne durch Hermesbürgschaften empörte die ADW besonders. In einem der vielen Flugblätter zum Cabora-Bassa-Projekt stellte die ADW mit resigniertem Ton und in dem damals verbreiteten holprigen Agitationsdeutsch fest: »Durch die starke deutsche Beteiligung duldet Deutschland wieder einmal Privatinvestitionen, die die kolonialistische Politik Portugals in Afrika stützen. Dies läßt deutsche Entwicklungspolitik wieder ein-



Foto: H. Sachs/version

mal unglaubwürdig werden. Es zeigt sich, daß verbal positive Entwicklungsstrategien Deutschlands nur Phrasen bleiben, und daß das reine Profitmotiv ohne Rücksicht auf negative Folgen bei uns immer noch an erster Stelle steht.« Die Ablehnung des Dammes durch die Befreiungsbewegung FRELIMO lieferte der ADW Anlaß zu der Befürchtung, in Moçambique könne es zu »unserem Vietnam im Süden Afrikas« kommen. Deswegen rief die ADW zum Boykott aller Produkte von AEG-Telefunken und Siemens auf.

Die gründliche Enttäuschung über die mangelnde Reformbereitschaft und -fähigkeit deutscher Entwicklungspolitik führte dazu, daß die ADW ihren entwicklungspolitischen Schwerpunkt vom Lobbyismus hin zu einer mal mehr, mal weniger radikalen Entwicklungshilfekritik veränderte. Allerdings ging die ADW – von einzelnen Mitgliedern abgesehen – zu keiner Zeit voll auf den Kurs der K-Gruppen, die sich der Weltrevolution nach marxistisch-leninistischen Vorgaben verschrieben hatten. Anfang der siebziger Jahre kam es zu einer langen Debatte über die Strategie der K-Gruppen, die die ADW in eine tiefe Krise stürzte und letztlich zur Abspaltung eines KBW-nahen Flügels führte, der sich als »Afrika-Komitee« neu konstituierte.

Der übrig gebliebene Mehrheitsflügel der ADW setzte seine Arbeit auf einer linkspluralistischen Basis fort. Kritische DED-MitarbeiterInnen, die mit der Entwicklungspolitik der Bundesregierung und ihrer Chefetage nicht einverstanden waren, meldeten sich in den »blättern des iz3w« ebenso zu Wort wie DKP-nahe Ökonomen oder Sympathisanten der diversen Befreiungsbewegungen. Das herausragende Thema in den siebziger Jahren waren die durch Entwicklungshilfe geförderten Privatinvestitionen deutscher Konzerne, insbesondere in den noch bestehenden Kolonien Portugals und in den verschiedenen autoritären und faschistischen Regimes in Lateinamerika oder Afrika. Die ADW prangerte immer wieder deutsche Waffenlieferungen oder Polizeihilfe an, die der Unterdrückung »revolutionärer Volksmassen« oder – je nach Autor – »demokratischer Opposition« dienten.

Die 80er: Kritik der Entwicklungshilfe wird populär

► 1978 legte die »AG Entwicklungspolitik« der ADW ein Buch mit dem Titel »Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung?« vor, das zu einem Standardwerk der Entwicklungshilfekritik avancierte. Die Autoren – viele davon waren Volkswirte – begründeten ihre Kritik an der deutschen Entwicklungspolitik weniger mit theoretischen Argumenten, sondern zeichneten mit detaillierten empirischen Daten, Projektberichten und Hintergrundinformationen den Widerspruch zwischen angeblicher Entwicklungshilfe und handfesten außenwirtschaftlichen Interessen der BRD nach. Die AutorInnen kamen dabei zu einem vernichtenden Ergebnis: »Die Entwicklungspolitik insgesamt hat bisher die Abhängigkeit der Dritte-Welt-Länder von den westlichen Industrieländern nicht abgebaut, sondern eher noch verstärkt.« Allerdings ging diese Einschätzung nicht mit einer fundamentalen Ablehnung der Entwicklungsidee einher. Als Alternative zur herrschenden Entwicklungspolitik wurde eine »autozentrierte Entwicklung« nach den Vorstellungen von Dieter Senghaas und anderen Dependenztheoretikern propagiert, die auf die Stärkung der Kräfte in der Dritten Welt abhob und durchaus auch in der Industrialisierung Chancen erblickte. Darüberhinaus wurde zugestanden, daß es auch innerhalb der staatlichen und privaten Entwicklungshilfe Handlungsspielräume zugunsten emanzipatorischer Projekte gebe, die es konsequent zu nutzen gelte. Strategien wie »Grundbedürfnisorientierung« oder »Hilfe zur Selbsthilfe«, die auch in der staatlichen Entwicklungspolitik einen gewissen Stellenwert erlangten, wurden – mit wenigen Einschränkungen – von der ADW gutgeheißen.

Die Informationen im »Entwicklungshilfe«-Buch waren gründlich aufbereitet, was den Vorzug hatte, daß sie auch für Laien verständlich waren, andererseits aber den typisch pädogogisierenden, belehrenden Stil der 70er Jahre hatten. Die ADW verstand sich seinerzeit generell als eine Art linker Volkshochschule. Offensichtlich stieß dieses Konzept auf Resonanz: Insgesamt konnten in mehreren, teilweise überarbeiteten Auflagen 24.000 Exemplare des Buches verkauft werden. Verglichen mit heute ein enormer Erfolg: In den 90er Jahren liegen die Auflagen der von der ADW publizierten Bücher bei gerade 1.000 Exemplaren – und selbst die werden nicht immer alle verkauft...

Die 90er: Kritik der Ideologie

► Die oftmals sehr konkrete Entwicklungshilfekritik der ADW, die am Beispiel dutzender fehlgeschlagener bzw. fragwürdiger Projekte wie Staudämme, Straßen oder Flughäfen vorgenommen wurde, wich im Laufe der 90er Jahre einer eher ideologiekritischen Perspektive (auch wenn deren VertreterInnen oftmals bemängeln, daß diese nicht konsequent durchgehalten werde). Daß Entwicklungshilfe vor allem Unterstützung für deutsche Konzerne ist, wurde als bekannt vorausgesetzt. Stattdessen wurden die ideologischen Grundlagen der Entwicklungspolitik kritisch aufgearbeitet. Doch auch die Analyse des Weltmarktes, über den sich die kapitalistische Verwertung bis in die entlegensten Regionen vermittelt, insbesondere die Rolle, die internationale Regime wie der IWF oder die WTO darin spielen, wurde zum Dauerbrenner.

Foto: R. Maro/version



Der Glaube an den Fortschritt ging ebenso verloren wie der an die real existierende Alternative

Spätestens nach 1989 und der folgenden weltweiten Renaissance rassistischer Pogrome und »ethnischer« Konflikte rückte in der ADW wie bei vielen anderen linken Gruppen eine gründliche Auseinandersetzung mit Nationalismus, Kulturalismus und Ethnizität stärker in den Vordergrund. Die Fixierung sowohl der Entwicklungspolitik als auch der internationalistischen Solidaritätsbewegung auf die Nationenbildung in der Dritten Welt wurde harsch kritisiert und nationalistische und ethnisierende Denkkategorien als grundsätzlich unvereinbar mit gesellschaftlicher Emanzipation zurückgewiesen. Nationale Befreiungsbewegungen in Kurdistan oder Palästina etwa, deren Unterstützung durch eine 'alternative' Entwicklungshilfe der Solibewegung in den 80er Jahren auch von der ADW forciert wurde, wurden nun zumeist sehr kritisch bewertet und dabei die eigene Ideologie- und Mythenbildung nicht ausgespart (vgl. den Beitrag von Jörg Später).

Die Interessenslage innerhalb der Redaktion verschob sich aber auch aufgrund dessen, was im allgemeinen als »Globalisierung« charakterisiert wird. Waren die blätter des iz3w in den 80er Jahren durch seitenlange Länderartikel mit ökonomistischen Detailanalysen geprägt, erweiterte sich das Themenspektrum in den 90ern erheblich. Angesichts der unter dem Stichwort »Entgrenzung der Dritten Welt« analysierten Prekarisierung breiter Bevölkerungsschichten im Norden wird ein strikter »Südbezug« längst nicht mehr von jedem Artikel eingefordert. Prozesse wie Deregulierung oder Ethnisierung werden schließlich global wirkungsmächtig und können auf nationalstaatlicher Ebene kaum noch adäquat erfaßt werden. Doch diese Verschiebung der Analyseebene, die ja auch in der bürgerlichen Wissenschaft beobachtbar ist, ging bei der ADW nicht mit der Affirmation des Konstrukts einher, das heute »Eine Welt« genannt wird. Zu dessen Regulation fordern heute selbst kritische Wissenschaftler und NGOs eine »internationale Strukturpolitik«. In allen neueren Artikeln von ADW-Mitgliedern wird betont, daß die Welt heute – nicht anders als vor dreißig Jahren – keineswegs zusammen gewachsen, sondern durch vielfältigste Hegemonien und Konflikte gespalten ist. Diese Spaltungen transformieren sich zwar durch die Globalisierung, sie werden aber nicht geringer, sondern im Gegenteil sogar vertieft – jedenfalls in manchen Bereichen wie dem unterschiedlichen Zugang zu Medien. Der Ansicht, daran ließe sich durch globale Umwelt- oder Sozialpolitik viel ändern, hängt in der ADW derzeit niemand (mehr) an – was aber nicht ausschließt, daß zahlreiche Beiträge mit konträren Meinungen in der »iz3w« veröffentlicht werden.

Kritische »unkonstruktive« Positionen sind kaum noch gefragt

Es besteht in der heutigen Redaktion ein weitgehender, wenn auch unausgesprochener Konsens darüber, daß die neuen Schlagwörter der Entwicklungspolitik in den 90er Jahren wie »Nachhaltige Entwicklung«, »Global governance« oder »Zivilgesellschaft« mit größter Skepsis zu betrachten sind – und zwar umso mehr, je mehr sie sich in der entwicklungspolitischen Debatte – vom BMZ bis zu den NGOs – durchsetzen. In ihrem Editorial zum letzten großen Themenschwerpunkt über Entwicklungspolitik (1996, iz3w 213) schrieb die ADW: »(...) Der Konsens, der zur Zeit die entwicklungspolitische Szenerie beherrscht, ist eher unheimlich. Wohlfeile Schlagworte wie Demokratie und Menschenrechte, Zivilgesellschaft und Partizipation, Nachhaltigkeit und Frauenförderung, hinter denen sich alle versammeln können, bestimmen den Diskurs. Seite an Seite treten ehemalige Kontrahenten Kampagnen für die finanzielle Aufwertung der »Entwicklungszusammenarbeit« los. Diese bleiben ohne Erfolg, haben aber einen fatalen Nebeneffekt: Sie gaukeln einen pluralistischen Politikbetrieb vor, der fortschrittliche und emanzipatorische Begrifflichkeiten aufgreift, ohne daß tatsächlich alternative Denkmodelle zum herrschenden Neoliberalismus erkennbar wären. Dieser Neoliberalismus verschärft die Gegensätze, zu deren Minderung die Entwicklungspolitik auch heute noch vorgibt anzutreten. Vor diesem Hintergrund ermöglichen die sich kritisch-aufgeklärt gebenden entwicklungspolitischen Modediskurse der 90er Jahre die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung der Menschen umso widerspruchsloser, weil sie zugleich Besserung geloben.« Diese Einschätzung, die Lobby-Gruppen wie German Watch eigentlich zu lautem Widerspruch hätte provozieren müssen, blieb ohne großes Echo, obwohl die ADW ausdrücklich zu einer erneuten Debatte über Sinn und Unsinn der »Entwicklungszusammenarbeit« aufgefordert hatte.

Am Ausbleiben eines (möglicherweise produktiven) Streites zeigt sich, daß an kritischen, »unkonstruktiven« Positionen wie denen der ADW nur noch wenig Interesse in der entwicklungspolitischen Szene herrscht. In Zeiten allgemeiner Professionalisierung entwicklungspolitischer Lobbyarbeit sind statt zeitraubender Grundsatzdiskussionen nunmehr Fundraising, Erstellung von Auftragsstudien und face-to-face-Kontakte mit Entscheidungsträgern in den Parlamenten angesagt. Dabei kann und will die ADW jedoch nicht mithalten. Wo sie im Spannungsfeld von Mitreden durch Reformpolitik und (Selbst-)Isolation durch Grundsatzkritik verortet ist, hängt aber nicht nur von ihr selbst ab, sondern auch von ihrem Umfeld.

▶ **Christian Stock** ist Mitarbeiter der **iz3w**

Die unergründlichen Wege des Internationalismus

Laudatio und Kritikus auf der Festveranstaltung

zusammengestellt und moderiert von **Stephan Günther**

Gemeinhin sind zu Firmen- oder Vereinsjubiläen nachdenkliche und stolze Laudatien der Ehrenvorsitzenden, bilanzierende Vorträge der Vorstandsvorsitzenden und innovative und zukunftsweisende Reden der Jungmanager zu hören. Was also tun, wenn wir seit dreißig Jahren (sehr gut) ohne Chefs und Vorsitzende auskommen? – Als Festredner zu unserem Geburtstag haben wir Leserinnen und Freunde, ehemalige und aktuelle Mitglieder und Redakteurinnen gewonnen. Auch die eindringlichsten und konsequentesten Zwischenrufe werden zu Wort kommen: die Abo-Kündiger und Neu-Abonnentinnen.

Sehr verehrte Gäste dieser feierlichen Stunde, wir wollen mit der Laudatio beginnen – gehalten von einem Leser, der der iz3w mehr als nur inhaltlich verbunden ist. Ich möchte Moe Hierlmeier vom BUKO-Schwerpunkt Weltwirtschaft und vom Lateinamerika-Komitee Nürnberg das Wort erteilen für eine – wie er angekündigt hat – Art Liebeserklärung.

► Ob ich mich noch erinnere, wie ich dich kennengelernt habe? Na klar, weißt du doch. Und ich soll die Story jetzt auch den anderen erzählen? Du weißt doch, daß ich ungern aus meiner Intimsphäre berichte. Also gut, dir zuliebe. Weil du mich so schön bittest und weil du Geburtstag hast.

Ich kann mich noch ganz genau erinnern, wie ich dich zum ersten Mal in der Hand hielt. Es war Sommer 81. Ich befand mich gerade auf Fahrradtour von Nürnberg quer durch die BRD Richtung Holland. Zum antimilitaristischen Marsch gewaltfreier Aktionsgruppen. Das machten damals viele. Wirklich. Wir machten gerade Halt in Würzburg – bei einer befreundeten WG. Dort mußte ich einem wahrhaft existentiellen Bedürfnis nachgehen. Als ich so mein Geschäft verrichtete, lagst du plötzlich vor mir.Ich fragte dich nach deinem Namen. »iz3w« war deine Antwort. Einen solch unverständlichen Namen hatte ich bis dato noch nicht gehört. Er war genauso unverständlich wie die Brocken, die du mir zum Lesen hingeworfen hast: Peripherer Kapitalismus, Dependenztheorie, strukturelle Gewalt, Ressourcentransfer, Terms of trade, Imperialismus, Fokustheorie. Ich gab mich geschlagen. Aber ich glaube, du hattest es darauf abgesehen, daß es nichts wurde mit der Liebe auf den ersten Blick zwischen uns. Aber irgendwie hast du meinen Ehrgeiz angestachelt. Ich wollte hinter das Geheimnis deiner apokryphen Sprache kommen. Und so habe ich mich reingekniet: Ich habe fast alles gelesen, was mir helfen konnte, deine Sprache zu entschlüsseln: Literatur der Rosenkreuzer, theosophische Geheimlehren, Zahlenmystik, Semiologie, Systemtheorie, Strukturalismus und Poststrukturalismus, Dekonstruktivismus und New Historism; sogar ein Dekodierungsprogramm, das heute kaum noch jemand versteht, habe ich mir damals reingepfiffen: Marxismus nannte es sich. Und siehe da, allmählich gelang es mir, in deine tiefsten Geheimnisse einzudringen.

(Zwischenruf) Leider meinen die Autoren, ihre Artikel immer komplizierter und 'wissenschaftlicher' schreiben zu müssen – für den normalen Leser nicht mehr geeignet. ... Eine Zeitschrift zu lesen, wo ich bei jeder Lektüre ein Fremdwörterbuch neben mir liegen haben muß, ist mir zu aufwendig.

(Weiterer Zwischenruf) Also ich finde, daß man die iz3w im Vergleich zu den meisten abgehobenen pseudo-Politdruckwerken auch ohne Duden gut verstehen kann.

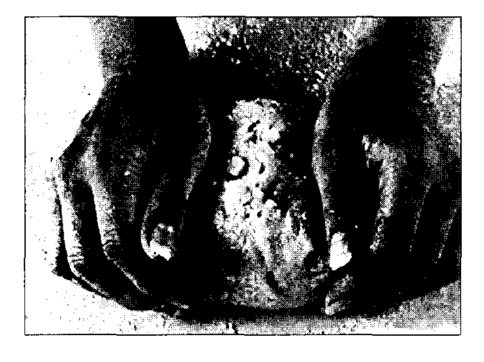
Moe, wie ging es denn weiter, nachdem der Marxismus intus war?

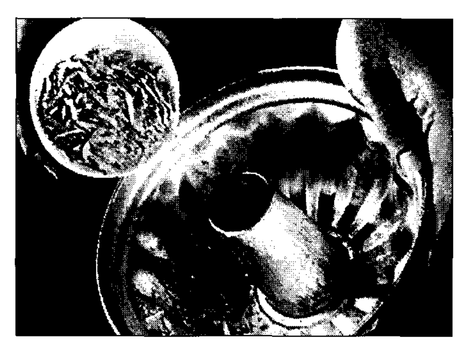
► Ja – kaum war ich davor, den Stein der Weisen zu finden, hast du angefangen, ein übles Spiel mit mir zu spielen. So Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre muß es gewesen sein. Kaum hatte ich ein Wort entziffert, fingen die Buchstaben zu flimmern an, und ein völlig neues Wort tauchte vor meinen Augen auf. Meist das Gegenteil des vorhergehenden. Statt von »Befreiungspolitik« war da plötzlich von »Lobbyismus« die Rede; »Waffen für El Salvador« wurden plötzlich in »Fundraising« umgetauft; und »Basisdemokratie« wurde plötzlich wie »Good Governance« oder »Zivilgesellschaft« buchstabiert. Als auch noch »Dritte Welt« in »Eine Welt« oder »Globales Dorf« oder »Wir-sitzen-alle-im-selben-Boot« umgetauft werden sollte, war das Ende der Fahnenstange erreicht. Ich war kurz davor, unsere Beziehung aufzukündigen.

Wie ich unsere Beziehung heute empfinde? Klar, die Anfangseuphorie ist vorbei. Ist doch kein Wunder nach so vielen Jahren. Trotz aller Krisen würde ich unsere Beziehung als recht stabil einschätzen. Wegen mir hättest du dir dein Gesicht jedenfalls nicht liften lassen müssen. Ich wär dir auch so treu geblieben. Hast wohl gedacht, mit ein bißchen Schminke und Puder auf deinem Layoutgesicht ließe sich leichter auf Abonnenten-Brautschau gehen? So einfach geht es nun halt doch nicht. Die Falten deiner mittlerweile fast 30jährigen Existenz lassen sich nicht so einfach wegretuschieren. Warum soll dir die Midlife-Crisis erspart bleiben? Da müssen wir alle durch. Orientierung in Widersprüchen ist jetzt angesagt. Nix mehr mit Volksbefreiung und nationalen Befreiungsbewegungen.

Gegen die Midlife-Crisis hilft auch kein Namenswechsel. Purer Etikettenschwindel. In welchen bürgerlichen Namen wolltest du dich umtaufen lassen? »Transnationale Kritik«? Da mußte ich schon wirklich zweimal hinschauen. Gottseidank hast du dir diesen Namen aus dem Kopf geschlagen. Also mal ehrlich. »Transnationale Kritik« klingt doch wie Heinz-Rüdiger oder Detlef oder Georg oder Christian oder Heiko. Höchstens einen schönen Lebensabend in der akademischen oder technokratischen Entwicklungs-Community hättest du dir damit leisten können. Aber jetzt Schluß mit diesen Horrorszenarien!

Was ich heute an dir auszusetzen habe? – Über Fehler anderer rede ich ungern. Du kennst doch das biblische Sprichwort vom Splitter und dem Balken. Aber mittlerweile können wir uns auch kritisieren, ohne daß der andere gleich einschnappt. Ein bißchen ärgert es mich schon, daß ich bis heute trotz unserer langjährigen Beziehung noch nicht bei dir schreiben durfte. Vielleicht wird es ja mit dieser Liebeserklärung anders. Aber in







dieser Beziehung stehst du schon sehr auf ältere reifere Herren. Prof. Dr. Dr. heißen die meisten. So ein bis zwei Bücher beim IKO-Verlag muß man schon publiziert haben. Minimum! Darunter geht nicht. Sorry, aber gegen so einen imponierenden Prof. Dr. Dr. kann ich nicht anstinken. Am meisten hat mich gewurmt, daß du ein paarmal drauf und dran warst, mich zu verlassen. Und wegen was für Typen. Wie hieß doch der eine: VENRO! Ein aufgedrehter, geschniegelter, postmoderner Yuppie, mußte immer mit seinen Beziehungen prahlen und seinem Geldbeutel wedeln. Wem der schon alles die Hände geschüttelt hat. Hat dir dauernd Versprechungen gemacht, aber nichts gehalten. Wurde dir bald zu nervig. Immer nur Luftblasen produzieren, damit kann man doch auf Dauer nicht imponieren. Auch den zweiten hast du schnell abblitzen lassen. Wie – an den Namen kannst du dich schon gar nicht mehr erinnern? Hieß er nicht GERMANWATCH? Das war doch der, der immer in Sachen Geheimgespräche unterwegs war. Immer geschmeidig, immer kriterienlos und immer das Kukident-Lächeln aufsetzend, wenn es darum geht, die Ergebnisse der Geheimverhandlungen publikumswirksam zu verkaufen, z.B. Sustainable Energy Future. Weißt du noch, worum es da ging? Irgendwann hast du auch diesen Braten gerochen. Der würde sogar seine Großmutter verkaufen, um in die Presse zu kommen, hast du einmal gemeint. Am längsten ausgehalten hast du es aber bei Peter WEED. Der hatte sogar noch Manieren. Der konnte sogar noch Geschichten über den Kapitalismus und so erzählen. Also ehrlich, wer kann das heute noch. Aber irgendwie war er dann doch zu steif für dich. Immer nur Mozart und Beethoven, immer nur Don Giovanni und Fidelio. Du wolltest auch mal ausbrechen, mal abhotten, dich mal von neuen Rhythmen inspirieren lassen. Und seitdem läßt du dich wieder öfter bei mir sehen. Ich müßte lügen, wenn ich behaupten würde, das würde mir nicht gefallen. Was ich heute noch an dir liebe? – Dich, trotz alledem!

»iz3w – einen solch unverständlichen Namen hatte ich noch nie zuvor gehört«

Vielen Dank, Moe Hierlmeier! Selbst wenn es mit deinem Professor Doktor nicht klappen sollte – die iz3w macht gerne einmal eine Ausnahme. Auch unser zweiter Festredner blickt auf eine gemeinsame Geschichte zurück – und zwar aus der kritischen Distanz der KollegInnen aus dem Norden: Die Redaktion der alaska, die zwar nicht das postmoderne Chaos ordnen möchte, in ihrer postmodernen Namensfindung uns jedoch um Eisberge voraus ist.

▶ Liebe Izettdreiweh! 30 Jahre gibt es euch jetzt. Uns gibt es, die Zeit als »Forum« miteingerechnet, 20 Jahre. Und doch ist uns eines nie gelungen, was euch wie selbstverständlich aus der Feder fließt: seriös zu sein.

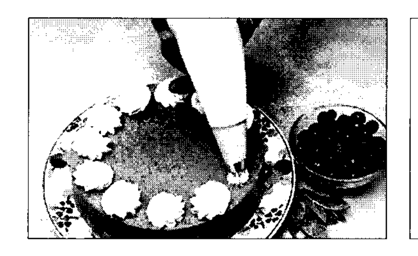
(Zwischenruf) Von wegen seriös. Ich habe Ihre Zeitung immer als interessante Diskussionsbühne für kontroverse Ansichten zu zahlreichen Themen geschätzt. Jenes Pamphlet damals von Jutta Ditfurth über den Dalai Lama sprengt aber bei weitem jegliches tolerierbare Maß. Ich weiß nicht, was Sie dazu veranlaßt hat, einem dermaßen verlogenen Unsinn eine ganze Seite einzuräumen. Die Krönung ist für meine Begriffe Ihre Reaktion auf offensichtlich zahlreiche kritische Leserzuschriften zu diesem Artikel. Ihrer Stellungnahme kann ich nur entnehmen, daß Sie die aus Ideologiegründen bewußt verlogenen Ausführungen von Frau Ditfurth im wesentlichen billigen bzw. die fundierte Kritik daran überhaupt nicht ernst nehmen. Auf eine Zeitschrift mit 'Bayernkurier-Niveau' kann ich in Zukunft verzichten.

(Weiterer Zwischenruf) Unsinn! Der Artikel von Jutta Ditfurth war für mich ein Lichtblick. Inhaltlich korrekt, die Sprache verständlich.

Ich sehe, Jutta Ditfurth erhitzt noch immer die Gemüter. Gehen wir lieber wieder nach Alaska.

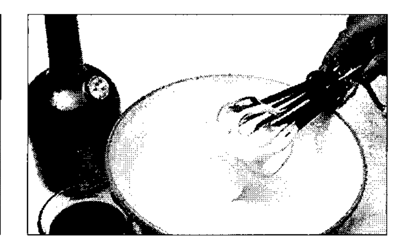
▶ Wir wollen jetzt gar nicht mit der Nachhaltigkeit oder der Zivilgesellschaft anfangen. Nehmen wir einfach ein Thema wie Sport. Das fassen wir gar nicht an, weil wir sofort eine ätzende BUKO-Satire anhand der Fußball-WM draus machen würden. Ihr könnt das monatelang unter Soziokultur abhandeln und kriegt es sogar noch gefördert. – Wenn wir ein Patriarchats-Heft machen, kann es passieren, daß wir tagelang nicht mehr miteinander sprechen, weil wir uns in den Haaren liegen. Wenn ihr ein »Feminismen-Heft« macht (das ist eben der feine Unterschied!), kann mann wie frau sich die verschiedenen globalen Feminismen in aller Ruhe blätternd anschauen; ein bißchen dekonstruktiv, aber nicht zu spinnert, so daß mann wie frau dasitzt und nickt: ja, schwierig mit dieser postmodernen Welt! Und wenn ihr über postkoloniale Hybriditäten schreibt, dann wuchert da gar nichts, die Texte sind so unhybrid und ordentlich wie immer. Wir nehmen an, daß das was mit mentaler Stärke zu tun hat, mit der Fähigkeit, sich Kapriolen und Gefühlsausbrüche immer wieder zu verkneifen. Das fehlt uns wohl. Das ist wie mit dem Namen, den ihr dann doch behalten habt, obwohl er ja ein bißchen wie ein Medikament klingt. Oder wie mit dem BUKO. Mit dem sind wir im dritten Jahrzehnt verheiratet, und der braucht nur zur Tür reinkommen, schon zanken wir ihn an, halten ihm eine dreckige Socke unter die Nase und möchten ihm die Leviten lesen. Während ihr euch, siehe letztes Editorial, mit Blumen und Sekt ganz locker als »Lebensabschnittspartner« anbietet. (Nein, natürlich nicht dem BUKO, sondern der »Szene an seiner Basis«.) Die einzige Empfehlung, die unsere Sonderkommission zur Freundbeobachtung erarbeiten konnte, lautet: Nachahmung unmöglich. Ihr habt es einfach im Blut, ihr seid »zu jeder Zeit nobel – historisch gerecht«. Also bleibt so. Wir wünschen euch weiter viel Erfolg und eine lange, mit uns verbundene Zukunft. Wer sonst sollte denn diese unglaublich gesetzten, distinguierten Berichte bringen, die das postmoderne Chaos geordnet vor den heimischen Lesesessel bringen? Wir etwa? Na eben!

Die alaska hat damit eine Überleitung zu unserer wichtigsten Frage geschaffen. Was soll die iz3w leisten? Moe Hierlmeier forderte Abstand zu den Lobbyisten ein. Zu diesem Thema haben wir Klaus Wardenbach eingeladen, der diese Ansicht nur mit Abstrichen teilt.





Das attraktive Aussehen der Torte lohnt die Mühe und den Aufwand, mit der Spritztüte zu garnieren.





Er hat ein paar »Anweisungen an Sisyphos« für uns vorbereitet.

► Ein Mann, der Herrn K. lange nicht gesehen hatte, begrüßte ihn mit den Worten: 'Sie haben sich gar nicht verändert.' 'Oh!' sagte Herr K. und erbleichte.« – Dieses Brecht-Zitat stand vor knapp drei Jahren am Schluß eines iz3w-Artikels über NRO-Lobbypolitik, in dem ich für eine Professionalisierung der Dritte-Welt-Arbeit und eine gezielte Einmischung in den Politikbetrieb plädierte. Die Zeiten haben sich geändert (so meine damalige These), der Internationalismus mobilisiert nicht mehr die Massen und die Hoffnungen auf revolutionäre Brandherde in der »Dritten Welt« sind verpufft. Deshalb ist es besser, sich auf das mühselige Geschäft reformistischer Veränderungen einzulassen, als gar nichts zu bewegen. Die Begründung von Lobbypolitik liegt also im Wunsch nach Veränderung. Lieber eine (radikal-)reformistische Politik mit Hilfe von professionellen Experten oder meinetwegen »Kadern« durchsetzen, als weiterwursteln wie bisher und vom Schmollwinkel aus den stetigen Bedeutungsverlust von Nord-Süd-Politik ohnmächtig mit ansehen müssen.

Klaus Wardenbach, eine Wortmeldung. Darf ich unterbrechen?

Zu viel Kultur und neumodischer Medienkram; zu wenig Kritik der politischen Ökonomie und Analyse; zu viel taz, zu wenig Marx; zu viel Unterhaltung, zu wenig Aufklärung.

Sehen Sie das ähnlich, Herr Wardenbach?

► Natürlich kann man mit Lobbypolitik keine offen systemtranszendenten Ziele verfolgen und deshalb gab es damals nicht nur Zustimmung, sondern auch reichlich Schelte, z.B. von Konkret (»Coaching für Raubmörder«). Ein Jahr später schrieb ich dann einen Artikel, in dem ich mich kritisch mit der Tendenz zur Anpassung an Marktzwänge innerhalb der NRO-Community auseinandersetzte. Diese Warnung vor der »Marktfalle« durch eine unkritische Übernahme von PR- und Marketingstrategien wurde von etlichen NRO-Mitarbeitern als Pauschalkritik ihrer Arbeit mißverstanden, und so gab´s auch wieder reichlich Schelte – diesmal von der anderen Seite. Vorläufiges Fazit: Die »Blätter« werden gelesen – und zwar von Leuten unterschiedlichster politischer Couleur.

Dazu wieder eine Wortmeldung. Angelika Beer hat es direkt aus dem Bundestag zu uns geschafft...

Die iz3w ist eine Zeitschrift, die mich seit jahren bei meiner Arbeit begleitet. Von den Dikussionen konnte ich insbesondere im Zusammenhang mit meinem Einsatz im Kampf für die Ächtung und ein vollständiges Verbot aller Landminen profitieren. Denn durch die Lektüre der iz3w wurden mit die entwicklungspolitischen Zusammenhänge verdeutlicht. Ich werde mit Sicherheit auch weiterhin Euren Weg verfolgen.

Wenn das nur mehr täten. Die Abo-Kündigungen sprechen eine andere Sprache. Aber wir wollen fortfahren, Klaus Wardenbach...

► Die entwicklungspolitisch Interessierten und NRO-Engagierten machen immer noch einen großen Anteil am Leserkreis aus. Und sie lassen sich provozieren. Trotz der gesellschaftlichen Akzeptanzkrise der Entwicklungspolitik sind die alten Schützengräben aber noch nicht zugeschüttet. Neue gesellschaftliche Situationen erfordern neue Strategien. Selbst der BUKO versucht das zurückgehende Engagement der Mitgliedsgruppen und den schwindenden gesellschaftlichen Einfluß der Solidaritätsbewegung durch neue Organisationsformen und Professionalisierung zu überwinden und geht damit »einen Schritt in Richtung VENRO«, wie im letzten Editorial der »Blätter« zu lesen war. Auch die »Blätter« müssen nicht erbleichen, denn auch sie haben sich verändert. Was sie aber (noch) nicht sind, und was fehlt in der deutschen Blätterlandschaft: Ein offenes Diskussionsorgan, das alle Spektren der heutigen Dritte-Welt-Bewegung zu Wort kommen läßt, das viele Informationen bereitstellt und Lust auf Theorie macht, das Tagesaktualität und die Bereitschaft zur Intervention verknüpft mit einer Kritik der Grundlagen der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. In früherern Zeiten haben Bewegungen und Parteien immer zuerst eine Zeitschrift gegründet, um eine Plattform für ihre Ideen zu schaffen. Heutzutage sind Zeitschriften dazu übergegangen, sich eine Bewegung zu schaffen (so die Le Monde Diplomatique und ihre Vereinigung für die Tobin-Tax Attac). Vielleicht können auch die Blätter in diese Fußstapfen treten, und zum Kristallisationspunkt einer nicht-bornierten und nicht-romantisierenden, ökonomisch bewußten neuen Internationalismusbewegung werden.

»Wer sollte sonst das post-moderne Chaos geordnet vor den heimischen Lesesessel bringen?«

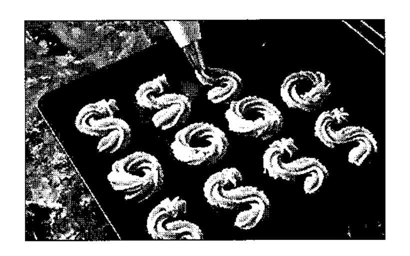
Die Fußstapfen der alaska voller dreckiger Socken, unsere alten zu borniert, die roten mögen wir nicht – und die Le Monde Diplomatique gibt's nunmal schon. Wir möchten die Vorträge nun zur Diskussion stellen. Ich bitte um Wortbeiträge! – Ja dort oben, eine Vertreterin der Basis, von der Informationszentrale Oldenburg.

► Die »Blätter« sind für uns vornehmlich eine Informationsquelle, die wir und die NutzerInnen unserer Bibliothek für unsere inhaltliche Arbeit brauchen und archivieren. Doch in den letzten Jahren hat sich nicht nur das Lay-out verändert (durchaus positiv), sondern auch der Schwerpunkt der Zeitschrift: Ideologiekritik, cultural studies und postkoloniale Kritik rückten mehr in den Vordergrund, Berichte über Länder der »Dritten Welt« traten mehr in den Hintergrund. Länderbezüge wurden häufig über Literatur, Musik und Film aus den entsprechenden Ländern hergestellt, Globalisierung wurde zwar als ein Heftschwerpunkt gewählt, aber vornehmlich aus der Perspektive des Nordens dargestellt. Außerdem wurden die Artikel generell kürzer. So interessant und wichtig die Auseinandersetzung mit cultural studies und postkolonialer Kritik sowie Literatur, Musik und Film der »Dritten Welt« ist, wirkt doch die ganze Veränderung der »Blätter« wie eine Gestaltung als modisches Magazin linker Diskussion.

Eine weitere Wortmeldung, Anton Landgraf meldet sich aus dem Dschungel.

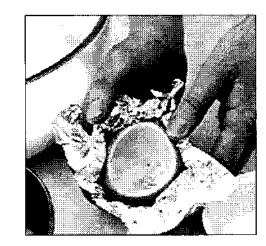
Die Wege des Internationalismus sind unergründlich. Und wieso es nach 30 Jahren immer noch die blätter gibt, ohne daß noch eine nennenswerte Solidaritätsbewegung existiert, gehört wohl zu diesen Rätseln. Vielleicht liegt es daran, daß ausgerechnet die Redaktion im Tal der Ahnungslosen ihren Kopf nicht verloren hat – und mit die klügsten Artikel publiziert, die es zu diesem Thema noch zu lesen gibt.

Oh, vielen Dank für die Blumen. Die Oldenburger werden da nicht ganz zustimmen?!



Darauf sollten Sie achten

Die Gabel zum Flachdrücken zwischendurch in kaltes Wasser tauchen, damit der Teig nicht daran kleben bleibt.





▶ Was wir benötigen, ist eine linke Zeitschrift mit »Dritte-Welt«-Schwerpunkt, zumal die »Blätter« eine der wenigen länder- und kontinentübergreifend berichtenden Zeitschriften darstellt(e). Für die »Blätter« sollte der Name weiterhin Programm sein: kontinentübergreifend Information über die bzw. aus der gesamten »Dritten Welt« zu bieten.

Hat sich die iz3w tatsächlich so verändert? Georg Cremer, Du warst bis Mitte der 80er Jahre in der Redaktion aktiv...

▶ Ich stieß als Gymnasiast zur Aktion Dritte Welt und habe hier durch die Mitarbeit während des Studiums viele wichtige Erfahrungen gemacht. Die Realität der Dritten Welt ist sehr viel komplexer, als wir uns dies vor 30 Jahren vorstellen konnten. Ich habe das sehr persönlich erfahren während einer mehrjährigen Arbeit in Indonesien. Die Hemmnisse der Entwicklung dort lagen eben nicht in weltwirtschaftlichen Faktoren, die im Mittelpunkt der Ursachenerklärung in den blättern standen. Sondern es waren krasse marktwidrige Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß im Interesse einer mit der politischen Macht verbunden Kaste, die sich aufgrund staatlich garantierter Monopolrechte bereicherte.

(Zwischenruf) Mich interessiert nicht die Korruption. Sie ist nicht das Problem im Geschäftsverkehr. Der Geschäftsverkehr selber ist das Problem. Analog dazu ist nicht die Verschuldung einzelner Nationalstaaten das Problem, sondern das Geld. Es muß abgeschafft werden. Es gibt Autoren in der iz3w, die sich über Gelder für den Swimmingpool eines Diktators aufregen, und es gibt aufgeklärte, intelligente Artikel, die eine Geld- und Kapitalkritik anstreben. Das ist das Elend der iz3w.

▶ Das Geld abschaffen? Absurd! Die Weltbank wurde, da sie Reformen zu einer Öffnung der Märkte durchzusetzen half, zu einem Hoffnungsträger oppositioneller Kreise in Indonesien. Dies ist schon recht konträr zum »main stream« der deutschen Solidaritätsszene. Ich würde mir wünschen, daß die blätter bestimmte Fragen politisch breiter diskutieren, als sie das in der Vergangenheit getan haben, ohne Anspruch, ein geschlossenes Weltbild zu vermitteln. Die blätter könnten ein Organ werden, in dem Reformansätze aus der Sicht der Interessen der Dritte-Welt-Länder und insbesondere der dort lebenden Armen kompetent und kontrovers diskutiert werden.

Eine weltmarktorientierte Entwicklung scheinen die blätter weiterhin für ein Ding der Unmöglichkeit zu halten; die blätter haben letztlich nie Konsequenzen gezogen aus dem Erfolg der südost-asiatischen Schwellenländer, der im Vergleich zu anderen Regionen bedeutend ist, trotz des Rückschlags in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Die Forderung nach Aufhebung von Marktzutrittsschranken für Produkte aus Entwicklungsländern ist eine eminent wichtige Solidaritätsforderung, nur hat sich hier die die blätter tragende Gruppe mit Ausnahme ihrer Anfangszeit nie engagiert.

»Die Redaktion hat im Tal der Ahnungslosen ihren Kopf nicht verloren«

Vielen Dank für die kontroversen Beiträge. Wir dürfen Ihnen versichern, daß wir Ihnen allen in Zukunft verbunden bleiben und Ihnen weiterhin allen Anlaß geben werden, sich zu ärgern. Zum Schluß möchte noch einer der beiden älteren Herren in der Loge etwas sagen?

Mit dem Einzug von Geographen in die Redaktion ist dies von einem deutlichen Verlust an Tiefgang und analytischer Schärfe begleitet.

Und jetzt die Bühne frei. Die jungen Leute sind ja kaum noch zu halten...

Wir finden die blätter des iz3w ganz, ganz super. Besonders die kulturtheoretischen Beiträge und auch das Layout. Wir freuen uns jedesmal, wenn sie in der Post dabei sind. Gratulation!!!!





Amnesie International

Antizionismus, Antiimperialismus und das iz3w

von **Jörg Später**

Mit der Überschrift »Holocaust an den Palästinensern« anläßlich des Libanon-Feldzugs der israelischen Armee 1982 erlangte das iz3w einst traurige Berühmtheit. In keinem Artikel über linken Antisemitismus fehlt seitdem der Hinweis auf diesen unsäglichen Titel. Gleichwohl war der Umgang mit dem Israel-Palästina-Konflikt im iz3w komplexer, als es diese Schlagzeile vermuten läßt. Ein kritischer Rückblick in eigener Sache.

► Israel und Palästina, Antizionismus und Antisemitismus – mit kaum einem Problemfeld tat sich die Neue Linke in der Bundesrepublik schwerer. Und das ist bereits ein Euphemismus. Sie war selbst Teil des Problems: auf der Suche nach einer politischen Identität im Land der Nazis, gefangen in einer manichäischen antiimperialistischen Weltanschauung und verstrickt in einem »ehrbaren Antisemitismus«, wie Jean Améry den Antizionismus bereits 1967 in weiser Voraussicht nannte. Auf diesem ideologischen Terrain versuchte sich die deutsche Linke freizustrampeln von ihrer Nationalgeschichte, die sie angeblich, wie sie selbst unermüdlich versicherte, doch gar nicht betraf, weil sie sich mit dem antifaschistischen Widerstand identifizierte.

Auch das iz3w stand nicht beiseite. Führt man sich die blätter der letzten drei Dekaden noch einmal vor Augen, so fällt eine seltsame Gemengelage auf: von klugen Reflektionen über die Fallstricke des Antizionismus, über heute kaum begreifliche Indifferenz bis hin zum offenen Antisemitismus, das alles läßt sich teilweise in einer Ausgabe gebündelt finden. Doch der Reihe nach.

1. Akt: Das grübelnde Schweigen

► Vor dem Hintergrund eines politischen Klimas, in dem die Springer-Presse den israelischen Sieg im Sechs-Tage-Krieg 1967 als »Blitzkrieg« feierte und in dem hinter jedem Araber ein Terrorist vermutet wurde, entdeckte die Neue Linke die »Opfer der Opfer«. Sie gab ihre pro-israelische Haltung auf und reihte die Palästinenser in den weltweiten Befreiungskampf der Völker gegen den Imperialismus ein. Dabei wurde der Antizionismus zu einer Selbstetikettierung wie Antikapitalismus, er war weit mehr als eine bloße Kritik am israelischen Nationalismus. Der Antizionismus war wie der Antiamerikanismus Teil einer geschlossenen antiimperialistischen Weltanschauung, die gute und schlechte Staaten auseinandersortierte, »echte und gewachsene Völker« gegen das Böse kämpfen ließ – gegen Fremdherrschaft, an der nur störte, daß Herrschaft von Fremden ausgeübt wurde; gegen den »Militärisch-Industriellen Komplex«, dessen Protagonisten sich alle Wochen heimlich an einer abgelegenen Tankstelle trafen, um sich alle erdenklichen Schweinereien auszudenken. Israel war die Agentur dieses Imperialismus im Nahen Osten, zudem kein Staat wie andere, sondern ein »zionistisches Gebilde«, und wurde daher mit Anführungszeichen versehen. Zumal den Juden abgesprochen wurde, ein richtiges Volk zu sein.

Kurzum: Zionismus war nach 1967 in der deutschen (linken) Öffentlichkeit zu einem Schlagwort verkommen. Mit ihm wurden sämtliche Übel im Nahen Osten in Verbindung gebracht. Dem Staat Israel wurde als einzigem Staat der Welt die Anerkennung abgesprochen, weil er »rassistisch« und »künstlich« sei. Vor allem aber wurde immer wieder versucht, die Zionisten als Kollaborateure und Profiteure der Nazis hinzustellen; ja, als mit ihnen wesensverwandt. Man wollte den Antisemitismus-Vorwurf abwehren und die eigene antifaschistische Gesinnung hervorheben, desweiteren das zentrale Begründungsmoment für einen jüdischen Staat – die Erfahrung der Vernichtungspolitik – entkräften. Mit anderen Worten: die Zionisten waren wie vormals die Juden die Feinde der Menschheit. Linke mußten daher nicht nur Antikapitalisten oder Antiimperialisten sein, sondern auch Antizionisten.

Was in der Redaktion der blätter in den siebziger Jahren diskutiert wurde, wissen wir nicht sicher. Der erste von zwei Palästina-Schwerpunkten (Nr. 106 und 107) erschien nach zwei – wie im Editorial mitgeteilt wird – »gescheiterten, ernsthaften Anläufen«erst im

Dezember 1982 im Gefolge des Libanon-Krieges. Daß man sich im antiimperialistischen Jargon zu Hause fühlte, zeigt die Beteuerung, der oberste Maßstab in der Beurteilung des Palästina-Konfliktes sei das Unabhängigkeits- und Selbstbestimmungsrecht der Völker. Und es sei nur die schwere historische Hypothek, die die Auseinandersetzung mit dem Nahost-Konflikt lähme. Der Eindruck liegt nahe, man hätte ganz gerne befreit und ungehemmt in der Palästina-Solidarität mitgemischt, und dies sei eigentlich auch geboten, wenn diese unselige Geschichte mit den Juden nicht gewesen wäre.

2. Akt: Anything Goes

▶ Nun aber hatte man das vermeintliche Tabu gebrochen. Vermeintlich, weil selbstredend Kritik an Israel und am Zionismus so zulässig ist wie an der sozialen Marktwirtschaft oder an der Politik jedes beliebigen Staates.[1] Warum also mußte gegen ein Gebot verstoßen werden, das niemand aufgestellt hat? Weil man sich selbst im antizionistischen und antiimperialistischen Diskurs der Neuen Linken bewegte, aber darüber ein gewisses Unbehagen empfand. Heraus kamen jedenfalls zwei Palästina-Schwerpunkte, die heute zu großem Erstaunen Anlaß geben.

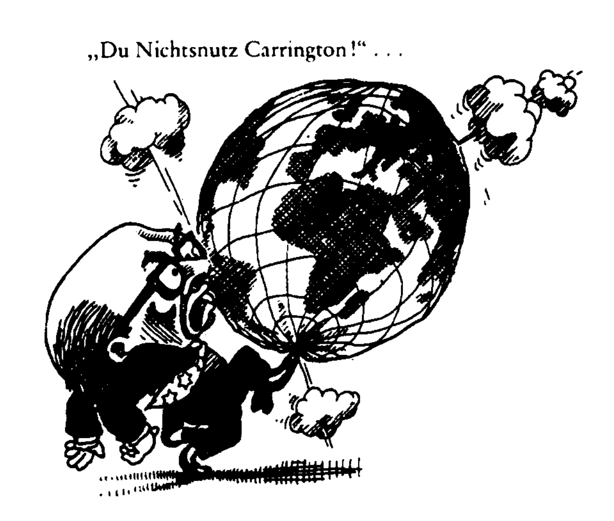
Nicht daß man das Existenzrecht Israels diskutiert oder die Bodenverbundenheit und den heroischen Kampf der Palästinenser gefeiert hätte. Im Gegenteil diskutieren die späteren harschen Kritiker des Antizionismus Dan Diner und Micha Brumlik die verschwommenen Grenzen von Antisemitismus und Antizionismus. So nennt ersterer beispielsweise eine solche Kritik am Zionismus antisemitisch, die »die europäisch-antisemitischen Bedingungen jüdischer Emigration nach Palästina standhaft übersieht und stattdessen die dortige Anwesenheit von Juden auf ein zionistisches 'Komplott' zurückführt«. Befremdlich wirken vielmehr zunächst die Illustrationen. Aufgemacht sind die Hefte mit Titelbildern, auf denen Stacheldrähte und die Inschrift 'Palästina' zu sehen sind, die das Schicksal der Palästinenser mit dem von KZ-Insassen vergleichen sollen. Auch darf ein arabischer Dichter auf einem Titelblatt ankündigen, daß er mit dem »Feinde der Menschlichkeit keinen Kompromiß schließe und bis zum Ende kämpfen« werde.

Eklatant sind die in Stürmer-Manier gehaltenen Karikaturen, die die Hefte durchziehen. UNO, USA und die EG beschimpfend, schlägt ein hakennasiger Menachem Begin auf eine Weltkugel ein bis diese platzt, um am Ende in Selbstmitleid badend auszurufen: »Hab ich's nicht gesagt? Die Welt haßt uns!« So waren, sind und bleiben die Juden selbst schuld an ihrem und unserem Unglück. Wie geschickt die Israelis Verschwörungen anzetteln, manipulieren und die Marionetten aus dem Hintergrund tanzen lassen, dabei geschickt dem armen deutschen Michel von ihren Kriegen abzulenken wissen, will uns eine andere Karikatur demonstrieren:



Anything Goes hieß also das Motto im iz3w Anfang der achtziger Jahre. Wie konfus und verwickelt die Hirne in der Redaktion gewesen sein müssen, zeigt folgender Satz aus dem Editorial des zweiten Heftes: »Ausgehend von der moralischen Schuld an der Massenvernichtung durch die Nationalsozialisten wird nachgewiesen, daß mit Wiedergutmachungsleistungen an den Staat Israel, besondere Erleichterungen und Unterstützungsleistungen durch deutsche Kapitalhilfe und deutsche Handelsbeziehungen sowie militärische Kooperation die BRD zum Aufbau zionistischer Strukturen im Staate Israel beigetragen hat und die territoriale Expansion auf Kosten des palästinensischen Volkes mit ermöglichte.« Sehen wir einmal von den Kleinigkeiten ab – was sind 'deutsche Handelsbeziehungen', wieso wird Israel immer mit dem Zusatz 'Staat' versehen, nicht aber der Staat BRD? –, dann fragt man sich: Wer geht hier von was aus? Die Redaktion wollte mitteilen, die BRD alimentiere Israel aus einer moralischen Schuld heraus. Geschrieben hat sie, daß die Redaktion wegen einer eigenen moralischen Schuld – die Abwehr eines von niemanden erhobenen Vorwurfs! – nachweisen will, daß die BRD mit der Unterstützung Israels das Unrecht verlängert. Nicht einfach weil die Politik Israels für Krieg und Unterdrückung im Nahen Osten mitverantwortlich ist, sondern weil die Deutschen die Juden umgebracht haben und man sich mitschuldig fühlt, deshalb interessiert man sich so für Israels Untaten – so funktioniert die verquere Logik, die vielleicht das seltsame Gesamtbild der beiden Hefte erklärt.

So fordert man folgerichtig aus einer moralischen Schuld heraus, daß der Nachfolgestaat des Dritten Reiches die Unterstützung für den Staat abbricht, der den Überlebenden und ihren Nachkommen einen Schutz bieten will. Und da man solche Konsequenzen für die Solidaritätsarbeit irgendwie komisch findet, weil man doch geschichtsbewußt ist, und zudem den »schwierigen Vorbedingungen im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung« Rechnung tragen will, muß man noch etwas zur Gefahr des Antisemitismus sagen: »Nur eine differenzierte Argumentations- und Unterstützungsarbeit kann dem rasch





auftauchenden Vorwurf des Antisemitismus standhalten.« Er ist halt nur ein Vorwurf, der Antisemitismus, instrumentell und stante pede eingesetzt, sobald jemand ein kritisches Wort über Israel verliert.

3. Akt: Der offene Streit

► 1988 kam es in Freiburg zum offenen Streit um die »richtige« Palästina-Solidarität. Ausgelöst hatte ihn ein Flugblatt einer antiimperialistischen Kampfgruppe, in dem völlig unbekümmert die Beseitigung des »zionistischen Staatengebildes Israel« gefordert und ansonsten locker mit Formeln wie Antizionismus=Antifaschismus hantiert wurde. Es folgte eine überaus scharfe, den Antisemitismusvorwurf erhebende Polemik der Freiburger Initiative Sozialistisches Forum, die allerdings nicht nur gegen die einfältigen Gemüter der Autoren des »Kampfblattes« zielte, sondern auch an die Adresse der Freiburger Nahostgruppe gerichtet war. Diese distanzierte sich zwar von den gröbsten Plattheiten der Antiimps, doch auch sie versah zu jener Zeit das Wort Israel mit den berühmten zwei kleinen Anführungszeichen.

Auch die Redaktion im iz3w meldete sich mit zwei grundverschiedenen Papieren zu Wort. Das eine bestand auf dem »imperialistischen Charakter des zionistischen Staatengebildes«, das zu beseitigen wäre, ohne den Juden das Recht auf Heimat streitig zu machen. Diese Warnung an die Juden, sie sollten ihren Staat beseitigen, ansonsten verspielten sie auch ihr Bleiberecht, nannte der Autor eine »andere Palästina-Solidarität«. Ansonsten bemerkte er zum Streit: »Dem Staate Israel kann eine solche Auseinandersetzung nur recht sein, läßt sich doch mit dem Hinweis auf den deutschen Massenmord an den Juden und der angeblichen Geistes- und Tatverwandschaft der Neuen Linken mit den Nazis und Neonazis das Erschlagen und Erschießen, das Foltern und Quälen von palästinensischen Kindern und Jugendlichen, das Knochenbrechen, die Willkürverhaftungen, die Kollektivbestrafungen, der Landraub, der Siedlungsbau ..., wenn nicht rechtfertigen, so doch in den Hintergrund drängen und die Frage nach Solidarität vergessen.« Wer also über die Vernichtungspolitik und Antisemitismus nicht schweigen möchte, spielt den Imperialisten direkt in die Hände, lautet der Verrat-Vorwurf.

Dagegen bezichtigte die Gegen-Autorin die Antizionisten der historischen Amnesie: »Nach Auschwitz kann keinem Juden in der Welt eine Haltung verwehrt werden, die Dan Diner protozionistisch genannt hat: Die Betrachtung Israels als Rückversicherung als potentielles Asyl für den Fall neuer Pogrome, wo auch immer in der Welt.« Dieses erfordere keine Demutshaltung gegenüber Israel, sei aber als Bestandteil internationalistischer Solidarität zu akzeptieren.

In zärtlicher Solidarität gegen die Imperialisten

Ob es historische Amnesie in einem manichäischem Antiimperialismus war, die Antizionismus zu einem Identitätsmerkmal der Linken hat werden lassen, oder der Versuch einer historischen Amnestie für das deutsche Volk, auf das man sich als Linke beziehen wollte, indem man hoffte, das Unrecht gerade der Juden könne Entlastung bringen, läßt sich nicht verallgemeinern. Für das iz3w gilt wahrscheinlich die erste Erklärung. Es gab oben und unten, Imperialismus und unterdrückte Völker, Krieg, Gewalt und Ausbeutung. Hierzu zählte auch ein Ereignis wie Auschwitz, ein Blutbad unter vielen, mit dem einen Unterschied, daß es von Deutschen begangen wurde, was ein gewisses Unbehagen auslöste, aber keinen entscheidenden Einfluß auf die linke Theoriebildung ausübte.

Wie dem auch sei, der Antizionismus hatte nach diesem Freiburger Streit im iz3w kein Standbein mehr.

4. Akt: Die Indifferenz

► Doch der nächste Krieg kommt immer. Als im Januar 1991 der Krieg am Golf begann, befand sich auch Deutschland im Ausnahmezustand. Hamsterkäufe bei Aldi, Bettücher und Betbrüder, wohin man blickte. Die Deutschen trieb die Angst vor ökologischen Apokalypsen, Bombennächten à la Dresden oder arabischen Terroranschlägen auf die Straße. »Kein Blut für Öl« – auf diese Parole einigten sich die Friedensbewegten mit den Linken, für die der Golfkrieg ihr vorerst letzter großer Auftritt in der Öffentlichkeit war.

Einige verabschiedeten sich, vom nationalistischen und antiamerikanischen Einschlag in der Antikriegsbewegung angewidert, ins Private oder ins Lager der Bellizisten. Wie hysterisch und durchgeknallt zum Teil auch diese Dissidenten waren, zeigen Enzensbergers Gleichsetzung von Saddam Hussein mit Hitler und Pohrts Überlegungen, man solle auf Bagdad eine Atombombe werfen. Andere Linke trieben mit ihren Parolen von »USA-SA-SS« ihre übliche Agitation: das auf die USA zu projizieren, was sie von Deutschland ausblenden – den Völkermord. Auch das antiimperialistische Weltbild wurde wieder bemüht. Mit den Parolen »Nieder mit Imperialismus, Zionismus und Faschismus« (Vorschlag der Antiimp-AG), mit »Faschismus, Imperialismus, Zionismus« (antifa) oder mit »Zionismus, Imperialismus, Faschismus« (Palästina-AG) traf man sich auf der Straße und war sich nur in der Hauptstadtfrage der Revolution uneins: Dresden, Bagdad oder Hafenstraße.[2] Die Völker aber sollten in zärtlicher Solidarität gegen die Imperialisten zusammenhalten.

„Du hinterhältige israelische Opposition!" . . .



„Hab ich's nicht gesagt? Die Welt haßt uns!"



Die verstohlene Solidarität mit Saddam Hussein, die zwar geleugnet wurde, aber immer wieder durchschimmerte – etwa in Schadenfreude über die Raketenangriffe auf Israel –, wurde im iz3w nicht geteilt. Dennoch schloß man sich im wesentlichen der Einschätzung des Krieges als einen des Nordens gegen den Süden an. Über der Kritik am Krieg unterließ man leider die Kritik der Antikriegsbewegung mit ihren antiwestlichen Ressentiments. So war es denn auch das Hauptanliegen des Golfkrieg-Heftes (Nr. 172) dem in den Medien verzerrten Bild der Araber und des Islam entgegenzutreten. Die »wirklichen Kenner« – gemeint waren die Orientalisten – wurden mit detailreichen und sehr informativen Artikeln gegen die Fernsehexperten vom Schlage der Konzelmann und Scholl-Latour ins Feld geschickt.

Gegenüber der Bedrohung Israels durch die Giftgasraketen aber herrschte eine gewisse Indifferenz, zu sehr hing man noch am Dritte-Welt-Konzept. Ein einziger Kommentar im 43-Seiten starken Themenblock widmete sich diesem für die Friedensbewegung großen Dilemma, und auch dieser Kommentar fuhr eine Vermeidungsstrategie. In der Hälfte des Textes wurde bedauert, daß nach den Raketen-Angriffen die Vorwürfe an die Antikriegsbewegung, »sie habe aus Auschwitz nichts gelernt, sei antisemitisch und sei bereit, den Tod von Juden tatenlos mitanzusehen«, Wirkung zeigten und der Protest ins Wanken geriete: Als sei die Antikriegsbewegung das eigentliche Opfer der Giftgas-Bedrohung. Dann wies der Autor das Bild zurück, die israelische Bevölkerung sei Saddams Geisel, der man nun mit Gewalt helfen müsse. Und falls man dies doch so sehen wolle, so habe diese Geisel eine Mitschuld an ihrer Lage. Nicht nur, weil sie jeden Kompromiß mit dem Geiselnehmer verweigere, sondern auch weil sie selbst Geiselnehmer sei und zusammen mit dem großen Freund USA am täglichen »Krieg der Reichen gegen die Armen« teilnehme. »Erst die kompromißlose Haltung Israels hat es möglich gemacht, daß erneut Vernichtungsdrohungen laut werden«, heißt das Fazit. (Ähnlich hatte sich zuvor GRÜNEN-Vorstandsmitglied Christian Ströbele geäußert, der die Raketenangriffe auf Israel als logische Konsequenz der Besatzungspolitik bezeichnete.) Ungeachtet der Tatsache, daß Israel im Gegensatz etwa zu Ägypten oder Syrien überhaupt nicht Kriegsteilnehmer war, wurde hier wieder nahegelegt, daß die Juden selbst schuld seien, wenn sie mit Giftgas traktiert würden. Und das, was die Antikriegsbewegung der irakischen Bevölkerung zu Recht zubilligte – nicht mit ihrem Regime identifiziert zu werden –, das sollte anscheidend nicht für die israelische Bevölkerung gelten.

Insgesamt gesehen beteiligte sich das iz3w also nicht an den Plattheiten der Antiimp-Szene, doch erneut schlugen hier und da Bestandteile deren Weltbildes durch. Zwar wurde im Golfkriegsheft der Zionismus oder Israel nicht als das Hauptproblem der Region geoutet, aber in der Mithaftung oder Relativierung Israels und im zweierlei Maß, mit dem man den Opfern der Kriegshandlungen begegnete, zeigte sich eine Ignoranz und Indifferenz gegenüber den erneut durch deutsches Giftgas bedrohten Juden.

5. Akt: Das letzte Wort?

► Der ideologische Blick auf Israel und den Zionismus ist mittlerweile schlechte Vergangenheit des iz3w (die allerdings nie so schlecht war, wie die seines politischen Umfeldes); die antiimperialistische Linke ist Geschichte. Über 20 Jahre lang nahm man Israel nur unter dem Gesichtspunkt des Palästina-Konflikts wahr: Außenpolitik, Besatzungspolitik, Friedenspolitik. Im Januar 1993 erschien endlich ein Themenschwerpunkt über die israelische Gesellschaft in den neunziger Jahren und ihre Konflikte – ein im übrigen bemerkenswert gutes Heft. Israel ist ein normaler Staat – das begreifen manche Linke bis heute nicht, die davon enttäuscht sind, daß Auschwitz aus den Juden keine besseren Menschen gemacht hat. Daß er eine spezifische Entstehungsgeschichte hat, ändert daran nichts. Wo sich zwei sogenannte Völker oder Nationalismen um ein Stück Land streiten, da gibt es eben keine revolutionäre Lösung; es gibt einen Kompromiß oder Kannibalismus.

Solange die Antisemitenfrage nicht gelöst ist, braucht es einen Staat für die Juden

Als normaler Staat ist Israel kritisierbar wie jeder andere Staat auch; solange aber die Antisemitenfrage nicht gelöst ist, braucht es einen Staat, der die Juden schützt – das dürfen Linke nicht übergehen. Das Editorial »Kein Frieden um Israel« vom Oktober 1997 endete folgendermaßen: »Kritik am Zionismus kann nur als allgemeine Kritik am Nationalismus erfolgen. Das jedoch ist nicht das Anliegen des Antizionismus. Und damit ist der Antizionismus nicht mehr unser Anliegen.«

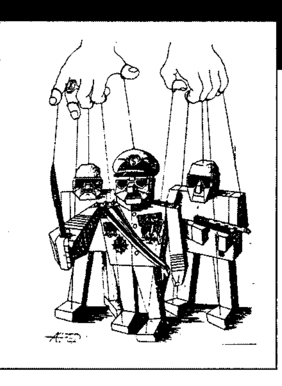
Ob das letzte Wort damit gesprochen ist?

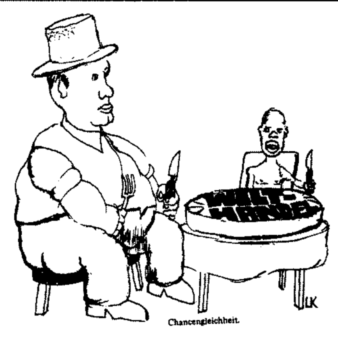
Anmerkungen:

1 Vgl. Henryk M. Broder, Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls, Frankfurt/M. 1986, S. 69f.

2 Vgl. Detlef zum Winkel und Oliver Tolmein, Herr P. und die Bombe. Vom Krieg der Polemiker, Hamburg 1991, S. 84.

► **Jörg Später** ist Mitarbeiter der **iz3w**









Arglos abgelichtet

Die Bildergeschichte der »blätter«

von **Silke Bellanger**

Die Menschen des Südens werden von den Medien häufig als 'exotisch', 'fremd' oder auch dümmlich in Szene gesetzt. Die blätter des iz3w sollten und wollten seit ihren ersten Ausgaben gerade diese uralten Stereotype nicht erneut bedienen und mit den Bildern der 'Kannibalen' und anderen Schreckgespenstern aufräumen. Die 30jährige Bildergeschichte der blätter zeigt jedoch, wie schwierig es ist, mit der Mehrdeutigkeit von Zeichen zu hantieren.

► Bilder erzählen Geschichten und sind wie Texte zu lesen. Der Umgang mit den Bildern hängt entscheidend von den Lesekonventionen und -kompetenzen der BetrachterInnen ab. Wie bei Texten können Vorkenntnisse das Verständnis erleichtern, aber sie können genausogut dazu führen, daß die BetrachterInnen sich auf ausgetretenen Pfaden wiederfinden. Bilder jeglicher Art, vom Gemälde über die Photographie bis hin zur Karikatur, sind als Zeichen mit anderen Zeichen verbunden. Die verschiedenen Kontexte der Bilder – sowohl soziokultureller als auch konkret räumlicher Natur – fließen in die Betrachtung und in die Hervorbringung von Bedeutung und Sinn mit ein. Bild und Text, Bild und Raum, Bild und BetrachterInnen bilden spannungsgeladene Verbindungen, in denen die visuellen Chiffren der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge mit Bedeutungen besetzt werden. Es ist weder willkürlich, wie das Bild auf einer Seite positioniert wird, noch zeigt ein Bild in unschuldiger Weise die realen Gegebenheiten. Vielfach werden Vorurteile und hierarchische Beziehungsstrukturen auf visueller Ebene erst hergestellt oder erneut gefestigt. Insbesondere Frauen, Kinder, Menschen der 3. Welt werden mittels der visuellen Repräsentation als das grundlegend Andere, Fremde und Differente fixiert. Gerade an ihren Körpern, ihrer Hautfarbe und Physiognomie sowie ihrer Körpersprache wird immer noch eine grundlegende Differenz zum abendländischen Subjekt festgemacht: dem westeuropäischen, weißen männlichen Machthaber. Sie werden in die Nähe von Natur und Emotion gestellt – mal unschuldig und naiv, mal gefährlich und bedrohlich. Dahinter steht die alte und mächtige Logik, die diesen 'vernunftfremden' Wesen den Zugang zu den Räumen und Positionen der Macht oder zu einer eigenständigen Subjektivität verwehrt, indem ihnen das Können und die Zurechnungsfähigkeit hierfür von den scheinbar wissenden abendländischen Subjekten schlicht abgesprochen wird. Diese perfide Logik der Differenz und des Ausschlusses durchzieht jegliche Art von Text, aber gerade in der visuellen Repräsentation ist sie besonders bedeutungsmächtig. Denn erst sie ermöglicht die subtile Konstruktion von Herrschaftsverhältnissen und Ordnungssystemen, glaubt man doch noch immer an die Macht der Abbilder, 'wahre' Zustände aufzeigen zu können.

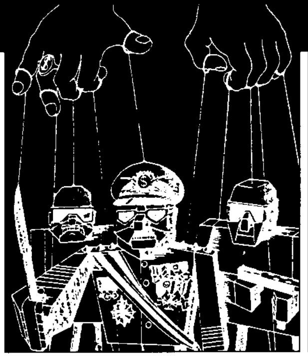
Der Versuchung des realen Abbildes erlagen zeitweise auch die blätter. Die Bilder der letzten 30 Jahre können jedoch weit mehr erzählen als lediglich die Geschichte des gescheiterten Fotorealismus. Bilder hatten und haben in der Zeitschrift eine ambivalente Rolle und Funktion, die sich zwischen Information, Unterhaltung und Kritik bewegt.

Anfangs noch rar, illustrieren nach und nach Karikaturen die Heftseiten. Ende der 70er Jahre verschwinden sie zugunsten von Fotos, Landkarten und Schaubildern, die in dokumentarischem und bemüht sozialwissenschaftlichem Stil die Texte inhaltlich stützen und ergänzen sollen. Seit Mitte der 80er lösen sich Bild und Text zunehmend voneinander, der Bezug wird unklar, und die Bilder gewinnen eher einen assoziativen und ironisierenden Charakter. Zeitgleich werden mehr und mehr abstrakte Bilder und Collagen verwendet, womit ein leiser Abschied vom Glauben an die dokumentarischen Möglichkeiten des Fotorealismus verbunden ist. Diese illustratorische Tendenz scheint mit Beginn der 90er und spätestens seit dem neuen Layout Oberhand zu gewinnen. Mit Hilfe neuer technischer Möglichkeiten können Bildergrenzen aufgehoben werden – die Texte fließen über die Fotos und Bildausschnitte unterwandern die Texte. Es läßt sich jedoch keine lineare Entwicklung der Illustrationsweise ausmachen, in deren Verlauf verschiedene Stufen der Verwendung und Funktion sich gegenseitig ablösen. Eher treten die verschiedenen Bildtypen und Verwendungstendenzen gleichzeitig auf. Derzeit läßt sich vom dokumentarisch intendierten Foto über »menschelnde« Portraits bis hin zu Abstraktion und Montage alles in den blättern finden.

Herrschende Subjekte und geknechtete Körper

► Läßt man den Blick durch die ersten Ausgaben der blätter schweifen, so fallen besonders zwei Typen von Karikaturen auf: Zum einen lassen langgliedrige oder auch wurstige Finger mehr oder minder sacht diverse Puppen tanzen, zum anderen essen dicke Europäer den mageren, nackten, farbigen Menschen den Kuchen weg.

Die Puppenspieler symbolisieren hier den Tod oder andere, namenlose Agenten, an deren Ärmelaufschlägen das Dollarzeichen oder das Hakenkreuz prangen und an deren Fäden Militärs und andere todbringende Handlanger zappeln. Das wissende Spielen mit Sichtbarem und Verborgenem, scheinbarer und wahrer Macht, angenommener und letztendlicher Wahrheit durchzieht diese Karikaturen. Ihre Spannung lebt von der Gegenüberstellung der Ausbeuter und der Ausgebeuteten. Wenn die Illusion der Chancengleichheit des Welthandels verhandelt wird, sitzt ein mageres Männchen, nackt, mit kah-









lem Kopf und nur einem kleinen Messer in der Hand an einem Tisch, auf dem der große Kuchen »Welthandel« liegt. Daneben hockt ein fetter Berg von einem Mann, der mit aufgekrempelten Ärmeln und angriffsbereit aufgerichtetem Besteck kaum eine Sekunde länger warten wird, sich das größte Stück vom Kuchen abzuschneiden. Die Flagge mit den »stars and stripes« auf seinem Hut läßt keinen Zweifel an seiner Herkunft. Daß es sich bei dem schmächtigen Männchen um einen schwarzen Mann handeln soll, ist nur an den stereotyp gezeichneten kräftigen Lippen und der angedeuteten knubbeligen Nase zu erraten. Um den Sinnzusammenhang herzustellen, braucht es die visuelle Leseerfahrung, wonach schwarze Menschen eben so auszusehen haben und an diesen Merkmalen auch immer wieder zu erkennen sind. Ähnlich verhält es sich bei einer anderen Karikatur, in der ein farbiger Mann Sri Lanka symbolisieren soll. Er ist nur mit einer Shorts bekleidet und schuftet in einem Laufrad, um die Fabriken Europas in Gang zu halten. Er ist so schwarz, daß wieder nur die großen Lippen und Augen wie Leuchtsignale auf die Betrachtenden wirken. Sonst weist er keine besonderen persönlichen Charakteristika auf.

Die Aufklärung und die Anderen

► Die Darstellung des Unterdrückungsverhältnisses läßt ein unwohles Gefühl aufkommen, denn die Frage drängt sich auf, ob es in der Anfangsphase der Zeitschrift keine andere visuelle Argumentationsweise gab, als mittels der Polarität von herrschenden Subjekten und unterdrückten Objekten verdeckte Machtstrukturen aufzuzeigen. Identität, Handlungsmöglichkeiten, Interessen und Differenzen auf der Seite der Unterdrückten wurden ihnen auch in den blättern visuell abgesprochen. Gleichzeitig war gerade mit diesen Karikaturen und den ersten Fotos ein explizit aufklärerischer Gedanke verbunden. In Abgrenzung zur Bildersprache der etablierten Massenmedien, des BMZ oder entwicklungspolitischer Organisationen sollte gerade nicht tendenziös und emotional aufgeladen über die Dritte Welt informiert werden. Wie in einer Medienanalyse der blätter von 1977 kritisiert, tendieren die Massenmedien dazu, die Menschen der Dritten Welt ohne Bezug auf die lokalen, internationalen Herrschaftsbedingungen, die kapitalistische Ordnung, die Geschichte der Kolonialisierung und aktuelle Befreiungsbewegungen darzustellen. Vielmehr griffen diese Medien nur einzelne Aspekte der Gesellschaft und des Lebens heraus: den Glanz und den Reichtum der Herrscherfamilien, Feste, paradiesische Natur, die Schönheit der 'Wilden', die Exotik der orientalischen Märkte, die Grausamkeit und Dummheit der 'Kannibalen' und 'Kopfgeldjäger'. Das Elend und die alltägliche Arbeit der Menschen blieben in der Berichterstattung ausgespart. Die blätter des iz3w erhoben demgegenüber den Anspruch, gerade die Arbeitsverhältnisse, die wirtschaftlichen und politischen Strukturen und Bedingungen in den Vordergrund zu stellen. Mit den Mythen sollte gebrochen werden und statt dieser Scheinwelt die Realität in den Beziehungen zwischen 'Nord' und 'Süd' gezeigt werden. Das aufklärerische Thematisieren der realen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sollte eine Solidarisierung mit den politischen Bewegungen der 3. Welt ermöglichen.

Es hält sich der Glaube, Realität sei abbildbar

Gerade aber dieser Anspruch brachte aufgrund seiner inhärenten Argumentationslogik auf der Ebene der visuellen Repräsentation einige Probleme mit sich. Denn die als Ergänzung zum Text gedachten Bilder der 70er Jahre schrieben die Menschen der 3. Welt konsequent auf den passiven Zustand der Unterdrückung, des Leidens und der Ausbeutung fest. Die aufklärerische und aufrüttelnde Bildersprache basierte nämlich auf einer manichäischen Konzeption von Unterdrückten und Unterdrückern, von gut und böse, schwach und stark, schwarz und weiß. Und letztlich erfolgte die Zuschreibung und Fixierung der Verhältnisse auch in den Karikaturen des iz3w über die Verbindung von 3. Welt mit reiner Körperlichkeit und Natur, die erneut auf eine grundlegende sichtbare Differenz und Andersartigkeit der Menschen der Dritten Welt verwies.

Der Anspruch der blätter war es, mit Überspitzungen die wahren Machtverhältnisse zu entlarven und die LeserInnen darüber handlungsanleitend aufzuklären. Dieser Gestus der Enthüllung verweist jedoch auf eine Position, die zwar solidarisch war, sich aber letztlich außerhalb der Macht wähnte. Die PublizistInnen begriffen die Zusammenhänge, konnten sie überschauen und im Namen der Unterdrückten sprechen. Damit aber betrieben sie eine Politik der Repräsentation, die implizit die Menschen der Dritten Welt als unfähig erklärte, für sich das Wort und die politische Initiative ergreifen zu können. Letztlich verengte sich die Strategie der Aufklärung zu einer Strategie der Selbstbehauptung der wissenden abendländischen Subjekte.

Diese Beurteilung fällt angesichts der überzogenen Darstellungsweise von Karikaturen recht leicht, doch letztlich lassen sich auch in der differenzierteren fotografischen Bebilderung der späten 70er und 80er Jahre ähnliche Tendenzen aufzeigen.

Getragen von dem Anspruch, im Gegensatz zu den etablierten Massenmedien die Situation der Menschen in der 3. Welt historisch, wirtschaftlich und politisch zu kontextualisieren, sind die blätter ab den späten 70ern hauptsächlich mit Fotos arbeitender Menschen oder kleiner Menschengruppen in weiter Landschaft bebildert. Programmatisch werden kaum Szenen von Festen, den reichen Eliten oder tropischen Wäldern gezeigt. Doch auch diese Versuche, die Verhältnisse in objektiver Art und Weise abzulichten, hatten ihre Tücken, denn man verfing sich zu leicht in den Fallstricken des paternalistischen Betroffenheitsjournalismus. Die Menschen wirken verloren und orientierungslos, die Umwelt, dürre Landstriche oder anonyme, behelfsmäßige Wohnorte sind genau wie ihre Körper von Mißhandlung und Mißachtung gekennzeichnet. Gesichter und individuelle Züge sind fast nie zu erkennen. Zudem läßt die Kamera selten einen Blick zwischen den photographierten Menschen und den BetrachterInnen zu. Häufig guckt die Kamera auf die Menschen hinunter, oder aber der Blick der photographierten Menschen ist gesenkt und abgewandt. Auch wenn den Menschen der Dritten Welt gegenüber der Darstellung in den Karikaturen eher eine Subjekt-Position zugebilligt wird, entsteht der Eindruck, daß die Individuen mit der generellen politischen, ökonomischen und sozialen Lage









gleichgesetzt werden. Sie illustrieren die strukturelle Unterdrückung und werden letztlich erneut auf die Rolle der leidenden, passiven und beherrschten Objekte festgelegt. Eine derart visualisierte Kritik an den Machtstrukturen läßt wenig gedanklichen oder imaginären Spielraum für Unterschiede und Probleme unter den Menschen der Dritten Welt – ihre Unterdrückung steht vielmehr für ihre vermeintliche Homogenität.

Alles ironisch?

▶ Seit Mitte der 80er, spätestens im Übergang zu den 90ern ist die Bildauswahl der blätter von einer veränderten theoretischen Konzeption der Machtverhältnisse und der Rahmenbedingungen der eigenen politischen Arbeit mitgeprägt. Zunehmend werden Menschen nicht nur in Arbeitssituationen oder trostlosen Landschaften gezeigt. Die Bilder bekommen einen ironischen Unterton und dienen nicht mehr auf vordergründiger Weise der Darstellung der Realität. Das Foto eines alten Mannes vor einer Kuhweide in europäischen Gefilden, versehen mit der Bildunterschrift »Angst vor Überfremdung«, kann schon mal das Problemfeld 'Nationalismus' illustrieren.

Ab September 1996 legen sich Schatten unter die Texte, Buchstaben über die Fotos, und einzelne Bildausschnitte rauschen in allen Kontrastvarianten über die Heftseite – die blätter haben ein neues Layout bekommen und werden in der Gestaltung nun professionell betreut. Die graphischen Möglichkeiten mit Hilfe des Computers werden jetzt auch hier ausgeschöpft.

Im Bewußtsein der Vieldeutigkeit der Bilder wird mit den unterschiedlichen Bedeutungsebenen gespielt. Das verbreitete Mißtrauen gegenüber der eindeutigen Aussagekraft der Bilder wird deutlich, und mit Hilfe abstrakter Bilder, Verfremdungen und Auflösungen der Fotos kann genau diesem Mißtrauen Ausdruck verliehen werden. Die Bilder lösen sich von den Inhalten der Texte und gewinnen eine gewisse Eigenständigkeit. Es stellt sich scheinbar immer weniger die Frage nach Manipulation oder der 'wahren' Abbildung von Realität, nun wird versucht über die Bilder eine selbstständige Geschichte zu erzählen. Eine Annäherung an die widerspüchlichen Situationen, die Kontingenzen und die Ambivalenzen der politischen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge wird auf visueller Ebene derart ermöglicht.

Alles beim Alten?

▶ Es ist jedoch nicht nur eine Entwicklung hin zu ironischer Verwendung der unterschiedlichen Bedeutungsebenen oder auch zu bloßem Klamauk festzustellen.

Angesichts eines Bildes zum Artikel »Das Ende der Unsichtbarkeit. Eine Frauengewerkschaft in Südafrika« in der letzten Ausgabe stellt sich weniger die Frage, ob die Ironisierung der Fotos gelungen ist, als vielmehr diejenige, ob die Bilder nicht auch immer noch bitterernst zu verstehen sind. Das Bild zeigt drei afrikanische Frauen, die alle wie im Tanz die Arme gehoben haben, sich in der Hüfte wiegen und mit lachenden Gesichtern singen oder rufen.

Was wird über südafrikanische, schwarze Gewerkschafterinnen dabei vermittelt? Bei politischen Projekten lachen sie fröhlich, tanzen und klatschen in die Hände. Das Klischee der rundlichen freundlichen afrikanischen Frau, gut gelaunt und immer zu Spiel und Spaß aufgelegt, wird in hier ärgerlicher Weise bedient. Was repräsentieren kräftige Frauen mittleren Alters für die MacherInnen der blätter? Sollen sie zur Erheiterung beitragen, dem inhaltsmüden Blick und Hirn eine wohlig zu verstehende Atmosphäre vermitteln oder aber Optimismus und Zuversicht suggerieren? Verweist gerade das Foto zu den südafrikanischen Frauengewerkschaften auf die latente Darstellung und erneute Fixierung schwarzer Frauen als das Andere, das Emotionale oder auch das 'Mütterliche'? Ein weiteres Photo 'am Rande' unterstreicht diese Funktion der Frauen in den blättern. Auch hier geht es um Gewerkschaften und die Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit. Von der Titelüberschrift »Wider die Rätelosigkeit« aus werden zwei ältere Frauen an den rechten Bildrand gedrängt. Wahrscheinlich arbeiten sie auf einem Feld, auf jeden Fall vermitteln sie Bodenständigkeit und Fröhlichkeit. Doch aufgrund ihrer gequetschten Position auf der Zeitschriftenseite verkommt ihre Präsenz zu einer Ablenkung am Rande. Ob diese letztlich willkommen ist, ist zweifelhaft, und ein ironisches Verständnis des Bildes löst letztendlich auch nicht das Problem. Denn der Witz basiert auf der gleichen impliziten und fundamentalen Kontrastierung, wie sie in den Karikaturen der 70er Jahre verwandt wurde. Schwarze Frauen werden in ihrer körperlichen Präsenz und mit Bezug auf eine emotionale Stimmung der politischen, vernunftorientierten Gewerkschaftsarbeit gegenübergestellt. Auch nach 30 Jahren bleibt es ein Dilemma, Darstellungsmöglichkeiten zu finden, die nicht immer erneut in die Festschreibung der Anderen verfallen, ohne sich dabei gleichzeitig in die reine Abstraktion zu flüchten.

▶ **Silke Bellanger** ist Mitarbeiterin der iz3w.

Eine Frage der Definition

Edward W. Said über Huntingtons »Clash of Civilizations«, Neokolonialismus und die Kultur des Westens

***Christoph Burgmer:** Herr Said, mit seiner These vom »Clash of Civilizations« hat Samuel Huntington ein neues Paradigma internationaler Politik entworfen. Der machtpolitische Konflikt der Nationalstaaten und der Ideologien werde zum 21. Jahrhundert hin vom »Kampf der Kulturen« abgelöst. Dabei sieht er den Westen von anderen, insbesondere dem islamischen Kulturkreis bedroht. Auf welche Vorstellungen von Kultur und Zivilisation stützt er eigentlich seine Argumentation?*

► **Edward W. Said:** Ich habe Schwierigkeiten mit seinen Begriffsbestimmungen. Huntington möchte zwischen Zivilisation und Kultur unterscheiden. Zivilisation begreift er als dasjenige, was stabil sei, was sich nie ändere: die grundlegenden Bücher, die grundlegenden Ideen einer islamischen oder westlichen Zivilisation und so weiter. Kultur hingegen sieht er individueller, dynamischer, als etwas, das sich ändere. Kulturen sind für ihn aus dem Grund dynamisch, weil sie sich aus der unveränderlichen Zivilisation ableiten. Ein solches Modell ist Unsinn. Diese Definitionen von Kultur oder Zivilisation sind abstrakt und schaffen Unklarheiten. Letztendlich dienen sie Huntington dazu, die Theorie des Kalten Krieges als Konflikttheorie in einer Welt ohne Kalten Krieg wiederaufzufrischen. In Wirklichkeit erleben wir keinen Kampf der Kulturen, sondern einen Kampf um Definitionen innerhalb von Kulturen und Gesellschaften. Nehmen wir als Beispiel die islamische Welt. Was dort immer wieder die heftigsten Kontroversen auslöst, ist nämlich nicht die Frage, ob der Islam gegen den Westen ist oder gegen Indien, China oder Japan, sondern die Frage »Was ist der Islam überhaupt« und was bedeutet es in der heutigen Zeit, ein Muslim zu sein? Diskussionen darüber finden überall in der islamischen Welt statt: in Marokko, Ägypten, Saudi-Arabien, Iran, Malaysia, Indonesien oder Pakistan. Besitzen Muslime eine eigene Art zu denken oder etwa eine besondere Ansicht von ökonomischer Entwicklung? Bedeutet Muslim zu sein, großmütige Gesten zu zeigen, oder mehr Rechte für Frauen, oder weniger, oder ist es das Tragen eines Tschadors? Alle diese Fragen werden innerhalb der Gesellschaften diskutiert. Huntington dagegen hängt der irreführenden Idee an, daß jeder Muslim genau wisse, was der Islam sei und deshalb den Westen angreife und umgekehrt.

Wie sieht Huntington denn dann den Westen?

► Huntington ist sich über die Gesellschaft im Westen überhaupt nicht klar. Eines der Fundamente westlichen modernen Denkens ist, um mit Nietzsche zu sprechen, die Frage »Wer sind wir, und was sind wir?« Ist es überhaupt möglich, von 'einer' Identität zu sprechen, gibt es nicht zahlreiche Identitäten? Oder sind Identitäten nicht Ergebnis von Herrschaft, von Willen und von anderem mehr. Daß er weder etwas vom Islam, noch von Japan, noch von Afrika oder der slawischen Welt versteht, ist vielleicht verständlich. Schließlich ist es ja nicht seine Aufgabe und man könnte sogar einräumen, daß dies nicht notwendig sei. Aber er spricht in seinen Büchern immer vom Westen, von der westlichen Art zu denken. Und genau damit wird klar, wie wenig er eigentlich vom Westen selbst versteht.

Einer der bedeutendsten, machtvollsten Aspekte des Westens, wenn es so etwas überhaupt gibt, besteht darin, daß die sogenannte Identität eine Revolte gegen Autorität ist. Auch wenn man im Westen zunächst in einer bestimmten Art und Weise dachte »So ist die Welt«, ist dies spätestens nach Marx, Nietzsche, Darwin und Freud nicht länger möglich.

Hinzu kommt, daß gerade durch die 'Kulturwissenschaften' belegt ist, daß Kulturen komplexer sind und viel mehr als nur eine einzige Qualität haben. Alle Kulturen sind Mischungen. Überdies haben die Historiker John Rawls und Eric Hobsbawm in ihren Arbeiten festgestellt, daß kulturelle Traditionen Erfindungen sind. Es gibt keine ursprüngliche Tradition, die man einfach irgendwo aufliest, um dann von sich selbst zu sagen »Ja, ich folge der Tradition«, sondern Menschen erschaffen Traditionen. So haben es die Briten in Indien gemacht und so geschah es in Europa, als man die Regeln des Fußballspiels erfand, die vorher nicht existierten und von denen man heute sagt, daß sie Tradition seien, obwohl sie erst hundert Jahre existieren.

Welche Motive liegen diesen Konstruktionsprozessen zugrunde?

► Das Bild jeder Kultur oder Zivilisation ist künstlich hergestellt und man erfindet Bilder des »Anderen«, da sie für einen selbst einen bestimmten Gebrauchswert haben. Und das machen wir alle. Bernal zum Beispiel spricht von der Erfindung des antiken Griechenlands als einem Modell einer urbanen Kultur. Wissenschaftlich belegt ist, daß Griechenland eine Vermengung von jüdischer, afrikanischer, phönizischer, aramäischer und natürlich lokaler Kulturen war. Wir nennen dies heute »klassisches Griechenland«, weil wir es zu einem Modell der Wurzeln des Westens transformiert haben. Wir haben es also mit der Absicht geschaffen, uns von ihm abzuleiten. Wenn man alles berücksichtigt, kann man unmöglich behaupten, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Kulturen das Zentrale sind. Denn man ignoriert damit, was innerhalb der Kulturen selbst vor sich geht.

Werden nach dem gleichen Muster kulturelle Identitäten für die »Dritte Welt«konstruiert? Woraus werden diese historisch abgeleitet?

► Die Wurzeln liegen in der Geschichte des europäischen Kolonialismus und Imperialismus. Eine ganz wesentliche Rolle dabei spielten Wissenschaftler, Entdecker und Forscher. Ethnologie und Ethnographie entwickelten sich zu einer Methode, die dort lebenden Menschen innerhalb der Regeln der europäischen Anthropologie neu zu definieren. Damit entstand eine neue historische Sichtweise: Die Geschichte der Inder, die Geschichte der Afrikaner, die Geschichte der Muslime und so weiter verkümmerte zu Vorläufern einer darüber schon längst hinausgegangenen westlichen Entwicklung und konnte dadurch als zurückgeblieben dargestellt werden. Hegel behauptete, daß Geschichte von Ost nach West wandere und der Blick in Richtung Osten ermöglichte nun zahlreichen Orientalisten, Politologen und Historikern die Geschichte der »Ureinwohner« als Teil einer Entwicklung zu begreifen, die Europa schon vollzogen und die es als überwunden erklärt hatte.

Diese Machtdemonstration diente aber nicht allein zur Unterdrückung, sondern bot die Möglichkeit, die Menschen zu dem umzudefinieren, was man später als »Indigene« oder »Eingeborene« bezeichnete. So wurde zum Beispiel den Menschen in Algerien eine besondere Art und Weise zugeschrieben, wie sie denken und handeln. Man behauptete eine besondere arabische Mentalität, aus der man ableitete, daß die Araber nur Stärke verstehen. Die Chinesen definiert Renauld als sanftmütige Menschen, die nur deshalb existieren, um die Europäer zu bedienen. Die

Schwarzen sind unterentwickelt, sagt Carlyle, und deswegen sind sie unsere Sklaven. Die Neudefinition der »Ureinwohner« war eine eindrucksvolle Demonstration imperialer Macht, deren Ziel letztlich darin bestand, Herrschaft und Profit zu maximieren.

Dieser Vorgang trägt einen wichtigen Aspekt der aktuellen Debatte um Huntingtons »Kampf der Kulturen«. Die Idee einer einheitlichen kulturellen Identität entstand in der »Dritten Welt« also überhaupt erst durch den Imperialismus und die profitgeleitete Konstruktion des kulturell Anderen. Seitdem existiert ein Unterschied zwischen einem Franzosen und einem Indochinesen, oder zwischen einem Franzosen und einem Algerier.

Nun gab es ja aber auch eine sehr romantisierende Sichtweise auf den Süden, insbesondere auf den Orient.

► Das ist richtig. Nehmen wir als Beispiel Goethes »Westöstlicher Diwan«. Goethe selbst ist nie im Orient gewesen. Er kannte ihn nur durch die von Romantikern übersetzte Werke von Hafis. Trotzdem stellte der Orient für Goethe genauso wie für die Franzosen Francois-René Chateaubriand und Alfred de Vigny, der den Orient sogar bereist hatte, eine andere Welt dar, einen befreiten Ort, an dem man seine Phantasien ausleben konnte. Nur hier hatte man eine exotische Nähe zu »dem Anderen«, zu der Weite der Welt oder gar zur Gegenwart Gottes, wie Goethe im Westöstlichen Diwan sagt. Für andere, wie die Brüder Schlegel, barg der Orient den Ursprung der Zivilsation überhaupt. Und obwohl sie ihn nie bereist haben, leiteten diese Romantiker die Idee einer ursprünglichen Sprache, des Indogermanischen, von der alle folgenden Sprachen sich herleiten, aus dem Orient ab.

Das heißt, die romantische Vorstellung vom Orient entsprach einem Idealbild.

► Ja und dieses Idealbild begann sich erst zu ändern, als es anfing, wie Frantz Fanon sagt, »auf die Realität zu stoßen«, und diese Realität ist die Wirklichkeit der heutigen Ägypter, der heutigen Inder, der heutigen Algerier. Ein Beispiel soll diesen Prozeß verdeutlichen. Wenn der Franzose Eugene Delacroix wunderschöne, lebenspralle und farbenfrohe Bilder wie »Der Tod des Sardanapal« malt, illustriert er die europäische Orientvorstellung in den ersten drei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Aber schon ein paar Jahre später wurden sich einige wenige in Europa, wie etwa Alexis Clarel de Tocqueville, ein Historiker und Mitglied der französischen Nationalversammlung, darüber klar, daß Algerien nicht dieses farbenfrohe Delacroixsche Paradies war. Im Gegenteil: Es war ein Ort, an dem es Krieg gab, wo Emir Abdel Kader den Franzosen erbitterten Widerstand leistete. Tocqueville beschreibt, daß er selbst erst langsam begriff, daß zwischen Franzosen und Algeriern eine besondere Form von gegenseitigem Haß existiere und er benennt auch den Grund. Schließlich seien die einen dabei, die anderen zu erobern, was Widerstand provozieren müsse. Etwa in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurde der Orient nur noch in dem realen Problem wahrgenommen, wie die imperiale Herrschaft durch die Errichtung von kolonialen Institutionen durchgesetzt werden könne.

Mit welchen Mitteln wurde dann diese imperiale Herrschaft durchgesetzt?

► Ich möchte das am Beispiel Indien deutlich machen, wo eine geringe Zahl von Engländern über ein Land mit über 300 Millionen Einwohnern herrschte. Die Engländer waren also dazu gezwungen, verschiedenste Herrschaftsmethoden anzuwenden, um die Bevölkerung in Schach zu halten. Neben militärischen spielten vor allem intellektuelle eine zentrale Rolle. Das englische Erziehungssystem wurde zu einem entscheidenden Mittel, die Inder von der englischen Überlegenheit zu überzeugen.

In besonderer Weise bot sich dafür die Literatur an, wie sich am Beispiel des englischen Dichters John Milton zeigen läßt. Mit ihr ließ sich das Triumphale einer großen Dichtung, ja der englischen Sprache selbst demonstrieren. Aber mehr als das. Die Literatur Miltons wurde zu einem Mittel, junge Inder mit Hilfe der ungeheuer klangvollen englischen Sprache, in der sogar Gott und Teufel sprechen, von englischer Macht und Autorität zu überzeugen. Personifiziert wurde dies von den englischen Lehrern, die den jungen Indern die Sprache lehrten. Mit der Zeit begriffen sie ihre Achtung vor den Engländern als etwas Unerläßliches und entwickelten verwirrende, negative Gefühle gegenüber der eigenen Kultur. Denn wenn Gott und der erste Mensch im Paradies in solch einer magischen Art und Weise sprechen, was sind dagegen ihre Götter mit ihren zehn Armen und drei Köpfen? Für viele Inder war das englische System viel beeindruckender als das Eigene. Die Folge waren Unsicherheit und die Gewißheit, daß das Wort und die Logik europäisch und nicht indisch sein müssen. Hier liegt die Grundlage dafür, daß sich die Wirklichkeit gegen das romantische Idealbild durchsetzt.

Warum hat man sich denn erst in den letzten zwanzig Jahren damit beschäftigt, wie Walter Benjamin sagt, die Geschichte »gegen den Strich zu lesen«, um eine neue Perspektive auf das vom heutigen Verständnis aus Unverständliche eines imperialistischen Zeitalters herauszuarbeiten?

► Die wesentliche Ursache ist, daß sich die Bedeutung von Identität selbst verändert hat und unterminiert worden ist. Es war eine einfache Sache, wenn man früher sagte: ich bin Franzose, ich bin Deutscher, ich bin Muslim, ich bin Schwarzer. Alle haben dann verstanden, was damit gemeint war. Heute, mit dem Zerfall der klassischen Imperien und der ungeheuer großen Zahl von Migranten hat sich dies verändert. Denn unser Jahrhundert ist ein Jahrhundert der Migration, in dem ganze Gesellschaften gezwungen wurden und werden, auszuwandern.



Das jetzige Deutschland ist nicht mehr das Deutschland von vor fünfundzwanzig Jahren. Heute gibt es nicht nur die Schwierigkeiten der Wiedervereinigung, sondern genauso die offene Frage der muslimischen Minderheit, die die Vorstellung von dem, was es heißt, ein Deutscher zu sein, verändert hat. Das gleiche gilt für die französische Gesellschaft, in der weder das Judentum noch der Protestantismus, sondern der Islam, also eine Religion von außerhalb, die zweitgrößte Glaubensgemeinschaft bildet. Das gleiche gilt für Schweden, Italien und besonders die Vereinigten Staaten. Die Vorstellung von der Bedeutung der amerikanischen Identität ist unter Druck geraten, weil sich in ihrem Binnenraum eine große Anzahl verschiedener, miteinander in Konflikt liegender Identitäten verbergen. Da gibt es die indianischen, chinesischen, lateinamerikanischen, afrikanischen Amerikaner und noch zahlreiche andere. Und es gibt einen neuen Konsens, der darin besteht, daß das alte Konzept einer einzigen Identität nicht nur falsch ist, sondern eine Form der



Zwischen Zivilisation
und Kultur unterscheiden
Foto: H. Sachs/version

Tyrannei darstellt, die verändert, gestürzt werden muß.

Dieser neue Konsens bleibt ja aber nicht unwidersprochen.

▶ Nein, er bringt eine multikulturelle, multiethnische Realität hervor und provoziert zwei Reaktionen, von denen ich glaube, daß beide schädlich sind. Die eine besteht in der Ausbildung von Separatismus und Abschottung. In der Universität fordern die Studenten zum Beispiel einen Studiengang asiatisch-amerikanischer Literatur, der sich vom Studium der englisch-amerikanischen Literatur abheben soll. Diese Separierung dehnt sich auf alle Bereiche der Literatur und der Gesellschaft überhaupt aus. Die zweite Reaktion hat ihre Fürsprecher in den Konservativen. Sie behaupten, es gäbe nur eine Kultur und da dies ein westliches Land sei, müsse man Homer, Platon, Aristoteles, Rabelais, Goethe und Balzac unterrichten, also den ganzen bildungsbürgerlichen Kanon. Zwischen beiden gibt es nicht nur keinen Dialog, sondern sie radikalisieren sich zusehends.

Welche Rolle kommt in diesem Konfliktfeld den Kultur- und Gesellschaftswissenschaften zu?

▶ Menschen, die wie ich tatsächlich vielen Kulturen angehören, müssen immer wieder betonen, daß es keine Notwendigkeit gibt, sich für die eine oder andere Kultur zu entscheiden. Ich bezeichne mich auch selbst weder als Araber, noch als Westler oder Amerikaner. Anstelle des »oder« setze ich das »und«. Die Neuorientierung in den Gesellschafts- und Kulturwissenschaften geht in diese Richtung: Die beispielhafte Benennung der Gemeinsamkeiten und der Versuch, Kultur und sogar Zivilisation als einen langsamen Prozeß der wechselseitigen Vermittlung zwischen einer Kultur und einer anderen verständlich zu machen.

Das steht nicht nur in direktem Gegensatz zu jemandem wie Huntington, der Kultur und Zivilisation als Kampfbegriffe gebraucht, sondern erfordert auch ein anderes Lesen, ein neues Lesen der überlieferten Texte. Bei großen Intellektuellen genau jener Kulturen, die heute, wie etwa die islamische, als fanatische Verfechter einer Identität gelten, lassen sich solche Bemühungen beobachten. Der in Frankreich lebende syrische Philosoph George Tarabishi hat zum Beispiel den »turath«, die Texte der klassischen arabischen Tradition, insbesondere Jahis und Ibn Chaldun, neu gelesen. Dabei hat er festgestellt, daß bei der Frage, was ein Araber sei, sich die Frage stelle, was ein Perser sei. Tarabishi machte deutlich, das insbesondere Ibn Chaldun die Voraussetzung dafür, ein Araber sein zu können, darin sah, zunächst einmal ein Perser zu werden, mit anderen Worten von der einen Identität in die Andere überzuwechseln. Deshalb müssen heute die Texte neu gelesen werden und wir müssen eine neue Art Begeisterung erzeugen, die einen Identitätswechsel zur Sehnsucht und nicht zu einer dramatischen Erfahrung macht.

Euripides, einer der großen Pioniere, beschrieb diesen Vorgang, als er in den Bacchen Pentheus, den König von Theben, in seiner Vorstellung zu Dionysos werden ließ. Bei Euripides endet es zwar als Tragödie und mit dem Tod, aber es wurde auch eine Art von neuem Ich sichtbar. Ich bin sicher, daß diese Art Kulturphilosophie ganz langsam bestimmend werden wird. Figuren wie Huntington stellen letztlich den Nationalismus in seiner schlechtesten Variante dar, da sie die Welt in einen Osten und einen Westen aufteilen, die sich unterscheiden müssen. Auf diesen Unterschied bestehen sie.

Aber er wird genauso abgelöst werden, wie die Forderung nach separierten, aufgeteilten und abgespaltenen Nationalismen, wodurch der Weg für die Möglichkeit einer Synthese der Unterschiede frei wird.

▶ **Christoph Burgmer**, der das Gespräch führte, ist Journalist und Publizist.

Der Rhythmus des Fordismus
Kleine Musikgeschichte der Arbeitsgesellschaft – Teil I



von **Gerhard Scheit**

Das Auto und der Jazz gewannen im Fordismus symbolischen Gebrauchswert: sie galten als Inbegriff der Freizeit. Diese symbolische Bedeutung gilt es im Inneren der Musik selbst dingfest zu machen.

▶ Der Siegeszug des Jazz verlief parallel zu dem des Automobils. Es waren die Fabriken Henry Fords, die ab 1908 das Fahrzeug mit Verbrennungsmotor (Modell T) zur Massenware machten – und weil in diesen Fabriken mit Fließband und tayloristischen Methoden auch ein neues Niveau in der ‚Rationalisierung', in der Abstraktheit und Meßbarkeit von Arbeit erreicht wurde, das bald auf die Produktion anderer Konsumgüter übergriff, sprechen Ökonomen mit einigem Recht vom Zeitalter des Fordismus, das damals angebrochen sei.

Etwa zur selben Zeit und schneller noch als das Auto entwickelte sich die Schallplatte zur Massenware; auf ihrer Grundlage erst avancierte der Jazz zur ersten nahezu globalen Unterhaltungsmusik. Die erste Jazzplatte ging 1918 (in New Orleans) in Produktion. Der Fordismus zeichnet sich auf der Ebene des Marktes vor allem dadurch aus, daß zum ersten Mal in der Geschichte breite Schichten als Konsumenten der industriell gefertigten Waren gewonnen werden konnten, neue Bedürfnisse geweckt oder alte umgeleitet wurden, die zuvor noch von Kleinbetrieben, Handwerkern, oder überhaupt nicht in Form von Waren bedient wurden. Während also früher dem Platzkonzert der örtlichen Blechmusikkapelle gelauscht oder zur Polka im Gasthaus getanzt wurde, kaufte man sich nun in zunehmendem Maß, so man genügend Geld hatte, eine Schellack- oder Schallplatte.

Als wichtigstes Charakteristikum des Jazz kann eine bestimmte Art von Rhythmus gelten: *Off-Beat* und *Synkope* in Permanenz, die den *Beat* – die Betonung der regelmäßigen Schlagzeit – konterkarieren. Der Beat, der bei dem bevorzugten Vierviertel-Takt den ersten und dritten Taktschlag akzentuiert, wird nicht aufgehoben, aber konterkariert. Der Unterschied zwischen Off-Beat und Synkope könnte dabei als ein gradueller gefaßt werden: die Synkope ist gewissermaßen Off-Beat in großer, notierbarer Gestalt; Off-Beat die Synkope im Kleinen. Im folgenden wird Off-Beat vor allem wortwörtlich genommen: als Gegenbewegung zum Beat, zur regelmäßigen Schlagzeit. Aus der Spannung zwischen Beat und Off-Beat entsteht nun der charakteristische *swing* oder *drive* oder *rock* ... Gegenüber dieser rhythmischen Eigenart bleiben die anderen Charakteristika des Jazz von geringerer Bedeutung: wie der Off-Beat gegen den Beat seine Akzente setzt, so versuchen die Instrumentalisten »gegen« die klassische, herkömmliche Art des Spielens anzuspielen: die festgelegte temperierte Stimmung und die auf ihr gegründete Harmonik werden dabei nicht etwa aufgehoben oder zurückgenommen (sieht man von der signifikanten kleinen Terz und kleinen Septime der Blues-Harmonik ab), sondern eher umspielt: Unrein intonierte, verschmierte – smear – ‚schmutzig gemachte' Töne – dirty notes –, häufige Glissandi, weite Vibrati; Töne, die absichtlich etwas zu tief angesetzt werden, um dann hinaufgeschraubt zu werden etc. stehen in einem tonalen Rahmen, der im wesentlichen den harmonischen Spielregeln des Abendlandes (Tonika-Subdominante-Dominante) folgt. Die Improvisation löst sich zwar von der fixierten Notenschrift, akzeptiert aber ihre harmonischen Rahmenbedingungen.

Eine der frühesten Erscheinungsformen des Off-Beat war der *Ragtime*, ein Klavierstil, bei dem in der einfachsten Form die linke

Hand den Beat, die rechte den Off-Beat spielte; der Name des Stils leitet sich ab von *ragged time* – zerrissene Zeit. Und die Zeit des Fordismus war in der Tat zerrissen wie noch nie – in Arbeit und Freizeit. Je mehr die Arbeit ‚rationalisiert' und selbst zerstückelt wurde und in einer strengen Disziplin und einer abstrakten Meßbarkeit aufging, die wohl unbewußt in der Musik als Beat empfunden werden kann, desto mehr fuhr offenbar auch der Off-Beat in die Beine, suggerierte Befreiung von der Disziplin und dem Diktat der Zeit.

Der Off-Beat ist im Milieu der amerikanischen Schwarzen entsprungen – der ehemaligen, aus Afrika verschleppten Sklaven – also einer Bevölkerungsschicht, die in besonderem Maß die Disziplinierung durch die modernen Arbeitsverhältnisse erfuhr, für die aber die Industrie zugleich die Befreiung aus der Sklaverei bedeutete. Der Jazz läßt sich jedenfalls nicht unmittelbar aus der afrikanischen Herkunft der Schwarzen herleiten. Abgesehen davon, daß dies einer biologistischen Substantialisierung Vorschub leisten würde, stimmt es auch im strikt musikalischen Sinn nicht. In der traditionellen afrikanischen Musik gibt es keine Taktstruktur mit festgelegten metrischen schweren (akzentuierten) und leichten (nicht akzentuierten) Zählzeiten. Kann man von einem Beat hier überhaupt sprechen, so ist es eine Zusammenfassung von mehreren »Elementarpulsationen« – eine Art Schwebezustand. Eine besondere Eigenart der afrikanischen Musik ist überhaupt die Kombination oder Überlagerung verschiedener heterogener Rhythmen (Polyrhythmik). In vielen Fällen könnte etwa von einem *individuellen* Beat gesprochen werden – so bei einem Beispiel aus Zambia, das Gerhard Kubik heranzieht: »Der Beat eines jeden der drei Trommler fällt an eine andere Stelle des zeitlichen Ablaufs. Würde man sie ... bitten, den Beat mit dem Fuß zu markieren, dann stampften sie nicht gemeinsam, sondern zwischeneinander fallend. Das bedeutet, daß jeder der Musiker sein Spiel auf eine von seinem Gegenüber verschiedene Ebene von Orientierungspunkten bezieht; und jeder die gesamte Musik ... von seinem Standpunkt aus anders gelagert hört.« (Jahrbuch für musikalische Volks- und Völkerkunde 11/1984, S. 75) Die Abstraktion, die solche individuellen Spiel- und Hörperspektiven zugunsten eines einzigen, gleichsam punktgenauen Beat beseitigt (also auch die Überlagerung heterogener Rhythmen abbaut), setzte sich demnach in der Musik der Schwarzen erst in Amerika allgemein durch. Die Individuen erkennen bewußt oder unbewußt im abstrakten Beat etwas von den ihnen aufgezwungenen Arbeits- und Zeitverhältnissen wieder und können im Off-Beat in gewisser Weise auf Distanz dazu gehen, eine bestimmte Form der Selbstbestimmung zurückgewinnen und sich entspannen. Vorübergehend aus der Logik der fordistischen Arbeits- und Zeitökonomie entlassen, werden die Spielenden und Hörenden von einer federnden Elastizität getragen, die bei aller Dynamik stets gelassen – *relaxed* – bleibt.



Off-Beat von Kindesbeinen an

Je mehr die Arbeit ‚rationalisiert' wurde desto mehr fuhr auch der Off-Beat in die Beine

Aus der geläufigen Zuordnung des Jazz zu den afrikanischen Ursprüngen der schwarzen Musiker resultierte aber für dessen weiße Rezipienten von Anfang an eine bestimmte, unwiderstehlich romantische Konnotation des Off-Beat: ähnlich wie die Roma und Sinti und die »Zigeunermusik« standen die Schwarzen und der Jazz für Lebensformen, die sich der abstrakten Arbeit und ihrer Disziplin prinzipiell widersetzten, die sich »gehen ließen« und das protestantische Arbeitsethos verweigerten, sich vielmehr auch sexuell keiner Norm unterwarfen – die Schwarzen galten als ‚Wilde', als ‚Primitive', die ihren natürlichen Trieben noch verbunden seien und sich ihrer gerade in der Jazzmusik versicherten. Und diese Konnotation dürfte nicht wenig zum Erfolg des Jazz unter Weißen in Amerika und Europa beigetragen haben. (Duke Ellington hat mit seiner Bigband diese weiße Rezeptionshaltung fast schon parodiert, als er mit dem Jungle Style das adäquate exotische Trugbild schuf.)

Die Attraktivität des Off-Beat gründet sich allerdings nicht allein auf dem subkutan wirkenden Gegensatz zu den neuen Formen der Arbeit, denen sich das Subjekt, das seine Arbeitskraft unter fordistischen Bedingungen verkaufen muß, ausgeliefert sieht – es artikuliert sich darin zugleich eine Opposition zum Staat, der im Fordismus aufgerüstet wird zu einer weite Teile der Gesellschaft regulierenden Instanz. Diese Aufrüstung nämlich vollzog sich zu den Klängen einer älteren Form von Pop-Musik, die den Beat förmlich einzementierte: der Marschmusik.

In früherer Zeit zielte der Rhythmus des ewigen Gleichschritts noch auf die Formierung eines Berufsheers (in der Habsburgermonarchie z.B. wurde der Gleichschritt 1740 eingeführt), er wurde von schlanken Kapellen (mit Pauken oder Trommeln, in denen Holzbläser den Klang dominierten) gespielt und prägte den Alltag in Stadt und Land nur

peripher. Mit dem Aufbau von Riesenheeren im 19. Jahrhundert begann er sich in ein blechgepanzertes, tausendfüßiges Monster mit schwerem Schlagzeug zu verwandeln, das nahezu überall zu hören und zu sehen war und sich in Dorf- und Werkskapellen fortpflanzte. Die Individuen wurden vom Marschrhythmus zum Volkskörper und Staatsvolk zusammengeschweißt. In Deutschland und in Österreich, wo sich die Gesellschaft geschlossen wie nirgendwo sonst zum Volksstaat formierte, erreichte auch die Marschmusik die größte Bedeutung, und die Wirkung des Jazz blieb am geringsten bzw. am längsten verzögert: d.h. in Deutschland und in Deutschösterreich fühlten sich die Individuen auch in der Freizeit vor allem als Staatssubjekt und Teil eines Volkskörpers. Märsche hörend, spielend und mitmarschierend übten sie die Rolle des staatstragenden Volks ein und bannten im Gleichschritt mit den anderen die permanente Angst, die sie etwa am Arbeitsmarkt überfiel: die Angst, minderwertig, überflüssig zu sein. Der Marsch mit dem Gleichschritt auf den ersten Taktschlag garantierte ihnen gewissermaßen ihren Wert, suggerierte Gleichwertigkeit und Stärke als Volksgenossen.

In der Attraktivität des Off-Beat artikuliert sich eine Opposition zum Staat

Die überkommenen Formen der Tanzmusik (Ländler, Walzer, Polka etc.), die sich im Umfeld dieser allgemeinen Marschkultur weiterhin der größten Beliebtheit erfreuten und vom Jazz kaum gefährdet werden konnten, zeichnen sich vor allem dadurch aus, daß sie keinen solchen expliziten Gegensatz zur staatlich formierenden Marschmusik kennen, wie ihn der Jazz in Gestalt des Off-Beat artikuliert; vielmehr betonen auch sie den Beat, die regelmäßige Schlagzeit, wenn auch – wie vor allem der Walzer und die anderen Tänze mit ungeraden Takten – auf etwas charmantere Weise. In seiner sechsten Symphonie hat übrigens Gustav Mahler – ein Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg – die Nähe zwischen Marsch und dieser Art von Tanz auf schockierende Weise kenntlich gemacht, wenn er den Dreiachtel-Takt des Scherzos u.a. durch Tempi und Sforzati wie einen Marsch erklingen läßt: man glaubt hier eine Fortsetzung des Marsches aus dem ersten Satz zu hören, nur daß jetzt – wie in einer surrealen Montage – ein Wesen mit drei Beinen marschiert.

Die Apotheose des Marsches war der Nationalsozialismus. Wenn der Staat hier als »Großkonsument« (Ulrich Enderwitz) einspringt und die in der Krise erschlaffte Kaufkraft der Massen ersetzt, um das Kapital zu retten, muß er auch die Freizeit der Warensubjekte in Regie nehmen: und das bedeutet Marschmusik total. HJ, SA, SS und Wehrmacht hatten ihre Märsche, Marschlieder und Marschmusikkapellen – neben ihnen beteiligten sich auch DAF, Reicharbeitsdienst und die vielen anderen Organisationen, mit denen die Nationalsozialisten die Freizeit verstaatlichten, am totalen Platzkonzert des Dritten Reichs, nicht zu vergessen die fortexistierenden ‚privaten' Volksmusikkapellen – man zählte 1939 weit über zehntausend solcher privaten Vereine, davon 10% Werkskapellen. Kraft durch Freude hieß also Kraft durch Beat; der Marsch führte die Massen von der Freizeit direkt in den Vernichtungskrieg.

Der Off-Beat des Jazz – Inbegriff der privaten Konsumtionsform – wurde folgerichtig verdammt und immer wieder verboten. Wie das Dritte Reich aber den Warenkonsum nicht abschaffte, sondern nur den Großteil der Kaufkraft verstaatlichte, so existierte auch der Jazz in bescheidenem Umfang und mit verschiedenen Deckblättern fort. Was unter Goebbels als »gute deutsche Tanzmusik« verkauft wurde, griff vielfach notengetreu auf einzelne Nummern des amerikanischen »Swing« zurück. Diese Bigband-Musik aus den USA der dreißiger Jahre, die man als Swing-Ära bezeichnet (nicht mit swing im allgemeinen zu verwechseln), neigte sich allerdings ihrerseits in bisher unbekanntem Maß dem Staat zu: es war die Musik der Roosevelt-Zeit, der Swing begleitete das deficit spending, das hier wie in Deutschland der Staat betrieb, um die Verwertungskrise zu beenden – Glen Millers »In the mood« könnte fast als Parademusik des New Deal gelten. An die Stelle von kleinen Ensembles in mehr oder weniger verrufenen Etablissements einiger Städte waren Bigband-Orchester in großen ‚öffentlichen' Räumen getreten, die den Jazz mittels Schallplatten, Radio und Film zu einer im ganzen Land erklingenden, nationalen Tanzmusik machten. Die Rhythmik wurde sanfter, schmiegsamer; der Klang und die Phrasierung elegant und ausgewogen; Improvisationen wurden eher vermieden, stattdessen wurde der *Riff* als Stilmittel gepflegt – eine kurze, meist zwei- oder viertaktige Phrase, die in der Art eines ostinato ständig wiederholt wurde und sogar Themencharakter erhalten konnte.

Kraft durch Freude hieß also Kraft durch Beat – der Marsch führte die Massen von der Freizeit direkt in den Vernichtungskrieg

Als Adorno in den dreißiger Jahren den Jazz untersuchte, hat er diese Abschwächung der ursprünglichen Impulse des Jazz in der Swing-Ära sensibel registriert, und sie kam seiner Auffassung entgegen, wonach die Gesellschaft auch in den USA zum Totalitären tendiere. Nur so ist zu erklären, was er 1933 über eines der ersten Verbote des Jazz schrieb: »Die Verordnung, die es dem Rundfunk verwehrt, ‚Negerjazz' zu übertragen, hat vielleicht einen neuen Rechtszustand geschaffen – künstlerisch [!] aber nur durchs drastische Verdikt bestätigt, was sachlich längst entschieden ist: das Ende der Jazzmusik selber. Denn gleichgültig, was man unter weißem und unter Negerjazz verstehen will, hier gibt es nichts zu retten; der Jazz selber befindet sich längst in Auflösung, auf der Flucht in Militärmärsche und allerlei Folklore. ... längst schon lag unter den bunten Schnörkeln des Jazz der Militärmarsch bereit.« (GS Bd.18, S.795, 798) Weil sich Adorno selbst zu dieser Zeit – in Verkennung der Situation – in das NS-Regime flüchten wollte und wirklich glaubte, hier ein Auskommen zu finden, konnte er nicht erkennen, daß der Jazz mitnichten in den Marsch flüchtet, vielmehr immer schon auf der Flucht vor ihm war, ja daß diese Fluchtbewegung das zentrale Motiv des Jazz ausmacht, das sogar noch im echten Swing lebendig ist. Jeder Vergleich einer Nummer von Benny Goodman, Duke Ellington, selbst Glenn Miller mit einer irgendeines deutschen Tanzorchesters aus der NS-Zeit liefert hier genügend Anschauungsmaterial: Das Übergewicht des Marsches verdirbt auch noch den ‚deutschen Swing' – während der Kontakt der amerikanischen Bigband-Musiker mit einer am Rande fortexistierenden alten Jazz-Tradition der Schwarzen und mit einer gegen den Swing rebellierenden neuen Variante (Bebop genannt), erst jenes für den jazzigen Off-Beat unabdingbare (aber nicht mit Noten fixierbare) Feingefühl entstehen und den Swing erst richtig schwingen ließ.

Adorno konnte solche Feinheiten (falls er sie überhaupt gespürt hat) kategoriell nicht fassen – denn er spricht beim Jazz immer nur von Synkope und nicht von Off-Beat. Solche interpretatorischen Feinheiten betreffen im Falle des Jazz aber das Wesentliche: die Kompatibilität des US-amerikanischen Swing für die deutsche Volksgemeinschaft mag die gemeinsame fordistische Grundlage der beiden Gesellschaftsformen zeigen – die Differenz zwischen dem geglückten amerikanischen Original und der vom deutschen Marsch verdorbenen Imitation verweist jedoch letztlich auf den differierenden Stellenwert des Rassismus im Aufbau des Nationalstaats. Während der NS-Staat mit den Nürnberger Gesetzen die totale Ausgrenzung kodifizierte, zeichneten sich die Vereinigten Staaten durch zunehmende Integrationstendenzen aus. Duke Ellington, ein Musiker jüdischer Herkunft, war denn auch der erste Bandleader, der schwarze Musiker in sein Orchester aufnahm.

► **Gerhard Scheit** lebt in Wien und arbeitet als wissenschaftlicher Autor und Essayist. Zuletzt erschien von ihm im Konkret Verlag das Buch *»Mülltrennung. Beiträge zu Politik, Literatur und Musik«*, dem der vom Autor gekürzte und leicht überarbeitetete Artikel entnommen ist.

Knüppel aus dem Sack

Eine Replik auf Thomas Haury, Deutscher Anti-Imperialismus

von **Christian Neven-du Mont**

Der Antizionismus der DDR entstand durch die Anwendung des antiimperialistischen Schemas auf den Nahostkonflikt. Und aus der Verschmelzung von »Weltimperialismus« und seinem »Stützpunkt Israel« entstanden zwangsläufig antisemitische Stereotypen – so resümierte Thomas Haury in Nr. 230 die DDR-Nahostpolitik.

▶ Von Thomas Haury ist zu erfahren, daß die DDR-Führung antisemitisch gewesen sei. Diese Erkenntnis könnte man mit einem müden Lächeln quittieren, die DDR ist tot, und die Ruhe ihres Grabes braucht man wegen eines solchen Vorwurfs nicht zu stören. Doch man ahnt es gleich, hier wird der Sack geschlagen und der Esel ist gemeint: die Neue Linke, die soll laut Haury noch viel antisemitischer (gewesen) sein, im Grünen Kalender 1983 soll gar gestanden haben »Kauft nicht bei Juden!«.

Ich könnte nun ins Grübeln geraten: wie neu und wie links sind die Grünen 1983 gewesen? Warum nur gibt Haury für sein zweites Zitat, das die »Beseitigung des künstlichen zionistischen Gebildes« fordert, keine Quelle an? Darf ich mich darüber freuen, daß es ihm nicht gelungen ist, einen neueren und leichter nachprüfbaren Beleg für den Antisemitismus der Linken zu finden?

Doch halt! der Vorwurf ist schwerwiegend. Als Linker darf man heute vieles sein, Briefmarkensammler etwa, sogar Bellizist, aber auf gar keinen Fall Antisemit. Als APO-Opa und damit vermutlich Angehöriger der Antisemitismusverdachtsstufe I möchte auch ich selbstverständlich alles tun, um meinen Persilschein zu bekommen.

Ich müßte dazu wohl Haurys Kleinem Katechismus des Nahen Ostens vorbehaltlos zustimmen und erklären, daß ich mit ihm glaube: »Israel war kein imperialistischer Brückenkopf, im Nahen Osten kämpften zwei nationale Befreiungsbewegungen um Territorium.« Zwar hatte ich immer gedacht, ein Staat könne keine nationale Befreiungsbewegung sein, und was Staaten betrifft, hatte ich es bisher eher mit Gerhard Seyfried gehalten (»ein Depp ist er, der Staat«). Auch frage ich mich, was Befreiung heißt, wenn sie nur auf Kosten der Befreiung anderer, gleichartiger erreicht werden kann, wenn Kolonialismus und Imperialismus keine Rolle spielen. Aber man muß Opfer bringen, wenn man akzeptiert werden will. Vielleicht interpretiere ich Haury auch ganz falsch und er meint eigentlich, der Zionismus sei die nationale Befreiungsbewegung der Juden bzw. derjenigen unter ihnen, die sich in Palästina ansiedeln und dort als Nation konstituieren wollten. Befreiung wäre dann die Befreiung von der Verfolgung, der die Juden in ihren Herkunftsländern ausgesetzt waren, verwirklicht wäre sie mit der Schaffung des Staates Israel. Oder meint er doch, Israel kämpfe weiterhin und bis heute als Befreiungsbewegung gegen die Palästinenser um Territorium? Ist Israel Herrn Haury vielleicht zu klein?

Muß ich, wenn ich kein Antisemit sein will, die Selbstdefinition Israels gutheißen, es sei der Staat der Juden, der Staat der Überlebenden der Shoah? Darf ich darauf hinweisen, daß eine solche Definition ethnische Homogenität und damit ethnische Säuberung voraussetzt? Darf ich mich fragen, was die 20% nichtjüdischen Israelis davon halten? Muß ich, wo ich doch so gern jeden Nationalismus ablehnen würde, beim Zionismus eine Ausnahme machen, weil ich sonst Antizionist wäre und Antizionismus zum Antisemitismus führt und mir außerdem vorgeworfen wird, ich würde die Gründung Israels am liebsten rückgängig machen? Ach, es ist nicht leicht, politisch korrekt zu sein.

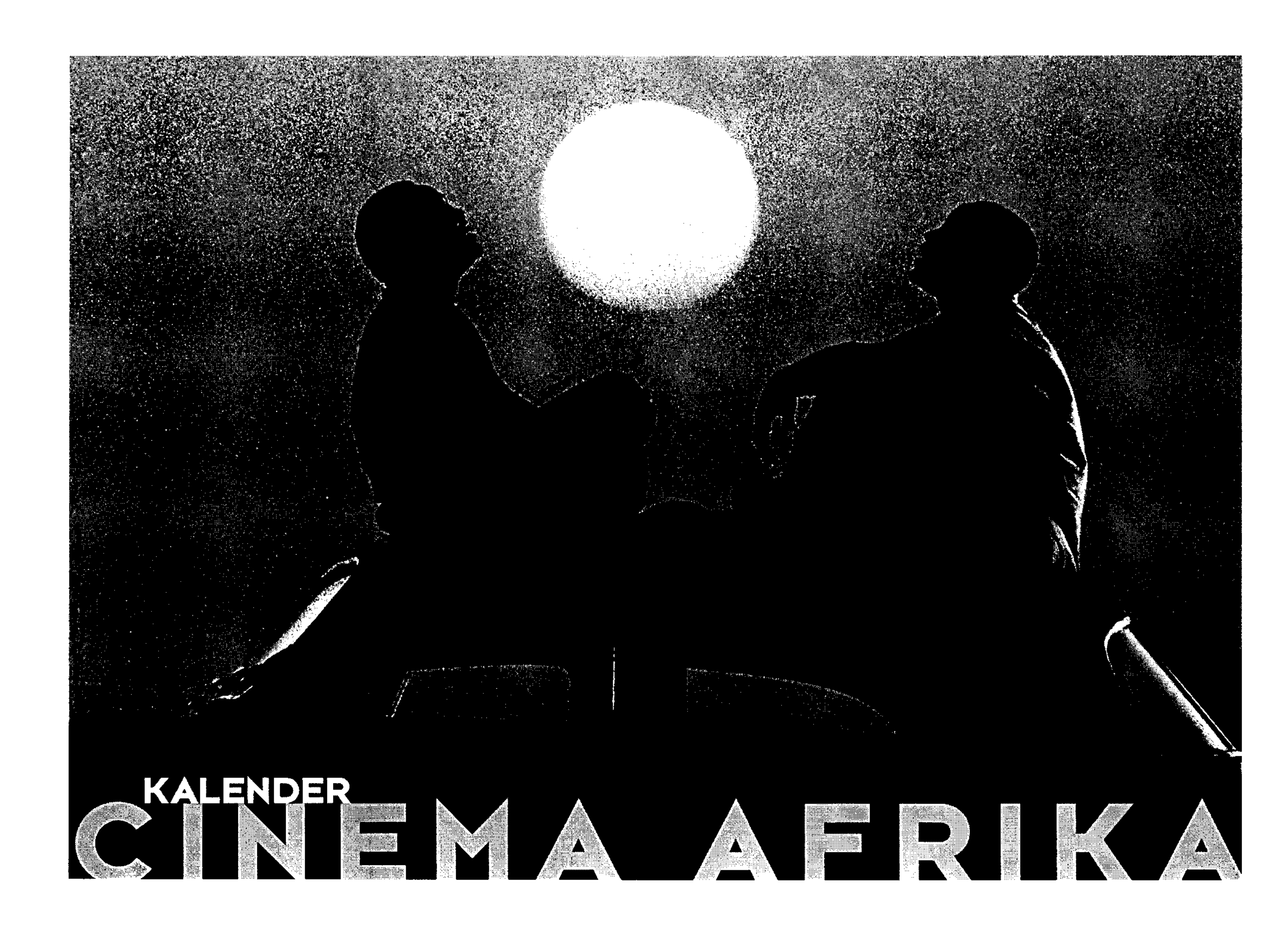
Worum es eigentlich geht

▶ Die Ebene der Auseinandersetzung, die Haury gewählt hat, Israel-Kritikern, speziell den Deutschen unter ihnen, mit dem Knüppel des Antisemitismus-Vorwurfs zu drohen, ist nicht hilfreich. In DDR-Statements eine Verschwörungstheorie aufgespürt zu haben, kann bestenfalls die Eitelkeit eines Besserwessis befriedigen.

Worum es eigentlich geht, kann man in den Leserbriefspalten der Tageszeitungen nachlesen, wenn von Israel die Rede ist. Da gibt es gewöhnlich zwei Lager: die einen wollen, je nach Anlaß, das Vorgehen von Israels Siedlern, Polizei, Militär oder Geheimdienst anprangern und vertreten den Standpunkt, Recht und Moral seien unteilbar. Che Guevaras Forderung, »Seid immer fähig, euch im tiefsten Innern über jedes Unrecht zu empören, das irgend jemandem in irgend einem Teil der Welt angetan wird«, gelte auch für Deutsche und für den Nahen Osten; nichts, auch nicht Auschwitz, rechtfertige es, mit zweierlei Maß zu messen. Für die anderen ist Israel unbezweifelbar und für immer der Staat der Überlebenden der Shoah, sie meinen, alle Deutschen sollten sich, weil sie Deutsche sind, der deutschen Vergangenheit schämen und aus dieser Scham heraus sich mit Kritik an Israel zurückhalten, wenn nicht für immer, so doch noch sehr lange. Sie wollen dem israelischen Staatsapparat gewissermaßen mildernde Umstände zubilligen, wie es die Justiz gelegentlich mit einem Gewalttäter macht, der in der Jugend selbst mißhandelt wurde. Daß es so etwas wie eine nationale Identität gibt, steht für sie außer Frage.

Dies sind in etwa die Konfliktlinien, um die diskutiert werden sollte. Das Problem des sogenannten Nahostkonflikts ist nicht die Gründung Israels vor 50 Jahren und die Frage, ob man sie gut und richtig findet. Das Problem ist die Aussicht, daß die nächsten 50 Jahre nicht reichen werden, um den Konflikt beizulegen. Wir sollten uns fragen, wie wir mit dieser Aussicht umgehen.

▶ **Christian Neven-du Mont** ist Mitarbeiter der **iz3w**



Die Welle, die sich vom Ozean trennen möchte
Zum afrikanischen Film und seinen Machern

von **Karim Traoré**

Das zunehmende Interesse für nähergerückte ferne Kulturen läßt sich zum Teil mit dem Globalisierungstheorem erklären. Gleichzeitig suggeriert es eine Vereinheitlichung der Welt und verleitet zu einer homogenisierenden (Ein)-Schätzung kultureller Produkte. Vor diesem Hintergrund werden hier einige Gedanken zum afrikanischen Film zur Diskussion gestellt.

► Obwohl der Film in Afrika eigentlich ein urbanes Phänomen ist, findet er aufgrund einer besonderen Funktion bei der städtischen Bevölkerung, die mehrheitlich ländlicher Herkunft ist, eine große Akzeptanz. Geht man davon aus, daß im afrikanischen Kontext Oralität und Theatralität den Alltag prägen, ist der Film die kulturelle Ausdrucksform, die der Oralität am nächsten steht, sie gleichsam ersetzt. Wie man im Dorf gemeinsam einem Erzähler lauscht, schaut man sich den Film gemeinsam mit vielen anderen an, kommentiert, nimmt Anteil, auch wenn dies keinen Einfluß auf die Fortsetzung des Geschehens auf der Leinwand hat.

Der afrikanische Film gilt als problembewußt, gar problembeladen, was unter anderem auch den Reiz bei seinen (intellektuellen) Kritikern ausmacht. Aber gerade sein Ernst, abgesehen von den hemmenden Distributionsstrukturen, macht den afrikanischen Film beim breiten afrikanischen Publikum weniger beliebt. Und wenn jüngere Regisseure Unterhaltungsfilme nach dem Muster amerikanischer Action-Filme produzieren, müssen sie mit einer vernichtenden Kritik westlicher Spezialisten rechnen, zumal die Filme dieses Stils tatsächlich erhebliche Schwächen im Vergleich zur westlichen Konkurrenz aufweisen. Auch das Experimentieren mit neuen ästhetischen Formen kommt bei westlichen Kritikern offenbar nicht gut an.

Darüberhinaus müssen sich die afrikanischen Filmemacher mit zwei »hausgemachten« Kulturpostulaten über die Beziehung zwischen Filmen und der in Afrika dominanten Oralität auseinandersetzen. Sie entstanden im Zusammenhang mit der Modernismus-Debatte der siebziger Jahre in Afrika, die u. a. fragte, ob die modernen Medien mit der afrikanischen Kultur verträglich sind. Der Kameruner Belinga vertrat die Meinung, daß die neuen Medien eine Möglichkeit wären, den Westen kulturell und technisch einzuholen. Sie sind für ihn neutrale Kommunikationsmittel, die unabhängig von den realen

bzw. eingebildeten Phantasmen zur materiellen und geistigen Entfaltung in der neuen Welt beitragen können. Allerdings ist dieses Denken prinzipiell ideologisch. Die moderne Technik, die ja auch eine kulturelle Heimat hat, wird als Lösung von Entwicklungsproblemen angesehen. Dabei wird zweierlei umgangen: Man setzt sich nicht mehr mit der gleichschaltenden Gewalt der neuen Medien auseinander, und daraus folgt, daß nicht mehr über die Möglichkeiten der einheimischen Ausdrucksweisen reflektiert wird.

Auf den ersten Blick scheint die entgegengesetzte Position gerade diese Einwände zu berücksichtigen. Sie wurde vom malischen Soziologen und Schriftsteller Massa Makan Diabaté in seinem Vortrag »Audiovisuel et choc des cultures« vertreten. Für Diabaté besteht die Oralität in einer Kommunikationssituation, bei der der Dialog, der zwischenmenschliche Austausch das wichtigste Moment ist. Weil die neuen Medien keinen echten Dialog mit gegenseitiger Beeinflussung der Beteiligten ermöglichten, sei es fatal, neue Medien fremder Herkunft der afrikanischen Erzähltradition aufzuzwingen: »A-t-on jamais vu un coq souffler dans une trompette?«, »Hat man jemals einen Hahn eine Trompete blasen sehen?«

Tradition und Technologie als dialektisches Verhältnis

▶ Diese Suche nach einem »traditionalistischen Refugium«, wie es Bavuala Matanda nennt, versperrt sich aber gegen jeden Dialog im Bereich des Audiovisuellen und bedient sich der Wohltaten einer anderen Technologie, nämlich der Schrift und der französischen Sprache. Von Diabaté stammt der Satz: »Je fais des petits batards à la langue française« (Ich mache der französischen Sprache kleine Bastarde). Ferner ist seine Position deswegen problematisch, weil sie den Eindruck vermittelt, es gäbe nur die eine afrikanische Tradition des Märchens. Belinga und Diabaté vertreten zwar entgegengesetzte Positionen, gemeinsam ist ihnen jedoch, daß sie den dialektischen Charakter kultureller Phänomene ignorieren. Es geht weder um blinde Fortschrittsgläubigkeit noch um unhaltbare Rückwärtsgewandtheit, die wie ein Kultursegregationismus anmutet, sondern um das dialektische Verhältnis zwischen einer kulturellen Tradition und einer permanenten technologischen Erneuerung, womit alle Kulturen der Welt konfrontiert sind.

In diesen Spannungsverhältnissen bewegen sich viele afrikanische Filmemacher. Ihr vehementer Legitimationsdiskurs ist wie eine Antwort auf die beschriebenen Postulate und die westliche Kritik. Da die Adressaten der Regisseure paradoxerweise vorwiegend westlicher Herkunft sind, wissen die Filmemacher, mit welchen Diskursregistern sie bei ihrem Gegenüber gut ankommen. Gleichzeitig wollen die Filmemacher aber nicht als bloß ausführende Hand einer althergebrachten Tradition gelten, wie westliche Kritiker sie gerne sehen. Sie wehren sich entschieden dagegen, anders als alle anderen (westlichen) Künstler behandelt zu werden. Auf der anderen Seite befähigt sie ihre ausschließlich europäisch geprägte (Schul-) Bildung nicht, mit der gleichen (postmodernen) Virtuosität wesentliche Aspekte der afrikanischen Kultur zu thematisieren. Deswegen ähnelt ihr Bezug auf Afrika häufig einem oberflächlichen Kulturnationalismus.

Dennoch steht außer Zweifel, daß der afrikanische Film – bei aller Gefahr der Verallgemeinerung – seine Besonderheit hat. Trotz ihrer europäischen Prägung bringen die afrikanischen Filmemacher Werke hervor, die ihre kulturelle Zugehörigkeit verraten. Dies zu erkennen und dazu zu stehen, ist weder Selbstisolation noch Mangel an Genie. Die Besonderheit des afrikanischen Films ergibt sich aus einer ästhetischen Analyse, die den Filmemacher und sein Werk in den Mittelpunkt stellt, und zwar im Vergleich mit den lokal vorherrschenden Erzähltraditionen, der Oralität.

»Hat man jemals einen Hahn eine Trompete blasen sehen?«

Ein Film ist immer ein Gemeinschaftsprodukt. Sein Erfolg hängt vom Regisseur, dem Erzähler der Geschichte und der zugrundeliegenden Ästhetik in ihrer ganzen Mannigfaltigkeit ab. Wie die Werke der Schriftliteratur besitzen Filme einen oder mehrere Autoren. Im Gegensatz dazu sind die meisten Werke der Oralität ohne namentlich bekannte »Urheber«. Dies hat Implikationen für die Vorstellung, die sich die Adressaten von dem Werk machen. Soll es nach ästhetischen Kriterien eingeschätzt werden, die dem Individuum größere Schöpferfreiheit einräumen, oder soll eine ‚kollektive Ästhetik' zugrundegelegt werden?

Genies und Medien

▶ Bewußt versuchen die Filmemacher, sich als individuelle Schöpfer darzustellen, wie Künstler im Westen auch. Dabei geraten sie in Widerspruch mit sich selbst, denn sie erheben gleichzeitig den Anspruch, Sprachrohr ihrer jeweiligen afrikanischen Gemeinschaft zu sein, deren Ästhetik sie während ihrer primären Sozialisation genossen haben. Anstelle einer universalistischen bzw. partikularistischen Rede würde eine kontextualisierte Beschreibung der jeweiligen Rolle des Filmemachers und seines Werks für mehr Klarheit sorgen. Es handelt sich um einen Menschen, der eine Geschichte erzählt. Von seiner Biographie her ist der afrikanische Filmemacher im allgemeinen sowohl Schriftsteller als auch Erzähler im nicht-westlichen Kontext. Diese beiden kulturellen Codes, die der Filmemacher in sich trägt, müssen analytisch unbedingt auseinandergehalten werden. In der europäischen Tradition war der Künstler bzw. der Schriftsteller lange Zeit als Schöpfer, als Genie angesehen. Hingegen ist der Erzähler in afrikanischen Gesellschaften lediglich ein Medium, durch das eine althergebrachte Geschichte den Lauschenden vermittelt wird. Die Rolle des Mediums ist gleichermaßen durch das individuelle Können und die Einhaltung ästhetischer Grundprinzipien gekennzeichnet. Voraussetzung dafür ist, »die Vision zu sehen«, wie es der alte Erzähler Danfakha formulierte: »Und die Vision sehen ist nicht Sache wacher Personen / Die Vision sehen ist Sache von Blinden / Sehen ist wie Sprechen / Man kann sprechen / Ohne sich zu hören (...) / Wer die Vision sieht / Kann schweigen / Und sich sprechen hören / So ein Mensch spricht Worte mit Bedeutung / Man nennt ihn Taali-Erzähler / Seine letzten Worte sind: ‚Ich habe dies gesehen' / Der Ja-Sager bekräftigt: ‚Du hast die Vision gesehen'.«

Der traditionelle Erzähler erzählt seine Bilder, die über Einbildungskraft in den Köpfen lebendig werden. Er spricht von einer imaginären Welt. Der Filmemacher zeigt Bilder, die er der realen Welt abgewinnt. Wenn er sich zugleich als Medium begreifen möchte, muß es ihm gelingen, die Realität so einzufangen, daß sie der Suggestion des traditionellen Erzählers nahekommt.

In dieser Beziehung profitiert der afrikanische Film besonders von Laienschauspielern, die die Dramatisierungstechnik ihrer angestammten Gesellschaften beherrschen. Die Aufgabe des Filmemachers besteht in einer integrativen Theorie und Praxis des Films, die alle diese Diskursarten und menschlichen Ressourcen versöhnt. Im Zeitalter leistungsfähiger Medientechnologien sind weder kultureller Fundamentalismus noch exotische ‚Ethno-Wellen' als Antwort auf die vorherrschende Gleichmacherei gefragt. Die neuen Medien bieten die Chance, mehr über die Kulturen der Welt zu erfahren, deswegen sollte dieser Aspekt besonders verfolgt werden. Eine bewußte Erschließung der lokalen kulturellen Ressourcen steht an. Sich von der Grundästhetik seiner Kultur losreden zu wollen, wäre genauso erfolgreich, wie der Versuch einer Welle, sich vom Ozean zu emanzipieren.

Gekürzte Fassung eines Artikels in der Filmzeitung »Cinema Afrika«, herausgegeben 1998 vom Haus der Kulturen der Welt Berlin

---

▶ **Karim Traoré** ist Professor für Afrikanische Literaturwissenschaft. Er lehrt Afrikanische Kognitive Anthropologie an der Université Victor Segalen Bordeaux II. Ab Oktober lehrt er Comparative Literature an der University of Georgia, Athens (USA).

Kopflos gegen Kopftuch

▶ Nicht zum ersten Mal wurde in den vergangenen Wochen mit dem Kopftuch der Frau Ludin ein Kleidungsstück zum Anlaß öffentlicher Erregung. Zuletzt wurde vor ein paar Jahren französischen Schülerinnen das Tragen des Kopftuches im Sportunterricht verboten. Jetzt darf – nach langem hin und her – Frau Ludin nicht Lehrerin werden, weil ihr das Kopftuch als sichtbares Zeichen ihrer Zugehörigkeit zur muslimischen Glaubensgemeinschaft gilt und sie es auch im Unterricht nicht ablegen will. (Dabei spielt die häufig vorgebrachte Argumentation, daß im Koran ja konkret über Kopftücher nichts zu finden sei, gar keine Rolle, denn Auslegung und praktische Umsetzung religiöser Quellen ist immer zeitbedingtes Menschenwerk.)

Wie verleitet nun das Kopftuch von Fereshta Ludin zu der Annahme, daß sie ihren Schülern und Schülerinnen etwa eine vorsintflutliche Auffassung von Biologie predigen könnte, daß sie eine noch diskriminierendere Perspektive gegenüber Angehörigen anderer Religionen einnehmen sollte, als die – allerdings unter umgekehrten Vorzeichen – schon alltägliche, oder daß sie ihren Zöglingen die Ungleichheit der Geschlechter noch eindrücklicher vorleben könnte als es die Gesellschaft ohnehin noch tut? Zu solchen Annahmen kann allein die immer noch weitestgehend ungebrochene und im Streit um das Kopftuch mehr oder weniger offen ausgedrückte Gleichsetzung von Islam (resp. allen MuslimInnen) und Islamismus (d.h. den Anhängern der als »islamischer Fundamentalismus« bekannten Ideologie) führen. Zwar sollten in der Tat erklärte Anhänger des Islamismus genausowenig unterrichten dürfen wie christliche, jüdische oder hinduistische Ideologen (oder Neonazis). Wer jedoch die Muslimin Ludin, nur weil sie wie Zigmillionen anderer Frauen das traditionelle Koptuch tragen möchte, in die Nähe von religiösen Eiferern stellt, muß mit dem gleichen bloßen Verdacht auch christlichen Lehrern das Tragen des Kreuzes am Hals oder jüdischen eine Kippa als Kopfbedeckung verbieten. Debatten darüber sind aber völlig zu Recht – einmal ganz abgesehen von der allgemeinen Frage nach Sinn und Unsinn von Religion und religiöser Überzeugung – bisher nicht bekannt geworden.

Zudem ist das Verbot ein integrationspolitisch völlig falsches Signal. Es überläßt die Auseinandersetzung über Bekleidungsgewohnheiten und ihre mögliche Bedeutung nicht der Diskussion innerhalb eines Kollegiums am Arbeitsplatz und nicht den SchülerInnen mit ihrer Lehrerin sowie mit ihren Eltern zuhause. Vielmehr macht das Verbot das Kopftuch erst zum politischen Symbol. Noch mehr als zuvor werden auf der einen Seite Kopftuchträgerinnen als »vom Islam Unterdrückte« und/oder »Fundamentalistinnen« identifiziert werden. Noch mehr als zuvor wird das Tragen des Kopftuches auf der anderen Seite zum Symbol demonstrativen Glaubensbekenntnisses in einer als »feindlich« ausgemachten Umgebung avancieren. Einige Väter (und Mütter) werden erst jetzt auf den Gedanken kommen, ihren Töchtern das Kopftuch aufzuzwingen, als vermeintliches Symbol ihrer als bedroht empfundenen vermeintlichen Identität. Eine einfache Handlung, das Tragen eines Stückchen Stoffes, gerät mehr denn je zur Gretchenfrage: Gehört jemand »dazu« oder nicht? Will ich »dazugehören« oder nicht? Dieses so beförderte Zugehörigkeitsdenken läßt auf beiden Seiten nur die Wahl zwischen Schubladen, zwischen entweder und oder. Es verallgemeinert, schreibt und ordnet zu, und läßt einer individuellen Beschreibung und Gestaltung unterschiedlicher Lebenspraxis sowie ihrer möglichen Veränderung keinen Raum.

Statt einer alltäglichen, immer auch mit Auseinandersetzung verbundenen, Integration fördert das staatliche Verbot die Polarisierung und steht damit in einer unseligen Tradition: Es folgt zum einen selbst der Logik und der politischen Praxis von Islamisten, die das Kopftuch ihrerseits zum Glaubenssymbol erklären und sein Tragen erzwingen wollen. Zum anderen kopiert es u.a. die Bekleidungsvorschriften des Schahregimes vor der iranischen Revolution oder das durch den türkischen (Militär)staat ausgesprochene Kopftuchverbot an türkischen Universitäten (s. *iz3w Nr. 223 u. 226*). In beiden Fällen erzeugte das Verbot aber nur die Gegenreaktion – das Kopftuch wurde jetzt erst recht zum Politikum, d.h. zum Ausdruck politischen Protestes und religiös definierter Identität, im Iran mit der Umkehrung des Zwangs als Folge.

Das Tuch mag die Unterdrückung der Frau in patriarchalen Gesellschaften symbolisieren (für Frau Ludin tut es dies sicher nicht). Die staatliche Verordnung – gleich ob sie ein Verhalten erzwingen oder verbieten will – unterdrückt jedoch nicht minder. Zusätzlich verhindert sie die freie Auseinandersetzung der Individuen und damit die Möglichkeit eines befreiten Verhaltens. Der Zwang zur Aufklärung ist selber anti-aufklärerisch und hat noch immer ihr Gegenteil bewirkt.

Jochen Müller

Karawane kommt

▶ Die »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« startet am 14. August in Bremen ihre fünfwöchige Tour durch mehr als 40 Städte. »Wir dürfen nicht zulassen, daß Deutschland seine Verantwortung für die Ursachen all der Probleme verleugnet, die Menschen zu politischen Flüchtlingen machen«, heißt es in einem Flugblatt. Mit Veranstaltungen, Demonstrationen, Besuchen von Abschiebegefängnissen und Aktionen an den Staatsgrenzen wollen die MigrantInnen ihre Rechte einfordern. Vom Norden (Hamburg, 16.8., Kiel 19.8.) geht es in den Osten (Rostock 20.8., Berlin 21.8., Dresden 23.8., Leipzig 24.8., Göttingen 26.8.), dann über Hannover (28.8.) südwärts (Nürnberg 1.9., München 3.9., Stuttgart 4.9., Europabrücke nach Straßbourg zum Treffen mit »sans papiers« 6.9.) und wieder zurück (Frankfurt 12.9., Bonn 14.9., Köln 19.9.).

Informationen über weitere Orte, Termine und Veranstaltungen beim *Internationalen Menschenrechtsverein, Kornstr. 51, 28201 Bremen, Tel 0421-557709-3, Fax -4, e-mail: mail@humanrights.de, http://www.humanrights.de. Konto-Nr. 10739282 bei der Sparkasse Bremen, BLZ 29050101.*

Kurdologiekongress in Berlin

▶ An der FU in Berlin, die als einzige deutsche Universität kurdologische Forschung und Lehre fördert, fand zu Pfingsten einer der bisher wichtigsten Kurdologiekongresse statt. Das Unterfangen, diese Disziplin an der Universität zu etablieren, kann leicht unter den Verdacht einer wissenschaftlich verbrämten Durchsetzung politischer Interessen geraten. Zum einen seitens der »betroffenen« KurdInnen, die zum bloßen Gegenstand eines objektivierenden Diskurses westlich dominierter Wissenschaft zu geraten drohen. Spiegelbildlich dazu verhält sich der Vorwurf, universitäre Kurdologie sei ein Projekt kurdischer NationalistInnen und ihrer akademischen SympatisantInnen, das von ihnen betriebene »Nation-Building« mit wissenschaftlichem Anspruch zu legitimieren.

Dieser Gefahr sollte wohl auch durch die Wahl des Kongreßthemas begegnet werden, das schon im Titel auf das Imaginäre nationaler Identitätskonstruktionen hinwies und so eine gewisse »dekonstruktivistische« Perspektive vorgab. Der Untertitel »KurdInnen als Subjekte und Objekte politischer und sozialer Prozesse« zielte auf eine kritische Reflexion der Subjekt/Objekt-Beziehungen, sowie der dahinterliegenden Positionierungen und Repräsentationen von KurdInnen. In den Beiträgen der kurdischen und nichtkurdischen WissenschaftlerInnen wurde der Anspruch, Kurdologie nicht philologisch-historisch, sondern als systematische Sozialwissenschaft mit interdisziplinären Fragestellungen zu betreiben, denn auch weitgehend einzulösen versucht. Damit zeigte sich eine in der neueren Kurdistanforschung feststellbare Hinwendung zu den international aktuellen akademischen Debatten der Ethnizitäts- und Gender-Forschung.

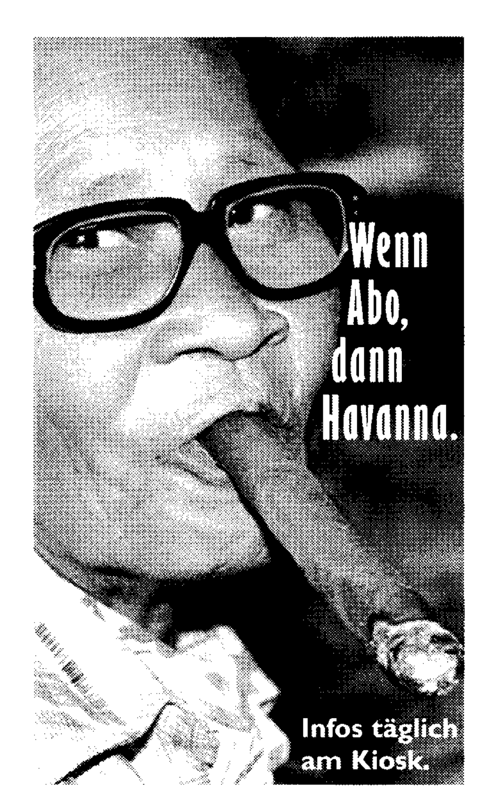
Bei den Beiträgen, welche das dialektische Zusammenspiel zwischen kollektiven Identitätskonstruktionen und ihrem jeweiligen »Anderen« untersuchten, stand die Dekonstruktion nationaler Mythen im Vordergrund. Insbesondere der wohl renommierteste westliche Kurdistanforscher Martin v. Bruinessen analysierte das komplexe Wechselspiel kurdischer Identitäten im Kampf gegen eine Umgebung, »die den Kurden keinen Platz in der Geschichte zubilligen will«. Durch die Betonung des Wechselhaft-Kontingenten dieser Konstruktionen, ihrer Ursprungsmythen und Besetzungen von Symbolen wie dem Newrozfest, kam sein Ansatz recht »postmodern« daher. Damit steht er im Zentrum der Entwicklung der Kurdistanforschung hin zu den derzeit gängigen »dekonstruktivistischen« Ansätzen in den Sozialwissenschaften. Das widersprüchliche Verhältnis von Subjekt und Objekt verlangte auch nach einer Thematisierung der bisher weitgehend ausgeblendeten geschlechtlichen Dimension. Shahrzad Mojab ging von der Kernthese aus, daß die Beziehungen zwischen Nation und Geschlecht als »moralische Regulative« funktionieren, in denen Frauen und ihre Bewegungen durch die Nationalismen von Staaten und von Befreiungsbewegungen gleichermaßen definiert, vereinnahmt, domestiziert und schließlich als eigene Subjekte ignoriert werden – auch wenn sie für den Befreiungskampf rekrutiert werden.

Die gegenseitige Beeinflussung der auf Ausschluß zielenden staatlichen und der auf Selbst-Behauptung zielenden kurdischen Identitätskonstruktionen, allgemeiner von »Innen«- und »Außen«-Diskursen über gesellschaftliche Gruppen, bildete den roten Faden, der sich durch alle Beiträge und Diskussionen des Kongresses zog. Insgesamt wurden auf dem Kongress wichtige Aspekte für weitere Forschungen angerissen, die angesichts der immer noch bei vielen »Solidaritätsbewegten« zu konstatierenden Theoriedefizite relevant für die unbedingt weiterzutreibende Auseinandersetzung zwischen »TheoriearbeiterInnen« und »AktivistInnen« sind.

Udo Wolter

Hitzeschildbürger

▶ Das 1992 auf der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro beschlossene Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen soll dem Schutz des Weltklimas durch die Einschränkung des Ausstoßes von Treibhausgasen dienen. In Rio war es jedoch nicht gelungen, konkrete Verpflichtungen zur Reduzierung der sechs wichtigsten anthropogenen Emissionen (Kohlendioxid, Methan, FCKW u.a.) einzugehen. Dies gelang erst auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz 1997. 155 Staaten hatten sich nach langem Ringen um Prozentzahlen im Protokoll von Kyoto darauf geeinigt, die weltweit emittierten Treibhaus-



gase bis 2012 um 5,2% gegenüber den Werten von 1990/95 zu senken.

Angesichts der divergierenden Interessenlagen der beteiligten Akteure (Kohlenstoff-Lobby vs. kleine Küstenstaaten) sind diese Vereinbarungen durchaus bemerkenswert. Wird das Protokoll von Kyoto umgesetzt, so beträgt der weltweite energiebedingte CO_2-Ausstoß im Jahr 2012 anstatt der prognostizierten 31,5 immerhin »nur« 20 Milliarden Tonnen. UN-Studien zufolge ist diese Reduktion jedoch viel zu niedrig. Die Treibhausgas-Emissionen müßten demnach bis 2010 um 20 bis 45% unter den Wert von 1990 gesenkt werden, damit die Durchnittstemperaturen auf der Erde nicht zu sehr steigen.

Um wenigstens die in Kyoto geplante Nettoreduzierung zu realisieren, müssen jedoch noch einige Voraussetzungen erfüllt werden: (I.) Das Protokoll tritt nur dann in Kraft, wenn 55 Vertragsparteien den Text ratifiziert haben. Weitere Bedingung ist, daß Industrieländer unter den Vertragsparteien mit einem Anteil vertreten sind, der 55% der von ihnen ausgestoßenen Emissionen entspricht. Die EU hat sich im Juni '98 auf eine nach Ländern differenzierte Lastenaufteilung geeinigt und wird das Ziel von Kyoto wohl erreichen. Ob einige der berüchtigten Klimaschutz-Bremser den Text ratifizieren, bleibt allerdings unsicher, wie etwa der Fall des weltgrößten Treibhausgas-Produzenten USA zeigt. Um zur angestrebten Nettoreduzierung zu gelangen, sollten auf der vierten Etappe der Klimaverhandlungen im Nov. '98 in Buenos Aires weitere Fragen geklärt werden. (II.) Die Vereinbarung von Kyoto berücksichtigt sog. »Kohlenstoff-Senken« bei der Berechnung der Emissionen. Zwar arbeiten UN-Expertengremien gegenwärtig an einer einheitlichen Methodologie, solange aber unklar ist, in welchem Maße die Aufforstung dem Treibhauseffekt begegnet, sollten CO_2-Senken nicht gegen den CO_2-Ausstoß aufgerechnet werden. (III.) Aufgrund des massiven Drängens der USA, wo sich eine einflußreiche Industrielobby gegen die Verpflichtung auf harte Lösungen sträubt, wurde in Kyoto eine grundsätzliche Einigung über den Handel mit Emissionsrechten erzielt. Zwischen Industrieländern ist demnach der Handel mit nicht genutzten Verschmutzungskontingenten möglich, sodaß ein wirtschaftlicher Anreiz für die Emissionsreduzierung entsteht. Allerdings können Industriestaaten auf diese Weise billig Emissionszertifikate erwerben, ohne im eigenen Land zum Klimaschutz beizutragen.

Wenn der prognostizierten fatalen Erwärmung im globalen Schildbürgerdorf Einhalt geboten werden soll, sind auch nach Buenos Aires zusätzliche Maßnahmen nötig. Eine dringliche Aufgabe bleibt die weitere Treibhausgasreduzierung, die faire Einbeziehung der Entwicklungsländer in die Reduktionsverpflichtungen und die Implementierung von Sanktionsmaßnahmen.

Thorsten Banspach

iz3w-Diplomarbeiten-Börse

▶ *Magister-, Diplom- oder Hausarbeiten verstauben in Ordnern oder bestenfalls Institutsbibliotheken. Und das, obwohl sie nicht nur viel Arbeit gemacht haben, sondern oft auch Themen behandeln, die der Büchermarkt schlicht übergeht. Die iz3w-Börse bietet für die einen die Möglichkeit, die Arbeiten zu verbreiten, und für andere, sich über diese raren Themen zu informieren. Ex- und Noch-Studierende, schickt die Kurzbeschreibungen an: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, e-mail: iz3w@link-s.cl.sub.de.*

»**Lesbisches Leben in Lateinamerika** – mit westlichen Augen gesehen«. Diplomarbeit am Fachbereich Sozialwesen der Gesamthochschule Kassel vom April 1998. Die Arbeit beschreibt die Lebenssituation von Lesben in Lateinamerika im Kontext ihrer ökonomischen, historischen und politischen Umstände. Der Zusatz »mit westlichen Augen gesehen« beinhaltet die Schwierigkeiten der eurozentrischen Blickweise, die ein solches Thema mit sich bringt, und wird in der Arbeit ebenfalls behandelt. 113 Seiten, Kopierkosten incl. Porto 20 Mark. Bettie Höflich, Iheringstr. 9, 37081 Göttingen.

»**Weltbilder** – Zur Rezeption von Tzvetan Todorovs 'Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen.'« Magisterarbeit in Politische Wissenschaft. Zwar von 1992, aber Todorow ist immer wieder für eine Renaissance gut. Kopierkosten 20 Mark zzgl. Porto. Elke Meyer, Kollenrodtstr. 59, 30163 Hannover.

»Mitchells Plain – Gegenwärtige Situation und Zukunft einer geplanten **'Coloured'-Township nach dem Ende der Apartheid**«. Diplomarbeit am Zentrum für Entwicklungsländerstudien (ZELF) des Fachbereichs Geographie an der FU Berlin. Zur Reaktion der bei Kapstadt gelegenen Apatheid-Township Mitchells Plain auf den politischen Wandel in Südafrika – aus ökonomischer, sozial-soziologischer und administrativer Sicht. 123 Seiten, gegen 15 Mark Kopierkosten bei: Dirk Sabrowski, Prenzlauer Allee 26, 10405 Berlin, e-mail: dsabrows@hotmail.com.

»**Land-Stadt-Wanderung und urbane Lebensbedingungen von Migrantinnen** in Windhoek/Katutura (Namibia)«. Diplomarbeit (1996) im Fachbereich Geographie an der Georg-August-Universität Göttingen, 154 Seiten. Die Untersuchung mit explorativem Charakter basiert vorwiegend auf qualitativen Interviews, die vor Ort mit Migrantinnen und Vertreterinnen von Gemeinschaftseinrichtungen geführt wurden. Analyse abwanderungsbegünstigender Faktoren, der Lebensbedingungen nach der Migration und der Beziehungsgefüge zwischen den ländlichen und städtischen Räumen. Erhältlich bei: Susanne Meyer, Hainholzweg 52, 37085 Göttingen.

»Rolle und Funktion der **Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank** im Prozeß der zunehmenden Globalisierung der Weltwirtschaft«. Diplomarbeit (1997) im Fach Sozialwissenschaften. Bezug: Bettina Aßtmann, Mittenwalder Str. 23, 10961 Berlin.

Die globalisierte Frau

▸ Zwei Bücher, zwei ähnlich klingende Titel und doch zwei völlig verschiedene Standpunkte, von denen aus die Folgen der Globalisierung für Frauen betrachtet werden: Christa Wichterich legt eine überbordende Fülle von Material vor, das die Konsequenzen der Liberalisierung des Weltmarktes für Frauen beschreibt. In einzelnen Länderstudien sowie Branchen- und Industrierecherchen (z.B. Textilien, Sportartikel, Datenverarbeitung, Krabbenindustrie) gelingt es ihr, die lokalen und globalen Ebenen des Weltmarktes und seine Auswirkungen auf Frauen hier wie dort zusammenzuführen. Obwohl vieles nicht neu ist, raubt das Ausmaß der Globalisierung von Produktion und Konsumption, das sie beschreibt, einem den Atem. Die Bedingungen, unter denen Spielzeug in China oder Kleidung in Bangladesh produziert werden, oder die ökologischen und sozialen Schäden, die die Krabbenproduktion in Indien hinterläßt, sowie der Wahnsinn des globalisierten Marktes für zunehmend gentechnisch manipulierte Nahrungsmittel machen das Buch zu einer aufklärerischen, aber auch anstrengenden Lektüre.

Die theoretische Klammer, die die Fülle der Fakten zusammenhält, ist zugleich das Fazit der Autorin. Frauen sind vielleicht Arbeitsplatzgewinnerinnen im Globalisierungsprozeß, aber ihr Einkommen und ihre soziale Sicherheit sinken. Die neuen Arbeitsplätze sind informalisiert, flexibel und schlecht bezahlt, und das gilt für den Süden wie für den Norden. »Es ist vor allem der störrisch überlebende Mythos vom Mann als ‚Familienernährer' und der Frau als ‚Zuverdienerin', mit dem Hungerlöhne für Frauen und leichtfertige Entlassungen gerechtfertigt werden« (S.17). Die Unsichtbarkeit und Ideologisierung der Frauenarbeit auf dem Weltmarkt trifft auch für den Heiratshandel, den Markt für Dienstmädchen und Prostituierte zu. Doch Frauen sind trotz der dargestellten Benachteiligungen und Menschenrechtsverletzungen nicht nur Opfer, sondern handelnde Personen. Sie sind es, die nach wie vor mit vielfältigen Strategien für die soziale Sicherheit ihrer Familien kämpfen. Hier spielt die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln, aber auch unbezahlte soziale Arbeit eine große Rolle. Die Versorgungsökonomie der Frauen ist das Rückgrat auch der globalisierten Marktökonomie. Während Weltbank und Agrarexperten nach wie vor auf Nahrungsmittelexporte und Rationalisierung in der Landwirtschaft setzen, weist Wichterich darauf hin, daß »das Wirtschaften für die Kochtöpfe der zuverlässigste Garant für Ernährungssicherheit« bleibt (S.117). So wichtig die Bemühungen der »Lobbyistinnen« der internationalen Frauenbewegung zur Einflußnahme auf internationale Politik sein mögen, verweist sie vor allem auf die Zähigkeit und Ausdauer, mit denen Frauen »kleine Sicherheiten im Kontext der großen allgemeinen Verunsicherung schaffen (S. 252)«. Das ist ein kleiner Trost, bereitet aber wenig Hoffnung angesichts der Geschwindigkeit, mit der die Enteignungs- und Entfremdungsprozesse in der globalen Weltwirtschaft, die ja an sich alle nicht neu sind, zugenommen haben.

Der Reader von Klingebiel und Randeria müßte eher den Titel »Globalisierung und Frauenpolitik« tragen. Die Beiträge konzentieren sich vor allem auf die Möglichkeiten und Chancen für Frauen, in der internationalen Politik Partei zu ergreifen. Ausgehend von der Weltfrauenkonferenz in Beijing (Anja Ruf) und am Beispiel der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo (Diana Hummel) geht es um die Frage, ob »Lobbying« mehr als nur positive Formulierungen in Abschlußdokumenten erreichen kann. Methodisch steht bei dieser Strategie das Konzept der Menschenrechte für Frauen (Ines Holthaus und Ruth Klingebiel) im Vordergrund. Spannend, aber ebenfalls sehr auf der formal politischen und rechtlichen Ebene angesiedelt, sind die Beiträge zur Beteiligung von Frauen an der Gewaltprävention in internationalen Konflikten (Hanne-Margret Birckenbach) und internationaler Strafgerichtsbarkeit (Elenor Richter-Lyonette).

Nur wenig über die offizielle Diktion der UN zu Frauen, Umwelt und Entwicklung hinaus reicht der Beitrag von Paulina Makinwa-Adebusoye. Nachdem sie den afrikanischen Frauen wegen des Brennholzbedarfs die Mitschuld an der Umweltzerstörung zugewiesen hat, fordert sie dann deren »Empowerment«. Hier widerspricht ihr Bina Argawal entschieden, indem sie theoretisch fundiert nachweist, daß gerade nicht das individuelle Feuerholzsammeln der Frauen, sondern staatliche und privatwirtschaftliche kommerzielle Ausbeutung zur Umweltzerstörung führen. Ihr bereits 1992 in den feminst studies erschienener Beitrag und die beiden folgenden von Gudrun Lachenmann und Chandra Talpade Mohanty sind es, die die eigentlich innovativen und weiterführenden Ansätze für Frauenpolitik bringen und damit an die empirischen Befunde der Globalisierung, wie Wichterich sie beschreibt, anknüpfen. Argawal plädiert für ein in Konkurrenz zum Ökofeminismus entworfenes Konzept des »Feminist Environmentalism«, das die Interaktion zwischen Mensch und Natur in bezug zu Geschlechts–, Kasten-, Klassen- und Rassenzugehörigkeit analysiert. Ausgehend vom Konzept der Frauenökonomie fordert Lachenmann, die Interaktion von Markt und Haushalten, bezahlter und unbezahlter Arbeit bei der Kritik an Strukturanpassungsprogrammen und Entwicklungskonzepten zu berücksichtigen. Mohanty knüpft hier an, indem sie für die internationale Solidarität der Arbeiterinnen in den Weltmarktfabriken deren Identität als Arbeiterinnen und Familienfrauen voraussetzt. *Heide Mertens*

▸ *Christa Wichterich: Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit. Rowohlt, Reinbek 1998, 272 S., 14.90 Mark*

▸ *Ruth Klingebiel, Shalini Randeria (Hg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen. Dietz Verlag, Bonn, 360 S., 24,80 Mark*

Die verrechtlichte Frau

▸ Im Abschlußdokument der Weltmenschenrechtskonferenz 1993, der Wiener Erklärung, nehmen erstmals die Menschenrechte von Frauen einen zentralen Raum ein. In ihrer 1997 veröffentlichten Dissertation hat die Juristin Angelika Mlinar dies zum Anlaß genommen, die Geschichte der Menschenrechte unter frauenspezifischen Aspekten zu analysieren sowie bestehende Regeln des Völkerrechts zu hinterfragen. Sie zeigt dabei die Entwicklung des Status von Frauen im Menschenrechtskonzept auf und kommt zu der Erkenntnis, daß immer noch zu wenig getan wird, um Frauen einengende Gesellschaftsnormen zu beseitigen. Sie möchte deshalb mit ihrem Buch einen Beitrag dazu leisten, daß das Menschenrechtskonzept sich den Bedürfnissen der Frauen anpaßt.

So hält sie es zum Beispiel für notwendig, die Trennung von privatem und öffentlichem Leben aufzuheben. Erst Mitte der 90er Jahre ist das bisherige Menschenrechtskonzept hier in Bewegung geraten. Bis 1993 wurde nur die von staatlicher Seite an Frauen begangene Gewalt, nicht aber die im privaten Bereich verübte Gewalt als Menschenrechtsverletzung angesehen. Frauen werden jedoch gerade in ihrer häuslichen, familiären Umgebung mit gewalttätigen Übergriffen konfrontiert. Danach sind von den Mitgliedsstaaten der UNO jedoch zwei Erklärungen verabschiedet worden, die von Staaten Maßnahmen gegen alle an Frauen verübten Gewaltformen fordert. Die Frauenkonvention (CEDAW) ist aber immer noch völkerrechtlich das einzige Dokument, das alle Staaten zu Aktivitäten zum Schutz von Frauen vor Gewalttaten im privaten sowie öffentlichen Raum verpflichtet. *Susanne Reichinger*

▸ *Angelika Mlinar. Frauenrechte als Menschenrechte. Frankfurt/M., Peter Lang Verlag 1997*

Erinnerungsarbeit

▸ Kaum eine aktuelle Reflexion über das Mexiko von heute und die zunehmenden Widerstände gegen das System der Staatspartei PRI kommt ohne den Verweis auf »1968« aus. Die 123 Tage in jenem Sommer waren insbesondere in Mexiko-Stadt ein permanenter Ausnahmezustand mit kleinen und großen Demonstrationen, mit einer nie dagewesenen Politisierung und mit einer sofort einsetzenden Repression. Die AktivistInnen, die in den Monaten August und September das Hochschulsystem lahmlegten, waren sich bei allen Differenzen in der Forderung einig, das politische System grundlegend zu transformieren.

Am 2. Oktober wurden die TeilnehmerInnen einer Großdemonstration auf dem Tlatelolco-Platz in Mexiko-Stadt niedergeschossen, die Leichen der schätzungsweise 400 StudentInnen in ihrer Mehrzahl aus Flugzeugen über dem Meer abgeworfen. Am nächsten Tag begann das lange Schweigen. Innerhalb der Bewegung, wo kaum jemand verstand, was geschah. Und staatsoffiziell, da es eben nicht geben konnte, was es nicht geben sollte.

Aus dem Jahr 1971 stammt das bis heute wichtigste Zeugnis des Massakers und seiner Vorgeschichte. Der Grande Dame der mexikanischen Gegenwartsliteratur, Elena Poniatowska, gelang mit den in La noche de Tlatelolco (Die Nacht von Tlatelolco) zusammengefaßten Interviews ein Einblick in die Niederlage. Über zwanzig Jahre benötigte nach eigenen Angaben Paco Ignacio Taibo II, um die Ereignisse von 1968 zu verarbeiten. In Form eines Tagebuches werden die Entwicklungen nachgezeichnet. Damit will er die Fixierung auf den 2. Oktober und das Massaker aufbrechen und zweierlei verdeutlichen. Daß »1968« zu einem Mythos wurde, mit dem man die Grundlagen der Bewegung, ihre Ambivalenzen, Stärken und Schwächen aus den Augen verlor. 1968 als Teil der Nostalgiefabrik. Aber gleichzeitig stellt die Bewegung auch das Ferment für spätere Infragestellungen der Macht dar. Das Jahr »hat uns vor den Versuchungen der Macht geschützt und uns vor dem vergifteten Kuß des mexikansichen Staates ferngehalten.«

»Nach allem war es nur eine Studentenbewegung von 123 Tagen Dauer gewesen. Nicht mehr und nicht weniger. Aber sie hatte uns, einer ganzen Studentengeneration, eine Vergangenheit und ein Land gegeben, Boden unter den Füßen.« Es gab verschiedene Wege, damit umzugehen: Sich den Guerillas anzuschließen, in Stadtteilen oder an der Universität politisch zu arbeiten oder aufs Land zu gehen. Oder in die Fabriken, denn daß sich die ArbeiterInnen nicht der studentischen Bewegung anschlossen, gilt den meisten als Hauptgrund der Niederlage. 1968 hatte insofern Nachwirkungen.

Im zweiten Teil des Buches präsentiert der auch hierzulande durch seine Kriminalromane mit dem mexikanischen Detektiv Héctor Belascoarán Shayne und durch »Vier Hände« bekannte Taibo II »Gerufene Helden. Ein Handbuch zur Eroberung der Macht«. Er erzählt von dem genialen Plan Nestors, nach der Niederlage von 1968 die Macht mit anderen Mitteln als den damaligen Massendemonstrationen an sich zu reißen. Dazu lädt er Winnetou, Old Shatterhand und ein Duzend Mescalero-Apachen, Sherlock Holmes und Wyatt Earp, die Musketiere und Sandokan und viele andere nach Mexiko-Stadt ein. Dies ist nur ein Erzählstrang, mit dem Taibo II in einer Collage versucht darzustellen, was in den Jahren unmittelbar nach 1968 lief. Die Jahre mit »bulldozerschaufelweise Sehnsucht« und der beginnenden Mystifizierungen, die Jahre der absurden Träume, die Unfähigkeit zur Verarbeitung des Geschehenen und zu sozialen Beziehungen. »So war es mit uns: Wir fielen eine über den anderen her, so wie wir auf den Boden hätten fallen können. Es war eine so große Leere um uns und um uns alle, daß jede Beziehung, sobald sie übers Bett lief, Liebe zu sein schien. Auch die unendlichen Spaziergänge in der gräßlichen Stadt, die 68 so schön und 69 nur noch zum Kotzen war, spiegelten uns das vor.«

Die überwiegend jungen Menschen, die 1968 erstmals die Macht im postrevolutionären Mexiko in Frage stellten, schafften es lange Zeit nicht, die Erfahrungen zu verarbeiten – vielleicht konnten sie es auch gar nicht schaffen. Und dennoch sind die heutigen Bewegungen eben ohne diesen Sommer vor 30 Jahren auch nicht denkbar. So lautet die Grundaussage von Taibo II. Für weitere drei Jahrzehnte sicherte sich das System der »perfekten Diktatur« seine Legitimität durch Integration und Korrumption oppositioneller Kader, die Spaltung aufkeimenden Widerstandes und – wenn das nicht reichte – durch brutale Repression. Bis heute.

Ulrich Brand

▸ *Paco Ignacio Taibo II, 1968 – Gerufene Helden. Ein Handbuch zur Eroberung der Macht. Verlage Libertäre Assoziation und Schwarze Risse/Rote Straße. Hamburg/Berlin 1997. 154 Seiten, 24 DM. Übersetzt von Annette von Schönfeld. (Spanischsprachige Erstveröffentlichungen 1991 bzw. 1994)*

Bücher

► amnesty international: **Jahresbericht 1998**, *Fischer Tachenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1998*

Alain Lipietz: **Grün**. Die Zukunft der politischen Ökologie, *Promedia Verlag, Wien 1998, 168 S., 29,80 DM*

Hansgeorg Conert: **Vom Handelskapital zur Globalisierung**. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie, *Westfälisches Dampfboot, Münster 1998, 580 S., 68,- DM*

Hans-Jürgen Wagener und Heiko Fritz (Hg.): **Im Osten was Neues**. Aspekte der EU-Osterweiterung, *Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger, Bonn 1998, 368 S., 24,80 DM*

gruppe demontage: **Postfordistische Guerilla.** Vom Mythos nationaler Befreiung, *Unrast-Verlag, Münster 1998, 280 S., 29,80 DM*

Olaf Bockhorn, Ingeborg Grau und Walter Schicho (Hrsg.): **Wie aus Bauern Arbeiter wurden.** Wiederkehrende Prozesse des gesellschaftlichen Wandels im Norden und im Süden einer Welt, *Brandes & Apsel Verlag GmbH, Frankfurt/M. 1998, 192 S., 39,80 DM*

Christoph Scherrer, Thomas Greven und Volker Frank: **Sozialklauseln**. Arbeiterrechte im Wandel, *Westfälisches Dampfboot, Münster 1998, 368 S.*

János Riesz: **Französisch in Afrika – Herrschaft durch Sprache**. Europäisch-afrikanische Literaturbeziehungen II, *IKO-Verlag, Frankfurt/M. 1998, 436 S., 49,80 DM*

Deutsches NRO-Forum Weltsozialgipfel/ Arbeitsgruppe 20:20: **Prioritäten für menschliche Entwicklung**. Soziale Grunddienste als neuer Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit, *LIT-Verlag, Münster 1998, 176 S., 24,80 DM*

Jörg Bergstedt: **Agenda, Expo, Sponsoring**. Recherchen im Naturschutzfilz, Bd. 1, *IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/M. 1998, 400 S., 39,80 DM*

Uli Jäger: **Zum Beispiel Fussball**, *Lamuv Verlag, Göttingen 1998, 144 S., 16,- DM*

Ursula Brunner und Rudi Pfeifer: **Zum Beispiel Bananen**, *Lamuv Verlag, Göttingen 1998, 144 S., 16,- DM*

Latif Havrest: **Sprachpolitik, Sprachenrecht und Sprachplanung im geteilten Kurdenland**, *Passagen Verlag, Wien 1998, 328 S.*

Andreas Berger, Rudi Friedrich und Kathrin Schneider: **Der Krieg in Türkei-Kurdistan**. Über die Kriegführung und die Soldaten der türkischen Armee, *Lamuv Verlag, Göttingen 1998, 238 S., 19,80 DM*

Edgardo Sanabria Santaliz: **Am Tag, als der Mensch den Mond betrat**. Kurzgeschichten aus Puerto Rico, *Rotpunktverlag, Zürich 1998, 288 S.*

Marta Rojas und Mirta Rodríguez Calderón: **Tania**. La Guerillera, Dietz Verlag, Berlin 1998, 224 S.

Zeitschriftenschau

Atención Band 1

► Die *Zeitschrift für Lateinamerika-Wien* heißt jetzt *Atención*. Nunmehr als Jahrbuch legt das Österreichische Lateinamerika-Institut den Band 1 »Recht auf Entwicklung« vor. Martina Kaller-Dietrich diskutiert die Forderung auf Ernährung vor dem Hintergrund der Transformation lokaler Gemeinschaften in industrielle Marktgesellschaften. Veronika Bennholdt-Thomsen bringt die Erfindung der »globalen Frau« in Verbindung mit der Vernichtung konkreter Lebensräume. Die Vielfalt von Frauenleben und die Artenvielfalt (Biodiversität) sind unterschiedliche Felder, werden aber aus der gleichen Geisteshaltung heraus nivelliert. Manfred Liebels Artikel handelt von den Widersprüchen zwischen internationalen Rechtsabkommen und der Praxis von Kinderbewegungen in Lateinamerika. Das Selbstverständnis von Kindern kontrastiert förmlich den pädagogischen und völkerrechtlich verankerten Diskurs um das Kindeswohl. Weitere Artikel handeln von westlicher Wachstumsideologie, Wohnen und Stadtplanung in Lateinamerika, und von Indianerrechten.

► *Bezug: Atención, Brandes & Apsel Verlag, Zeilweg 20, 60439 Frankfurt a.M. 24,80 DM*

FRAUENSOLIDARITÄT 65

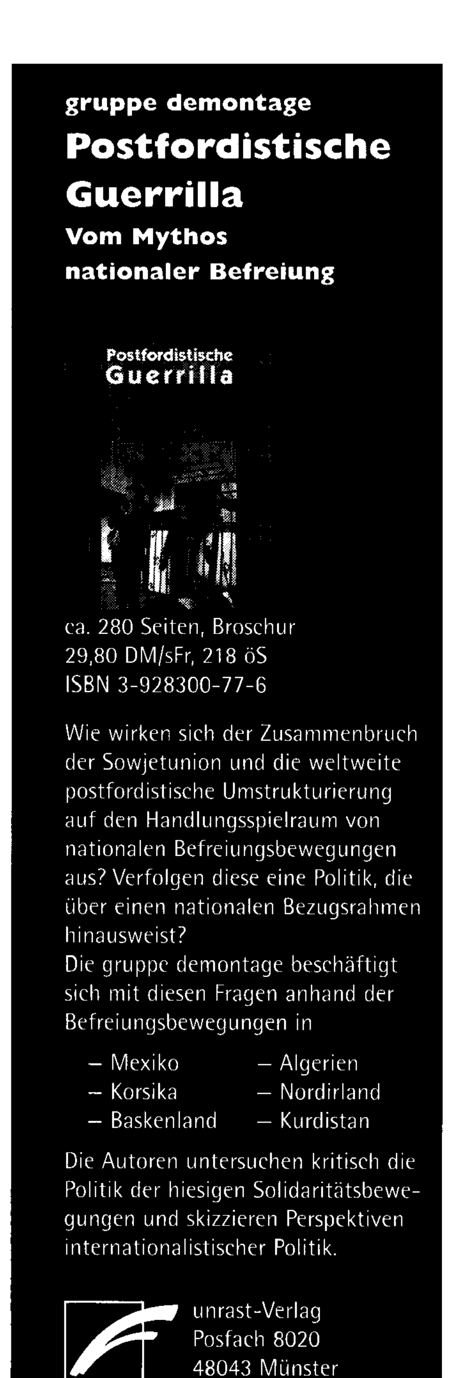
► Analog zum nächsten iz3w-Thema erscheint am 15. September die *FRAUENSOLDARITÄT 65* mit dem Schwerpunkttitel Menschenrechte. Dabei wird hauptsächlich über (fehlende) Frauenrechte berichtet. Hierzu die Fragestellungen aus der Vorankündigung: Wie sieht die praktische Umsetzung internationaler Erklärungen 50 Jahre nach der Deklaration der Menschenrechte, fünf Jahre nach der Wiener Menschenrechtskonferenz und drei Jahre nach der Weltfrauenkonferenz in Peking aus? Welche Forderungen stellen Frauen unterschiedlicher sozialer, nationaler und kultureller Zugehörigkeit? Wie arbeiten Frauen in der ganzen Welt an der Umsetzung theoretisch bereits garantierter Rechte in der alltäglichen Praxis? Wie ist es um frauenspezifische Fluchtgründe und ihre Anerkennung bestellt? Weitere Themen sind Frauenbewegungen im Sudan, Frauenhandel, Bericht vom 1. African Indigenous Women Congress, Alltag afrikanischer Frauen in Wien, Frauenpolitikerinnen in Algerien und illegalisierte Migrantinnen in Frankreich.

► *Bezug: FRAUENSOLIDARITÄT, Berggasse 7, A-1090 Wien. 8 DM*

IWK-Mitteilungen 3/1997

► Die betreffende Nummer der *Mitteilungen des Instituts für Wissenschaft und Kunst* trägt den Titel »Rassismus und Kulturalismus«. Das Thema der Transformation von Nationalismus, Rassismus und Kulturalismus behandelt Hakan Gürses. Wenn heute nur mehr selten rassistische Thesen öffentlich vertreten werden, so sind doch die Grenzlinien gegenüber den jeweils »Anderen« nicht weniger deutlich: Auch bei »kulturell« Anderen wird regelmäßig eine Rangordnung angenommen. Monika Firla behandelt ein heikles Thema der Philosophiegeschichte anhand einer Fallstudie zu Immanuel Kant. Es ist nicht zu leugnen, daß dieser in seinen Vorlesungen rassistische und kulturrassistische Vorurteile befördert hat. Vladimir Malachow hat den »neuen Nationalismus« der deutschsprachigen Philosophie um die Jahrhundertwende analysiert. Zwar ist nicht vom »Wesen eines Volkes«, aber viel von »Identität« und dem »Nationalen« die Rede ... Weitere Artikel handeln von Rassismus und Sexismus im Wiener fin de siècle, Asylrecht, rassistischen Sprachpraktiken und von Aktivitäten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

► *Bezug: IWK, Berggasse 17/1, A-1090 Wien. 10 DM*



Webseite Entwicklungspolitik

▶ Der Dritte-Welt-Laden Köln-Niehl hat eine Internet-Seite eingerichtet, auf der bundesweit Online-Adressen von Weltläden und entwicklungspolitischen Gruppen, Initiativen und Organisationen sowie Links auf andere Internet-Seiten gesammelt werden: *www.aktiv.org/3wlkoeln/3wlinks.html.* Weitere Kontaktmöglichkeiten: *3. Welt-Laden Köln-Niehl, Schlenderhaner Str. 34, 50735 Köln, Tel 0221-7122305, wochentags 16-18 Uhr, samstags 11-13 Uhr, E-Mail: 3wlkoeln@aktiv.org*

Give me five

▶ Die Initiative FÜNF FÜR FRIEDEN strebt eine mindestens fünfprozentige jährliche Reduktion der deutschen Verteidigungs- und Rüstungsausgaben an. Der Gesamtetat soll konstant bleiben; die freiwerdenden Gelder könnten in einen Fonds fließen (»FÜNF-Fonds«) und nach einem festgelegten Verteilungsschlüssel für abrüstungspolitische Aufgaben (Standort- und Rüstungskonversion, Zivile Konfliktbearbeitung, Zivile Friedensdienste) sowie für internationale Aufgaben der Armutsbekämpfung und der Entwicklungshilfe verwendet werden. Informationen bei: *FÜNF FÜR FRIEDEN, Rüstungs-Informationsbüro RIB, Umkircher Str. 37, 79112 Freiburg; www.dfg-vk.de*

Atomkraft obsolet

▶ »Jetzt reicht's. Atomausstieg sofort!« fordert der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V. und startet im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 eine gleichlautende bundesweite Kampagne. Nach dem Skandal um die verstrahlten Castorbehälter soll nun der Einstieg in das Alternativenergiezeitalter forciert werden. Der BBU hat bereits Strafanzeigen gegen das Bundesamt für Strahlenschutz und gegen die GmbH Nukleare-Transport-Leistungen gestellt. Zu den geplanten Aktivitäten im Rahmen der Kampagne gehören Zeitungsanzeigen, Infostände und eine Kundgebung in Bonn. Infos: *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V., Prinz-Albert-Str. 43, 53113 Bonn, Tel.: 0228-214032, Fax 214033*

Guatemala-Treffen

▶ Die Informationsstelle Guatemala lädt ein zum Jahrestreffen am 6. bis 8. November in Berlin/Wannsee. Die Veranstaltung bietet für Guatemala-Interessierte und Solidaritätsgruppen die Möglichkeit, sich in Arbeitsgruppen mit ReferentInnen über die aktuellen politischen und sozialen Entwicklungen in Guatemala auszutauschen. Näheres bei der *Informationsstelle Guatemala, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn, Tel. 0228-634552, Fax 631226, E-Mail: Guate@p64.link-k.gun.de*

Ökologie auf 16mm

▶ Vom 11. bis 15. Nov. steigt in Freiburg die Ökomedia '98, Internationales Festival des ökologischen Films. Das Programm umfaßt einen internationalen Wettbewerb mit neuen Filmen und Videos, eine Filmreihe mit Spiel-Dokumentar- und Animationsfilmen und Begegnungen mit internationalen FilmemacherInnen und Fachleuten. Anmeldungen und Infos: *Ökomedia Institut Freiburg, Habsburger Str. 9A, 79102 Freiburg, Tel.: 0761-52024, Fax 555724, E-Mail: oekomedia@t-online.de*

Tagungen

▶ Unter der Ägide der Evangelischen Akademie Iserlohn findet vom 21. bis 23. August 1998 eine Tagung mit dem Titel »**Islamische Antworten auf die Globalisierung.** Positionen in Süd- und Südostasien« statt. Im Zentrum der Veranstaltung steht die Perzeption des überaus vielschichtigen Begriffes »Globalisierung« in drei Ländern des Subkontinentes: Indien, Pakistan und Indonesien. Kontakt: *Ev. Tagungsstätte Haus Ortlohn, Berliner Platz 12, 58638 Iserlohn-Nußberg, Tel.: 02371-352143, Fax 352169.*

▶ Die Heinrich-Böll-Stiftung führt in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle für Umweltpolitik der FU Berlin vom 28. bis 29. Aug. 1998 eine internationale Konferenz in Berlin durch: »**Strategien der Nachhaltigkeit.** Umweltplanung im internationalen Vergleich«. Verschiedene länderspezifische Ansätze einer politikfeldüberspannenden, strategisch orientierten und kooperativen Umweltpolitik werden analysiert und verglichen. An der Veranstaltung sind Vertreter der Umweltministerien verschiedener Länder sowie der Europäischen Kommission beteiligt. Deadline für die Anmeldung ist der 16. Aug. Kontakt: *Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosentaler Str. 40/41, 10178 Berlin, Tel.: 030-28534372, Fax 28534119, E-Mail: fienbork@boell.de*

▶ Das Norddeutsche interdisziplinäre Seminar – Gesundheitsversorgung in Entwicklungsländern (NISGIE) organisiert vom 17. bis 20. Sept. 1998 ein entwicklungsmedizini sches Forum unter dem Motto »**Migration**

innerhalb und aus Entwicklungsländern«. International tätige ExpertInnen und TeilnehmerInnen werden über regionale Ursachen, entwicklungspolitische Prävention und gesellschaftliche Auswirkungen der Migration debattieren und therapeutische Ansätze für die Behandlung von MigrantInnen vorstellen. Kontakt: *Niels-Jens Albrecht, Entwicklungsmedizinisches Forum, Martinistr. 52, 20246 Hamburg, Tel.: 040-471748-68 bzw. -69, Fax 040-47174941.*

▶ Media Mondiale e.V organisiert in Zusammenarbeit mit dem Gustav-Stresemann-Institut (GSI) e.V. die Fachtagung »**Krieg, Geschlecht und Traumatisierung**. Erfahrungen und Reflexionen in der Arbeit mit traumatisierten Frauen in Kriegs- und Krisengebieten« (1. bis 4. Okt. 1998). Ziel dieser international besetzten Veranstaltung ist die Auswertung und Weiterentwicklung der Erfahrungen von Fachfrauen bei der psychosozialen Beratung und der psychotherapeutischen Behandlung traumatisierter Patientinnen. Zahlreiche ExpertInnen aus den Disziplinen Medizin, Recht, Psychologie, Soziologie, Medien, Politik und Entwicklungszusammenarbeit wurden nach Bonn eingeladen. Konferenzsprachen sind Deutsch, Englisch und Bosnisch mit Simultanübersetzungen. Kontaktadresse: *Jeanine de Heus, GSI e.V., Langer Grabenweg 68, 53175 Bonn, Tel.: 0228-8107169, Fax: 8107-198 bzw. -111, E-mail: eigentagung@gsi-bonn.de*

▶ In Hamburg findet vom 2. bis 4. Okt. 1998 das Seminar »**Wem gehört die Welt? Alternativen zur globalen Vereinnahmung**« statt. Strukturen, Akteure und Institutionen des Neoliberalismus werden im Zusammenhang mit den Auswirkungen der weltweiten Globalisierung analysiert, um abschließend über Alternativen und Handlungsansätze (Internationalismus- und Solidaritätsbewegung, Widerstandsformen) zu diskutieren. Infos gibt es bei der *Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. 040-392191, Fax 3909866.*

▶ UNITED lädt ein zur Konferenz »**Equal rights and citizenship**« vom 14. bis 18. Okt. 1998 in Dublin. Gegenstand dieser Veranstaltung ist die Verwirklichung bürgerlicher und sozialer Grundrechte in den Europäischen Demokratien und die Planung von konzertierten, länderübergreifenden Kampagnen gegen Rassismus. Deadline für Anmeldung ist der 1. Aug. Info: *UNITED for Intercultural Action, PB 413, NL-1000 AK Amsterdam, Tel.: +31-20-6834778, Fax 6834582, E-Mail: united@antenna.nl*

▶ **Rwanda – Land ohne Zukunft?** ist der Titel einer Tagung, die vom 30. Okt. bis zum 1. Nov. von der Evangelischen Akademie Bad Boll veranstaltet wird. Vier Jahre nach dem Völkermord und dem Flüchtlingselend in Rwanda werden zunächst die Hintergründe und Ursachen der bis heute andauernden Konflikte erörtert, um anschließend verschiedene Ansätze zur Versöhnung zwischen den Konfliktparteien zu diskutieren: Könnte bspw. die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission ein Vorbild für Rwanda sein? Der Veranstalter hat u.a. Teilnehmer aus Rwanda und Südafrika eingeladen. Info: *Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Tel. 07164-79236, Fax 79440.*

▶ Massaker, Vertreibungen und gewaltsame Auseinandersetzungen prägen noch immer das Leben indianischer Gemeinschaften in Mexiko, Guatemala und Kolumbien. Deren Ziel, Kollektivrechte auf Land zu erlangen und eine kommunale Selbstverwaltung aufzubauen, sind Themen von Veranstaltungen der GfbV. Infos: *Postfach 2024, 37010 Göttingen, Tel. 0551-499060, Fax 58028, e-mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de*

Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

Die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur fördert die Reihe **kein mensch ist illegal**.

iz3w Nr. 232
Schwerpunkt »Menschenrechte«

▶ Vor 50 Jahren erklärte die UNO feierlich, die Menschenrechte seien universell und unteilbar. Der Begriff der Menschenrechte hat jedoch eine weitaus längere Geschichte. Er ist verbunden mit der Französischen Revolution, und auch der Sozialismus bezieht sich auf ihn. Es ging nicht allein um das Individuum, sondern um ein umfassendes Konzept menschlicher Befreiung. Was also sind die Menschenrechte? Kann mensch – sowohl Mann als auch Frau, Bürger wie Proletarier, Lohnarbeiter und Arbeitsloser, Staatsbürger und Ausländer – sich hinsichtlich gesellschaftlicher Emanzipation positiv auf sie beziehen? Wir beschäftigen uns mit drei verschiedenen Begriffen des Menschenrechts: Menschenrechte verstanden als individuelle Abwehrrechte, als umfassende gesellschaftliche Befreiung oder als untrennbar mit der kapitalistischen Gesellschaft und dem bürgerlichen Subjekt verbunden. Außerdem werden feministische Lesarten der Menschenrechte, die Forderungen nach Gruppenrechten und Menschenrechtsdiskurse in Post-Folter-Staaten beleuchtet.

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: http://www.rolf.de/iz3w

Redaktion:
▶ Thorsten Banspach, Silke Bellanger, Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Jörg Fichtner, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Eva Zányi.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto / Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
▶ Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 232:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 2.9.1998

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▶ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733

82/ 1/231/56412

Archiv für Soz.Beweg.
Spechtpassage
Wilhelmstr. 15

79098 Freiburg